

Forum Pazifismus



Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

INHALT

4	Michael Schmid Das Leben des gewaltfreien Kämpfers Martin Luther King jr.
9	Kings Traum und Tat noch immer aktuell - Buchbesprechungen
11	Thomas Nauert Zum Weltverständnis gewaltfreien Handelns
15	Karlheinz Lipp Klare Absage an die Kriegshetzer - Friedenspfarrer contra Deutscher Wehrverein im Frühjahr 1914
18	Clemens Ronnefeldt Krieg ist keine Lösung - Alternativen sind möglich
24	Elvi Claßen Informationsmacht oder -ohnmacht
33	Rüdiger Bröhling Zivildienst am Ende
37	Ullrich Hahn »... gleichgültig, aus welchem Motiv« - Grundsätzliche Bemerkungen zu KDV, Wehrpflicht und Militär
39	Klaus Pfisterer KDV-Statistik 2003
40	Truppendienstgericht Nord Völkerrechtswidrigkeit des USA-Angriffs gegen den Irak ist unerheblich - Urteil gegen einen wegen des Irak-Kriegs »ungehorsamen« Offizier
43	Günter Werner Anmerkungen zum Urteil des Truppendienstgerichts
44	Jürgen Grässlin Den Opfern Stimme und Gesicht geben - Der DAKS-Fonds für Kleinwaffenopfer

GEWALTFREIHEIT
ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

ZIVILER UNGEHORSAM
ANTIMILITARISMUS
FRIEDENSPÄDAGOGIK
GEWALTFREIE AKTION
PAZIFISMUS

GEWISSENSFREIHEIT
FRIEDENSFORSCHUNG
SOZIALE VERTEIDIGUNG

ZIVILER FRIEDENSDIENST
MEDIATION

KONFLIKTFORSCHUNG
ABRÜSTUNG



Foto: Regine Liebram

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor Ihnen liegt die erste Ausgabe der neuen Zeitschrift **Forum Pazifismus**. Diese (Vierteljahres-) »Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit« wird gemeinsam herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes mit der DFG-VK und deren Bertha-von-Suttner-Stiftung.

Damit gehen die beiden mitgliederstärksten pazifistischen Organisationen in diesem Land ein Wagnis ein – in mehrfacher Hinsicht:

Friedenspolitische oder gar pazifistische Publizistik hat keine gute Konjunktur; Ullrich Hahn weist in seinem Herausgeber-Geleitwort auf den enger werdenden Markt hin (und dass die traditionsreiche und wichtige *antimilitarismus information* zum Jahreswechsel aus ökonomischen Gründen ihr Erscheinen einstellen musste, scheint diese Annahme zu bestätigen). Dennoch sind wir davon überzeugt: Es gibt genügend Menschen, die sich über ihre Ablehnung einer auf Militär und Krieg gestützten Politik hinaus regelmäßig und vertieft darüber informieren wollen, wie Vorgänge aus einem pazifistischen Blickwinkel analysiert und bewertet werden und welche Handlungsstrategien sich für den schrittweisen Weg zu einer friedliche(re)n Welt daraus ergeben. »... genügend Menschen« heißt, dass wir im Laufe der nächsten Monate 1.000 Menschen brauchen, die **Forum Pazifismus** abonnieren. Dabei setzen wir auf Sie: wenn Sie sich von der Qualität und der »Brauchbarkeit« der Zeitschrift überzeugt haben, dann abonnieren Sie bitte – nutzen Sie dafür die Karte in der Heftmitte oder schließen Sie Ihr Abo online über unsere Homepage im Internet ab: www.forum-pazifismus.de. Und: Weisen Sie Freunde und Bekannte auf **Forum Pazifismus** hin, kostenlose Werbeexemplare und Abo-Postkarten können Sie dazu jederzeit bei uns anfordern.

Ein Wagnis ist die gemeinsame Herausgabe dieser Zeitschrift aber auch in einer anderen Hinsicht: Auch wenn wir uns in der grundsätzlichen Ablehnung von Krieg, dem Ziel einer gerechten Welt und dem Weg der Gewaltfreiheit dorthin einig sind – die Traditionen des 1914 gegründeten Versöhnungsbundes und der 1892 gegründeten DFG-VK sind unterschiedlich. Damit der Pazifismus aber wirkungsvoller wird, macht eine stärkere Zusammenarbeit, beispielsweise durch dieses Zeitschriftenprojekt, Sinn. Und gerade die Unterschiedlichkeit kann eine Bereicherung sein.

Mich als jemand, der ich vor über 20 Jahren über die eigene radikale Kriegsdienstverweigerung zum politischen Pazifismus und der DFG-VK kam und seitdem dort aktiv bin, hat über die Jahre am Versöhnungsbund immer »die andere Seite der Gewaltfreiheit« beeindruckt, die spirituelle Dimension. Auch wenn für mich selbst dabei der christliche Kontext wenig Bedeutung hat, ist mir die »Suche nach der Wahrheit«, die mit konkretem gewaltfreiem Tun verknüpft ist, wichtig geworden. Deshalb wurde ich (wengleich passives) Mitglied auch im Versöhnungsbund und profitiere für mein Leben und mein pazifistisches Engagement für Anregungen aus beiden Organisationen. Dies ist auch mein Ziel für das **Forum Pazifismus**: Dass die unterschiedlichen Ansätze, Betrachtungs- und Herangehensweisen aus dem ganzen Spektrum des Pazifismus anregend und bereichernd sein mögen. Wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass niemand »die Wahrheit mit Löffeln gefressen« hat und uns deshalb in Toleranz gegenüber anderen Meinungen üben und dabei den Mut zu fairem Streit aufbringen ... dann lohnt sich das Wagnis.

Stefan K. Philipp, Redaktionsleiter (und Mitglied im Stiftungsrat der Bertha-von-Suttner-Stiftung)

IMPRESSUM

Forum Pazifismus wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig und der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK.

Redaktion: Kai-Uwe Dosch, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.), Michael Schmid

Bestellschrift und Aboverwaltung: Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Postfach 150354, 70076 Stuttgart, Telefon: 0711/99337245; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich zum Ende des Quartals

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20,- Euro zzgl. 2,- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18,- Euro (zzgl. 2,- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30,- Euro, für das Förderabo II 40,- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50,- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2,- Euro für Porto und Verpackung; alle hier genannten Preise inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

Dieser Ausgabe ist in der Heftmitte eine Abokarte für Forum Pazifismus beigeheftet; Teilaufgaben sind Informationsschreiben der Herausgeber beigelegt.

Redaktionsschluss war der 27. April. Die nächste Ausgabe erscheint Ende Juni, Redaktionsschluss ist der 31. Mai.

Forum Pazifismus

Postfach 150354, 70076 Stuttgart

Telefon: 0711/6365028, Fax: 6361376

eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus

Internet: www.forum-pazifismus.de

Während der Markt für friedenspolitische Zeitschriften enger wird, wagen die DFG-VK und ihre Suttner-Stiftung mit dem deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes die Herausgabe eines pazifistischen Forums.

Was motiviert uns? Angesichts einer zunehmenden öffentlichen Akzeptanz der mit dem »Krieg gegen den Terrorismus« expandierenden staatlichen Gewalt bedarf die Haltung des Gewaltverzichts sowohl eines Forums für die interne Diskussion und Vergewisserung als auch einer eigenen Stimme im Spektrum der friedenspolitischen Positionen.

Dieses Forum soll Raum bieten,

- die Legitimation des Militärs grundsätzlich in Frage zu stellen, auch bei so genannten humanitären Einsätzen, und nicht nur dann, wenn ein offensichtlich völkerrechtswidriger Krieg geführt wird;
- gewaltfreie Alternativen zur Bewaffnung und dem Einsatz der Polizei zu entwickeln und zu vertreten und nicht nur verfassungs- und menschenrechtswidrige Übergriffe zu kritisieren;
- die seelisch und körperlich verletzende Gewalt jeder Form von Strafe zu hinterfragen und nicht

Allein im letzten Jahr fanden weltweit 26 Kriege und insgesamt 200 kriegerische Auseinandersetzungen statt. Gewalt wurde mit Gegengewalt beantwortet, Terrorismus mit Staatsterrorismus, der seinerseits weiteren Terrorismus nach sich zog. Diese Mechanismen gewaltsamer Konfliktaustragung sind weder neu noch überraschend, sondern bedingen einander. Sie sind die Folge militärischen Denkens, das unweigerlich in die Eskalationsspirale führt und bislang Abermillionen von Menschen das Leben gekostet hat.

Geändert hat sich in den letzten Jahrzehnten aber dies: Die Rüstungsindustrie hat ihre Tötungsinstrumente derart perfektioniert, dass die Overkillkapazitäten die vielfache Ausrottung eines jeden Lebenswesens ermöglichen. Und: In modernen Kriegen sind überwiegend Zivilistinnen und Zivilisten die Opfer, die moderne Kriegsführung schützt die Mörder und trifft die Wehrlosen.

Mehr als eine Milliarde Menschen leben in bitterer Armut, täglich sterben 40.000 Kinder auf Grund falsch verteilter Lebensmittel und Medikamente. Die Industrienationen beuten die Rohstoffe in Afrika und dem Nahen Osten aus. Dort geht heute die Saat des religiös und ideologisch verblendeten Terrorismus auf.

Die Industriestaaten reagieren hilflos auf die dramatisch steigende Gewalt international operierender Terroristen. Die Reaktionen reichen von massiver Hochrüstung bis hin zu völkerrechtswidrigen Militärinterventionen und innerstaatlich von der Aushebelung der Menschen- und Bürgerrechte hin zur Schaffung von Überwachungsregimes im Orwell'schen Sinne. All diese Wege offenbaren nur

nur ihre extremen Auswüchse bei Todesurteilen und Folter anzuprangern.

In all diesen Bereichen geht es einerseits sicher um die Weiterentwicklung und Einübung gewaltfreier Methoden der Konfliktlösung. Die Haltung der Gewaltfreiheit umfasst aber mehr als die Kenntnis solcher Methoden: Ähnlich wie wir in der Medizin darum ringen müssen, trotz aller Bemühung um Gesundheit und Leben auch Leiden und Sterben anzunehmen, werden wir im Widerstand gegen das Unrecht an die Grenzen des gewaltfrei Machbaren stoßen.

Ich erhoffe mir deshalb, in der neuen Zeitschrift auch ein Forum zu finden für die Spiritualität der Gewaltlosigkeit, d.h. ihre Wurzeln in einer Kraft, die mehr ist als die Summe unserer Methoden.

Weil wir dieses Nachdenken für unsere politische Arbeit nicht entbehren können, wünsche ich dieser Zeitschrift viele hilfreiche und weiterführende Beiträge und viele Leserinnen und Leser sowohl unter den Mitgliedern des Versöhnungsbundes als auch bei allen anderen, die gewaltlos leben und handeln wollen.

Ulrich Hahn, Vorsitzender des VB

die Hilflosigkeit von Politik und Militär und bieten in letzter Konsequenz die neuerliche Legitimation für weitere barbarische Handlungen.

Wer dem Terrorismus den Boden entziehen will, der muss eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verwirklichen. Wer der Gewalt Einhalt gebieten und Frieden schaffen will, der muss gewaltsame Konfliktaustragung präventiv vermeiden und Auseinandersetzungen mit dem breiten Spektrum ziviler Maßnahmen lösen.

Wir stellen uns den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts. Den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« setzen wir unsere »Friedenspolitischen Richtlinien«, dem Militärdienst die Verweigerung und Desertion, den Kampfeinsätzen der Bundeswehr die Zivilen Friedensdienste, den Waffenexporten die Konzepte der Rüstungskonversion entgegen.

Wir wollen eine Kultur des Friedens ohne Militär und Waffen schaffen. Unsere Antwort auf die Gewalt ist der positive Pazifismus – ein aktiver und mutiger, streitbarer und manchmal provokanter Pazifismus, der die gesellschaftliche Auseinandersetzung sucht; ein solidarischer Pazifismus, der uns zu Gunsten der Opfer militärischen Denkens handeln lässt; ein kritischer Pazifismus, der andere wie uns selbst hinterfragt, und auch ein fröhlicher Pazifismus, der die Alternative einer besseren Welt aufzeigt und lebt.

Ich wünsche dem **Forum Pazifismus**, dass es das Medium dieses positiven Pazifismus wird. Lasst uns hier die Visionen, Konzepte und Aktionen der Gewaltfreiheit publizieren und diskutieren.

Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK

Michael Schmid

Das Leben des gewaltfreien Kämpfers Martin Luther King jr.

Die Alternative zu passivem Erleiden und gewalttätiger Gegenwehr

Am 15. Januar wäre M. L. King 75 Jahre alt geworden. Dass der 1968 ermordete Friedensnobelpreisträger auch heute noch als interessante und faszinierende Persönlichkeit wahrgenommen wird und große Bedeutung für Theorie und Praxis der Gewaltfreien Aktion hat, erlebt Michael Schmid immer wieder bei Veranstaltungen, die er in Verbindung mit dem Film »Dann war mein Leben nicht umsonst« anbietet. Der hier veröffentlichte Text ist die überarbeitete Version des Vortragsmanuskripts bei diesen Veranstaltungen.

Martin Luther King wurde am 15. Januar 1929 geboren. Kings Vater war Baptistenpfarrer, sein Großvater ebenfalls. Schon früh wurde der kleine Martin mit der bitteren Erfahrung konfrontiert, dass das Schicksal aller Schwarzen in den Südstaaten der USA durch Rassendiskriminierung geprägt wird. Zwar war die Sklaverei 1863 durch Präsident Abraham Lincoln gesetzlich verboten worden, nachdem zuvor in 250 Jahren rund 10 Millionen Menschen aus Afrika in die USA gebracht worden waren - und etwa ebenso viele auf dem Transport starben. Aber mit dem Verbot der Sklaverei war die Segregation, die Rassentrennung, nicht abgeschafft.

Ein tiefes Erlebnis war für den jungen Martin die Trennung von seinen weißen Freunden nach der Einschulung. Der Vater seines besten Freundes untersagte seinem Sohn den weiteren Kontakt. Martin litt sehr unter dieser und zahlreichen weiteren demütigen Erfahrungen durch die Rassensegregation.

Es gab für Weiße und Schwarze z.B. getrennte Kirchen, Schulen und Universitäten, Wohnviertel, Plätze in Restaurants und Warteräumen, Kinositzeplätze, Toiletten und Waschbecken, Parkbänke, Sitzplätze in Bussen (Trennung in vorderen »weißen« Teil und hinteren »schwarzen«) und Zügen (Abtrennung des »schwarzen« Bereichs durch einen Vorhang), die berühmten Trinkbrunnen (Wasserspender). Das Erbe der Sklaverei in Form der Rassentrennung war überall präsent, in Gesetzen ebenso wie im ganz alltäglichen Leben.

Angesichts dieses Unrechts wäre es kein Wunder gewesen, diejenigen zu hassen, die die Rassendiskriminierung am Leben hielten. Aber die Eltern erinnerten Martin immer wieder an die Pflicht von

Christen, auch und gerade den Unterdrückten mit Liebe zu begegnen. Sie hielten Martin an, »niemals so tief zu sinken, irgendjemanden zu hassen.« Dass dies nicht hieß, sich mit der Unterdrückung abzufinden, erlebte Martin früh zum Beispiel durch seinen Vater. King sen. engagierte sich unter großem persönlichem Risiko entschieden gegen die Rassendiskriminierung.

Nachhaltige Wirkung hinterließ bei Martin auch die resolute Mutter. Als Martin erstmals mit der schmerzlichen Realität des Rassismus konfrontiert war, schärfte sie ihm entschieden ein: »Du darfst dich nie geringer als andere fühlen! Du musst immer wissen, dass du ein Mensch wie andere bist.«

Eigentlich wollte der Pfarrersohn Arzt werden, um anderen Menschen helfen zu können. Von verschiedenen Professoren des Morehouse-College ließ er sich dann überzeugen, dass auch für das Amt des Pfarrers kritisches Denken und Gespür für gesellschaftliche Fragen notwendig sind. So erwuchs sein Wunsch, ganz entsprechend der Familientradition doch Pfarrer zu werden.

Der Busboykott in Montgomery

1953 heiratete Martin Luther King Coretta Scott und hatte später gemeinsam mit ihr vier Kinder. 1954 trat er nach seinem Studium in Boston seine erste Pfarrstelle in Montgomery im tiefen Süden der USA an. In der Hauptstadt Alabamas lebten dort in den 50-er Jahren 120.000 Einwohner, davon über 40 Prozent Schwarze. Damals war Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen eine allseits akzeptierte Tatsache. Schwarze, die drei Viertel aller Busnutzer ausmachten, durften nur im hinteren Teil des Busses Platz nehmen. Sie mussten aber zunächst vorne einsteigen, beim Fahrer ihre Fahrkarte lösen, dann wieder aussteigen, um den Bus durch die hintere Tür wieder zu besteigen. Nicht selten soll es vorgekommen sein, dass der Fahrer dann die Türen zu früh schloss und die Schwarzen mit ihren eben gelösten Fahrkarten einfach stehen ließ. Eine weitere Demütigung war, dass Schwarze von ihren Plätzen wieder aufstehen mussten, wenn die Plätze für Weiße nicht ausreichten.

Am 1. Dezember 1955 geschah etwas, das nachhaltige Wirkung hinterlassen hat. An diesem Tag blieb die schwarze Näherin Rosa Parks auf ihrem Platz im Bus sitzen, als sie aufgefordert wurde, ihn an einen Weißen abzutreten. Sie war müde von der

Arbeit. Sie war es aber vor allem auch leid, weiter derartig gedemütigt zu werden. Rosa Parks blieb also sitzen und wurde daraufhin festgenommen. Unmittelbar nach der Festnahme von Rosa Parks wurden zehntausende Flugblätter mit einem Aufruf zum Busboykott gedruckt und verteilt. Es begann ein Boykott von Bussen, der schließlich mit einem Erfolg endete. Dazwischen lagen aber 381 Tage.

Gleich zu Beginn wurde ein Bürgerausschuss zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Rassen ins Leben gerufen, der den jungen Martin Luther King zu seinem Vorsitzenden wählte. Ein wahrer Prüfstein für King, denn hier musste sich seine Methode des gewaltlosen Protests bewähren, die er von Gandhi übernommen hatte. Hier musste er sich ebenso selber bewähren, denn er wurde plötzlich zu einer weithin bekannten Führungspersönlichkeit, angefeindet, verleumdet, terrorisiert, mit Morddrohungen überzogen.

Auf Kings Haus in Montgomery wurden insgesamt drei Anschläge verübt. Der erste am 30. Januar 1956, kurz nach Beginn des Busboykotts. Martin Luther King sprach gerade auf einer Versammlung, als Unbekannte eine Bombe auf die Veranda seines Hauses warfen. Als er von dem Anschlag hörte, eilte er nach Hause. Er fand dort seine Frau und seine Tochter unverletzt vor. Mehrere hundert Menschen versammelten sich vor dem schwer beschädigten Haus. Die Stimmung der Menge war sehr aufgebracht, der Ruf nach Rache erklang. In dieser Situation rief King dazu auf, Böses nicht mit Bösem zu vergelten, sondern dem Hass mit Liebe zu begegnen. Er sagte: »Meiner Frau und meinem Kind ist nichts passiert. Bitte geht nach Hause und legt eure Waffen weg. Wir können dieses Problem nicht durch Rache lösen. Wir müssen der Gewalt mit Gewaltlosigkeit begegnen und unsere weißen Brüder und Schwestern lieben, gleichgültig was sie uns antun. Jesus ruft uns über die Jahrhunderte hinweg auch heute zu: Liebt eure Feinde. Dies müssen wir tun: Hass mit Liebe vergelten!« Diese Worte Kings und seine Haltung verfehlten ihre Wirkung nicht: sie beruhigten die Gemüter und verhinderten weitere Gewalt.

Um eine derartige Haltung überhaupt einnehmen und diese durchhalten zu können, hatte Martin Luther King allerdings auch schwere Bewährungsproben durchzustehen. Nach dem Beginn des Busboykotts waren King und seine Familie massiven Verleumdungen und Morddrohungen ausgesetzt. Täglich gingen dreißig bis vierzig Drohbriefe und Telefonanrufe ein. Das Telefon läutete Tag und Nacht, die Familie wurde mit wüsten Beschimpfungen überflutet.

Wie wir wissen, bewährten sich sowohl King als auch seine Methode. Der Erfolg des Busboykotts löste eine Art Kettenreaktion ähnlicher Aktionen aus. Mit vielfältigen Mitteln des gewaltlosen Widerstands wurde auf das Unrecht der Rassentrennung aufmerksam gemacht – Märsche, Boykotts, Go-Ins.

Die Schwarzen hatten begonnen, sich zu organisieren, und so ihr gewachsenes Selbstbewusstsein zum Ausdruck gebracht. Die Bürgerrechtsbewegung war mit dem Busboykott in Montgomery geboren. King und seine Mitstreiter gründeten die SCLC (Southern Christian Leadership Conference), die in der Bürgerrechtsbewegung eine Führungsrolle einnahm. Vorsitzender war dann bis zu seiner Ermordung Martin Luther King.

King ging es mit seiner Gewaltfreiheit nicht darum, Unrecht passiv hinzunehmen, zu schweigen, sich zu ducken, sich unterdrücken zu lassen. Es ging um ein sehr aktives Sich-wehren gegen Unrecht. Aber dieses Wehren sollte ohne Gewalt sein. Denn, so die Erkenntnis: Gewalt bringt immer nur neue Gewalt hervor.

Immer wieder hat er darauf hingewiesen, »dass, wenn wir den Frieden in der Welt haben sollen, Menschen und Völker gewaltlos dazu stehen müssen, dass Zwecke und Mittel übereinzustimmen haben. ... Wir werden niemals Frieden in der Welt haben, bevor die Menschen überall anerkennen, dass ... man gute Zwecke nicht durch böse Mittel erreichen (kann), weil die Mittel den Samen und der Zweck den Baum darstellen.«

King war also davon überzeugt, dass es einen dritten Weg gibt zwischen einer Haltung, welche die Gewalt nur tatenlos hinnimmt, oder einer Haltung, die mit Gewalt zurückschlägt. »Mit aggressiver Gewaltfreiheit« (King) wurden vielfältige Aktionen durchgeführt.

■ »Project Confrontation«

Nach dem erfolgreichen Busboykott von Montgomery hat die Bürgerrechtsbewegung verschiedene Projekte gemacht. Es gab Aktionen zur Wählerregistrierung und Sit-in-Aktionen (Sit-in = sich niedersetzen an Orten, an denen man eigentlich nicht sitzen darf). Es wurden immer mehr neue MitarbeiterInnen und neue Erfahrungen bei der Anwendung gewaltfreier Aktionsmethoden gewonnen. So sah sich dann die SCLC in der Lage, größere Widerstandsprojekte durchzuführen. Eine erste Kampagne wurde ab Dezember 1961 in Albany im US-Bundesstaat Georgia begonnen. Im Sommer 1962 kam es dann in Folge brutalster Polizeieingriffe zu Gewalttätigkeiten auf Seiten der Schwarzen. Die Bürgerrechtsbewegung erreichte trotz monatelanger Demonstrationen und vieler Verhaftungen ihre Ziele nicht. Berichte in der Presse erklärten den gewaltlosen Widerstand für eine erledigte Geschichte.

Der Fall Albany zeigt, dass ein gewaltfreies Projekt dann gefährdet ist, wenn die Akteure nicht genügend diszipliniert sind. Wenn die Konfliktaustragung in Gewalttätigkeiten umschlägt, gibt es weniger Solidarisierungsmöglichkeiten für sympathisierende Außenstehende. Diese sind dann einem stärkeren Zwang zur Rechtfertigung ausgesetzt,

warum sie Gewalt unterstützen. Deshalb ist es für eine gewaltfreie Kampagne wichtig, darauf zu achten, dass innerhalb dieser keine Gewalttätigkeiten stattfinden. Das kann bedeuten, dass zur Vorbereitung Trainings in Gewaltfreiheit durchgeführt werden und dass auf Menschen mäßigend eingewirkt wird, die zur Gewalttätigkeit neigen.

Vielorts in den Südstaaten der USA wurde die Rassentrennung in der Öffentlichkeit beibehalten. Die Stadt Birmingham war aber ein besonders schlimmes Symbol für einen tief ausgeprägten Rassismus. King selbst nannte Birmingham »die am gründlichsten segregierte Stadt des Landes«, die von Furcht und Hass regiert war. Die Schwarzen lebten nicht nur in dauernder Angst vor Gewalttätigkeiten – u.a. durch den Ku-Klux-Klan –, sondern sie mussten auch mit Diskriminierungen aller Art rechnen. Und die Polizei unter Führung des Polizeichefs Connor, der bezeichnenderweise »Bull« Connor genannt wurde, unterdrückte mit brutaler Gewalt das Freiheitsstreben der Schwarzen.

Nach dem Fehlschlag in Albany hat die SCLC für 1963 eine Kampagne in Birmingham (Alabama) vorbereitet. Es wurde ein detaillierter Plan ausgearbeitet, der »Project C« (»C« für »Confrontation«) genannt wurde. Wie in Albany war auch hier das Ziel, die gesamte schwarze Gemeinde zu mobilisieren und die Integrierung aller öffentlichen Einrichtungen zu erzwingen, d.h. gleichberechtigten Zugang. Zur Vorbereitung auf die Aktionen gehörte, dass viele Menschen Trainings in gewaltfreier Aktion mitmachten.

Der Kampf wurde zunächst auf die Geschäftswelt konzentriert. Da die Schwarzen 40 Prozent der Bevölkerung Birminghams ausmachten, hatten sie eine Kaufkraft, die groß genug war, um durch Boykottmaßnahmen vielen Geschäften empfindlich zu schaden. Der Boykott von Geschäften hatte bald stärkere Auswirkungen, es wurden nur noch wenige Schwarze in den Kaufhäusern und Geschäften der Innenstadt gesehen. Parallel dazu wurden auch Sit-ins in Imbissecken und größere Demonstrationen durchgeführt. Weil es immer mehr Freiwillige gab, gab es ebenfalls Kneel-ins in den Kirchen der Weißen und Sit-ins in der Stadtbücherei.

In dieser Situation hat die Stadtverwaltung durch ein Gericht ein Demonstrationsverbot erwirkt. Die Organisationen hätten beschließen können, sich diesem Verbot zu beugen und klein beizugeben. Das machten sie aber nicht, sondern entschlossen sich gezielt dazu, das Gesetz zu übertreten bzw. das Verbot zu ignorieren, also zivilen Ungehorsam zu leisten.

Es wurden immer wieder Demonstrationen durchgeführt – die Folge waren Verhaftungen. King und Abernathy wurden an Karfreitag festgenommen. Durch die Verhaftungen wurde der Kampf der Schwarzen in Birmingham aber im ganzen Land bekannt. Von Seiten der Geschäftsleute gab es aber noch keine Zugeständnisse. Da be-

schlossen die Schwarzen, die Aktionen zu steigern und Kinder demonstrieren zu lassen. Über eine Woche lang haben erfahrene Organisatoren SchülerInnen in gewaltfreien Aktionen unterrichtet. Anfang Mai waren etwa 6.000 SchülerInnen organisiert und zum Demonstrieren bereit.

Der Polizeichef Eugene »Bull« Connor sorgte dafür, dass sich wahre Dramen abspielten, weil die Polizei Wasserwerfer und Hunde gegen Kinder und Jugendliche einsetzte. Auf dem Höhepunkt der Kampagne befanden sich 3.500 zumeist jugendliche DemonstrantInnen im Gefängnis. Bilder des Protests gingen um die Welt.

Die Kampagne des SCLC mündete schließlich in einen Erfolg ein. Der Oberste Gerichtshof der USA erklärte die Rassentrennungsgesetze der Stadt Birmingham für verfassungswidrig. Damit war allerdings der Rassismus längst nicht überwunden. Am 15. September 1963 zündeten weiße Rassisten in einer Kirche der Schwarzen eine Bombe. Dabei kamen vier Mädchen ums Leben. Die vier Mörder – die namentlich bekannt sind – wurden damals nicht zur Rechenschaft gezogen. Erst jetzt, fast vierzig Jahre später, nachdem nur noch einer der vier lebt, wurde ein Verfahren eingeleitet.

■ »I have a dream«

Der Marsch auf Washington im Hochsommer des Jahres 1963 war so etwas wie ein Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung. Rund 250.000 Menschen haben neun Stunden lang den verschiedenen Reden gelauscht. Und als Martin Luther King seine berühmt gewordene Rede »I have a dream« – »Ich habe einen Traum« – gehalten hatte, war die Begeisterung kaum mehr zu halten. Damals lag so etwas wie Enthusiasmus in der Augustluft. Es war Entschlossenheit zu spüren und die Hoffnung, in einem Amerika mit einem Präsidenten John F. Kennedy etwas verändern zu können. Doch Kennedy wurde drei Monate später ermordet.

■ »Blutiger Sonntag«

In der Kleinstadt Selma im Staat Alabama wurden von Schwarzen Anstrengungen unternommen, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Denn ohne Eintragung durfte auch nicht an Wahlen teilgenommen werden. Und obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung stellten, war hier nur ein Prozent Schwarze in Wählerlisten eingetragen. Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 hatte kein allgemeines Wahlrecht gebracht. So musste das Wahlrecht für Schwarze Schritt um Schritt erkämpft werden. Zumal der Gouverneur von Alabama, George Wallace, dem Slogan folgte: »Segregation heute, Segregation morgen, Segregation für immer.«

Nach vielfältigen Aktionen und Aktivitäten wurde schließlich für 7. März 1965 ein Marsch von Selma nach Montgomery geplant. Am so genannten

»Blutigen Sonntag« wurden die friedlich marschierenden Bürgerrechtler auf der Edmund-Pettus-Brücke von Polizisten und Soldaten aus Alabama aufgehalten und brutal zusammengeschlagen. Damit wurde der Protestmarsch von Selma nach Montgomery gewaltsam verhindert.

King hat dann für den 9. März zum »Marsch der Geistlichen« nach Montgomery aufgerufen. Er hat das Unternehmen dann aber unter dem Eindruck massiv drohender Gewalt wieder abgebrochen. Abends nach dem zweiten Marschversuch aß James Reeb aus Boston, ein weißer Geistlicher der unitarischen Kirche und Vater von fünf Kindern, mit zwei weiteren Geistlichen in einem von Schwarzen betriebenen Restaurant in Selma. Als er das Restaurant verließ, wurde er von Ku-Klux-Klan-Mitgliedern so brutal angegriffen, dass er zwei Tage später an seinen schweren Kopfverletzungen starb. Durch diese Grausamkeit war die Nation aufgebracht. Präsident Johnson hielt eine Rede, in der er Stellung zugunsten einer Rassenintegration nahm.

Am 21. März dann wurde der dritte Marschversuch von Selma nach Montgomery unternommen. 3.500 Menschen zogen los. Gerichte hatten den Marsch genehmigt. Zur Schlusskundgebung versammelten sich dann 50.000 Menschen auf dem Platz vor dem Capitol, dieser Festung der Segregation. King hat dies als den größten Tag in seinem Leben und die bedeutendste Kundgebung der ganzen Bürgerrechtsbewegung bezeichnet.

In der Nacht gab es auf der Rückfahrt dann das dritte Todesopfer innerhalb weniger Tage. Eine weiße Frau, Mutter von Kindern wurde von weißen Rassisten im fahrenden Auto erschossen, nachdem sie einige schwarze Mitmarschierer nach Selma zurückgefahren hatte.

■ Vietnam-Krieg und Armut

In der zweiten Hälfte der 60-er Jahre, als er den Friedensnobelpreis erhalten hatte, begann Martin Luther King, sich nicht mehr nur für die Abschaffung der Rassentrennung einzusetzen, sondern ebenso gegen den Vietnam-Krieg sowie für eine Überwindung der Armut.

Die USA führten Krieg gegen Vietnam, weil sie dieses Land kontrollieren und beherrschen wollten. Diese Anstrengungen endeten zwar schließlich in einer blamablen Niederlage für die Vereinigten Staaten. Aber davor hatten sie die größte Landarmee, die sie je aufgestellt haben, nach Vietnam geschickt. Sie warfen mehr Bomben als je zuvor in der Geschichte des Krieges ab und zwangen Millionen von Menschen zur Flucht aus ihren Dörfern und Häusern. Im Frühjahr 1966 hatten sie damit begonnen, mit einem Flächenbombardement systematisch die alte bäuerliche Dorfstruktur in Südvietnam zu zerstören. Es »regnete« Napalm vom Himmel, das hilflose Bauern umbrachte und ebenso

Kinder und Jugendliche. Über 1,3 Millionen Menschen wurden getötet, und Unzählige wurden verstümmelt. Um das Jahr 1970 wurden vietnamesische Babys ohne Augen geboren, manche mit missgebildeten Herzen, andere mit Stummeln anstelle von Beinen. Statistisch gesehen wurden fast drei Kilogramm hochgiftige Chemikalien pro Einwohner auf das vietnamesische Volk abgeworfen. Präsident Reagan bezeichnete dies einmal als »ehrenwerte Sache«.

Dieser barbarische Krieg in Vietnam ließ King keine Ruhe mehr. Insbesondere in seinen beiden letzten Lebensjahren wollte er deshalb die Bürgerrechtsbewegung und die Friedensbewegung nicht mehr als zwei getrennte Anliegen ansehen. Darüber gab es heftige Konflikte. Freunde redeten ihm zu, Schwarze aus der Außenpolitik der USA herauszulassen. Doch er ließ sich nicht abbringen. Der Preis, der dafür zu bezahlen war, blieb nicht aus. Die Spendeneingänge in die Kassen von Kings Organisation SCLC nahmen drastisch ab. In den Medien wurde ihm Vaterlandsverrat vorgeworfen. Viele alte Weggefährten verließen ihn, einer nach dem anderen, weiße Liberale, Kirchenleute, sogar Freunde aus den Reihen der »Christlichen Führungskonferenz«. Doch King ging seinen Weg konsequent weiter. »Gewaltlosigkeit zu lehren, wäre doch schizophoren für mich, wenn ich gleichzeitig den Gewaltverbrechen zustimmen wollte, die Abertausende von Menschen, Erwachsene und Kinder, verstümmelt. Ich halte es noch immer mit dem Prinzip: Du sollst nicht töten.«

Auf den Tag genau ein Jahr vor seiner Ermordung, am 4. April 1967, hielt er in der New Yorker Riverside Church eine entschiedene Rede gegen den Vietnamkrieg. Er sprach sich öffentlich gegen die eskalierenden Barbareien in Vietnam aus. Seine Regierung klagte King dabei als »die größte Gewaltausüblerin in der heutigen Welt« an. Diese Rede ist auch heute noch sehr aktuell. Die Invasion in den Irak hat uns das gerade wieder vor Augen geführt.

King war zum schärfsten Kritiker der Vietnampolitik seines Landes geworden, rief zur Wehrdienstverweigerung und zum zivilen Ungehorsam gegen Bundesgesetze auf. Er thematisierte ständig den Zusammenhang von Rassismus, Armut und Krieg. Seine Erfahrungen fasste er folgendermaßen zusammen: »Jahrelang war ich mit der Idee zuwege, die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen zu reformieren, ein bisschen Änderung hier, eine kleine Veränderung da. Jetzt sehe ich das radikal anders. Heute bin ich mir im Klaren, dass wir einen Umbau der gesamten Gesellschaft brauchen, eine Revolution unserer Zielvorstellungen.«

Solche Äußerungen »saßen«. Er zog nicht nur die Feindseligkeiten der Rassisten auf sich. Nein, der einst als Apostel der Gewaltfreiheit hofierte Friedensnobelpreisträger wurde in seinen letzten beiden Lebensjahren auch bei den politisch Mächtigen zur unerwünschten Person.

Ab 1967 war King zur zentralen Symbolfigur einer starken Koalition der anwachsenden Friedens- und der Bürgerrechtsbewegungen geworden, die als Basis für eine »neue Politik« fungieren sollte.

In den Machtzentren Amerikas rief Kings Engagement große Sorgen hervor. Als er seine Anti-Kriegskampagne startete, stellte er eine Bedrohung für die wirtschaftlichen Kräfte in Amerika dar. Die durch den Vietnamkrieg reichlich fließenden Gewinne drohten zu versiegen, sollte das amerikanische Volk ein Ende des Krieges verlangen und dieser beendet werden.

Als King dann andererseits Kampagnen gegen die Armut startete, war das Maß vieler Interessengruppen vollends überschritten.

Obwohl sich King über Washingtons Reaktion klar war, verstärkte er also seinen Widerstand gegen den Krieg. Und er fügte dem noch seine Pläne für massiven zivilen Ungehorsam im Rahmen der »Kampagne der Armen« hinzu. Seine Strategie war, im Frühjahr 1968 die Hauptstadt der Nation so lange stillzulegen, bis die Regierung einverstanden war, die Armut in den USA abzuschaffen.

Heute wissen wir – oder könnten es jedenfalls wissen –, dass es die US-amerikanische Regierung selber war, die King ermorden ließ. Das FBI (Federal Bureau of Investigation), die Bundeskriminalpolizei der USA, war schon sechs Jahre lang hinter Martin Luther King her. Der Führer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung wurde als Sicherheitsrisiko Nummer eins für die USA behandelt. In Büro- und Privaträumen Kings waren 16 geheime Abhöranlagen installiert worden. King war viel auf Reisen. Seine Hotelzimmer wurden mit Wanzen ausgestattet. Es wurden tausende von Stunden an Tonbandmaterial gespeichert.

Kurz vor der Entgegennahme des Friedensnobelpreises Ende 1964 wurde King vom FBI schließlich zum Selbstmord aufgefordert: »King, du bist fertig. Es gibt nur noch einen Ausweg für dich.« Dieser Botschaft war eine Tonbandaufnahme aus einem Hotelzimmer beigelegt, mit der King wegen sexueller Ausschweifungen öffentlich kompromittiert werden sollte.

Schließlich wurde Martin Luther King am 4. April 1968 auf einem Balkon des Lorraine Motels in Memphis im US-Staat Tennessee durch einen gezielten Schuss in den Kopf niedergestreckt. Wenig später starb er in einem Hospital. Er war gerade einmal 39 Jahre alt geworden, als er ermordet wurde.

Jesse Jackson, ein enger Mitarbeiter Kings, später sogar amerikanischer Präsidentschaftskandidat, der auf dem Balkon neben King war, sagte: »Wir brauchten nicht nach der Polizei zu rufen, der ganze Hotelkomplex war ohnehin voll von Polizisten. Als ich mich umdrehte, sah ich von allen Seiten Polizisten auftauchen.« Jackson erzählt weiter, dass er auf ihre Frage »Woher kam der Schuss?« geantwortet habe: »Von da, wo ihr herkommt, genau aus der gleichen Ecke, aus der ihr kommt.«

■ Vorbild statt Heiligenverehrung

Seit 1986 wird in den USA jeweils der Montag nach dem Geburtstag von Martin Luther King als Nationalfeiertag begangen. Ausgerechnet diesem ungeliebten und bis zum Tod bekämpften Vertreter eines anderen, eines auf Gewaltfreiheit ausgerichteten Amerika wird in einem sich als Weltpolizei verstehenden USA ein Feiertag gewidmet? Dies geht nur, indem King in seiner Radikalität »entschärft«, »gebändigt« wird. »Wir fordern ganz Amerika auf, das Gedächtnis dieses ... sanftmütigen Mannes zu feiern ...«, lautet die Botschaft im Kongress-Erlass von 1986, in jedem Jahr Kings Geburtstag als Nationalfeiertag zu begehen. Was für eine Art von Sanftmut soll da erinnert werden?

Vincent Harding, erster Direktor des King-Zentrums, hat bereits 1983 festgestellt: »Diejenigen, die dafür kämpfen, Kings Geburtstag zu einem offiziellen Feiertag zu machen, scheinen den King von 1963 in einem Schrein zu verwahren. In gewisser Weise ist das für uns ein bequemeres Bild: der triumphierende King »Des Marsches auf Washington«. Aber dieser ziemlich geglättete nationale Held ist nicht der King der Rede »Jenseits von Vietnam«.«

Es hat schon etwas von gerissener Taktik, nach seinem Tod einen Heiligen aus King zu machen und gleichzeitig seine Lehren zu ignorieren. David L. Lewis, der prominenteste schwarze Biograph, urteilte bereits 10 Jahre nach Kings Ermordung: »Martin Luther Kings Heiligsprechung durch die Nation ist an einen Punkt gekommen, wo sie zur üblen Nachrede wird. Irgendwie suchen wir uns seiner zu erinnern, indem wir ihn vergessen.«

Auch bei uns wird gerne ein weichgewaschenes Bild von Martin Luther King als einem »Apostel der Gewaltlosigkeit« vermittelt, der den Märtyrertod gestorben sei. Dieses Bild birgt die Gefahr, die politischen Perspektiven von Martin Luther King zu verkürzen. Die große Herausforderung an uns – nämlich die nach einer revolutionären Umgestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die Krieg und Armut beinhalten – wird dadurch entschärft und verharmlost. Von einer Erinnerung, welche den Schleier des vorherrschenden Bewusstseins lüftet, bleibt dann nicht mehr viel übrig.

Vor dem Lorraine Motel in Memphis, Tennessee, unterhalb des Balkons, auf dem King stand, als ihn der Schuss traf, ist eine Gedenktafel mit einer Inschrift aus dem ersten Buch der Bibel angebracht. Dabei handelt es sich um ein Wort von Josefs Brüdern, die sich gegen ihn verschworen hatten und ihm nach dem Leben trachteten:

*»Dort kommt ja dieser Träumer.
Jetzt aber auf, erschlagen wir ihn ...
Dann werden wir ja sehen,
was aus seinen Träumen wird.«
(Gen 37,19f)*

Und was ist aus Kings Träumen geworden? War mit seiner Ermordung im Alter von nur 39 Jahren alles aus? Es sollen nicht wenige gewesen sein, die sich unverhohlen über seinen Tod gefreut haben und dachten, nun sei King für immer zum Schweigen gebracht worden. Und dass heute Rassismus, Krieg und Armut fortbestehen – nicht nur in und durch die USA, sondern weltweit: gibt das nicht denen Recht, die auf das Scheitern seiner Träume mit seinem Tod hofften?

Nein, denn Martin Luther Kings Traum vom »Gelobten Land« lebt in den Herzen vieler Menschen fort. Vincent Harding schreibt: »King lebt! ... Wir haben gesehen, wie er in Peking auf dem »Platz des Himmlischen Friedens« mutig den Panzern entgegentrat; wir haben gesehen, wie er beim Fall der Berliner Mauer auf ihren Resten tanzte; wir hörten ihn während des »Prager Frühlings« singen; wir sahen sein Spiegelbild in den leuchtenden Augen von Nelson Mandela; ... er lebt weiter in uns und überall, wo seine Botschaft gehört und verwirklicht wird, wo immer wir seinen Kampf für Gerechtigkeit und Frieden fortsetzen.«

Heute auf einen neuen King hoffen? Nein! Eine derart charismatische Führerfigur einer Massenbewegung konnte nur unter ganz bestimmten historischen Bedingungen seine Rolle spielen. Und selbst damals in den 50-er und 60-er Jahren in den USA war es eine gemeinsame, von sehr vielen Menschen getragene Sache. Solche Bedingungen lassen sich nicht einfach herstellen. Es braucht die Kraft der vielen Einzelnen, um etwas zu bewegen.

Dabei können wir von der Bürgerrechtsbewegung lernen, dass diese nicht aus dem Nichts entstanden ist. Sie hatte eine längere Vorgeschichte mit viel Graswurzel- und Trainingsarbeit. Denn beispielsweise stimmt die bei uns weit verbreitete Überlieferung nicht, die Näherin Rosa Parks sei völlig spontan aus purer Müdigkeit auf ihrem Platz im Bus sitzen geblieben, als sie aufgefordert wurde, ihn an einen Weißen abzutreten. Vielmehr war

Parks aktives Mitglied einer Organisation, die sich für die Gleichberechtigung schwarzer Menschen einsetzte. Und sie hatte sich in einem Erwachsenenzentrum für sozialen Wandel, der Highlander Folk School, darauf vorbereitet, sich ungehorsam gegen dieses ungerechte Gesetz zu verhalten, das den Weißen die Vorrechte im Bus einräumte. Zwei Wochen nach einem Workshop in Gewaltfreiheit blieb sie dann am 1. Dezember 1955 im Bus sitzen. Aktive Gewaltfreiheit kann also gelernt werden. Und auch wir können das: uns an der gesellschaftlichen Basis engagieren, gewaltfreies Handeln einüben, uns an direkten gewaltfreien Aktionen beteiligen.

Von King lernen können wir, dass es einen dritten Weg gibt zwischen passivem Hinnehmen von Gewalt und Zurückschlagen mit Gewalt. Es geht um aktives Handeln gegenüber Unrecht und Gewalt. Aber Mittel und Zwecke dürfen dabei nicht getrennt werden. Frieden und Gerechtigkeit lässt sich nur mit gewaltfreien Mitteln erreichen. Die Hoffnung, dass diese Erkenntnisse eines Tages bei uns zu einer großen gesellschaftsverändernden Kraft werden können, muss nicht völlig vermessen sein. Das rücksichtslose Rennen um das große Geld muss nicht das letzte Wort in dieser Welt bleiben. Rassismus, Armut, Krieg – viele Menschen spüren Sehnsüchte nach einem Leben in Frieden und Gerechtigkeit in sich. Mit King können wir den Traum von einer gerechten, friedvollen, wahrhaftigen Welt träumen und uns dafür einsetzen – engagiert, gewaltfrei, geduldig und auch leidensbereit.

Michael Schmid ist Forum Pazifismus-Redakteur und Mitglied sowohl in der DFG-VK als auch im Versöhnungsbund, wo er Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe ist. Er lebt in Gammertingen und ist Initiator des dortigen Projektes »Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.«



Kings Traum und Tat noch immer aktuell

Besprechung einiger neuerer deutschsprachiger Bücher

Ein Blick auf den deutschsprachigen Büchermarkt zeigt, dass der 1968 ermordete Friedensnobelpreisträger Martin Luther King erstaunlich aktuell zu sein scheint. Der Gefahr der ansonsten reichlich gepflegten Heiligenverehrung beugen die hier vorgestellten Bücher vor.

Bahr/Grosse betonen in dem von ihnen herausgegebenen Band mit Reden, Aufsätzen und Predigten Kings, dass dieser kein unangefochtener Held

gewesen sei. Gegen Ende seines Lebens habe er mehrmals die Befürchtung geäußert, sein Traum könne sich in einen Alptraum verwandeln. Der für seinen Humor bekannte King sei oft niedergeschlagen und von depressiver Stimmung ergriffen gewesen. Derselbe Mann, der für viele eine unantastbare moralische Autorität gewesen sei, habe Selbstzweifel gehabt, unter Schuldgefühlen gelitten, weil er seiner Frau und seinen Kindern, seinen

eigenen moralischen Ansprüchen nicht gerecht geworden sei. Britta Waldschmidt-Nelson wird noch deutlicher: King und Malcom X – sie schreibt einen spannenden Vergleich zwischen diesen charismatischen Führungsfiguren der amerikanischen Schwarzen – hätten etwa in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter in sehr traditionellen, ja männlich-chauvinistischen Mustern gedacht. Beide seien aus heutiger Sicht keine vorbildlichen Ehemänner gewesen. King und Malcom X hätten hierarchische Strukturen in ihren Organisationen bevorzugt und gefördert, um ihren Willen schneller durchsetzen zu können. Ihr Geltungsbedürfnis sei deutlich ausgeprägt gewesen.

King kein Heiliger also! Dennoch, dieser Mann hat trotz all seiner von ihm selber schmerzlich empfundenen Schwächen an »schöpferischer Unangepasstheit« und Zivilcourage festgehalten. Er resignierte nicht vor dem »dreifachen Übel des Rassismus, Materialismus und Militarismus«, wie er zu sagen pflegte, sondern holte schonungslos diese dunklen Seiten der USA ans Licht und kämpfte für deren Überwindung.

Bahr/Grosse verweisen zurecht darauf, dass ihn zu so einer faszinierenden Persönlichkeit macht, weil er tat, was er sagte. Sie stimmen der Feststellung von Kings Mitarbeiter Jesse Jackson zu: »Martin Luther King redete nicht nur von Brüderlichkeit. Er war ein Bruder. ... Er wünschte nicht nur Veränderungen. Er veränderte wirklich etwas.« Trotz der Widersprüchlichkeiten in seinem Leben tat sich bei ihm also keine »Glaubwürdigkeitslücke« zwischen Reden und Handeln auf.

Die Bereitschaft zum Leiden war gewissermaßen ein Leitthema von King und seiner Bürgerrechtsbewegung, die täglich mit Prozessen und Verfolgungen aller Art zu kämpfen hatte. Darauf weist Richard Deats, zeitweilig Präsident des US-Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, in seiner Biographie ausdrücklich hin. Alle diese Menschen hätten einen hohen Preis für ihr Engagement zur Überwindung des Rassismus gezahlt. Viele hätten dies in tiefem Glauben bewusst auf sich genommen. Martin Luther King habe seinen Leuten vor allem geholfen, Bitterkeit und Furcht zu überwinden und den Wert ihrer Leiden zu entdecken. Er habe aus der festen Überzeugung gelebt, dass unverdientes Leiden eine erlösende Kraft habe und den Anfang setze für eine Entwicklung zu größerer Liebe, mehr Verständnis und mehr Hoffnung.

Martin Luther King wurde am 4. April 1968 in Memphis, erschossen. 1999 fand das erste und bisher einzige Gerichtsverfahren im Zusammenhang

mit der Ermordung Kings statt. Dabei kamen die Geschworenen zu dem Urteilsspruch, dass der weiße Wirtshausbesitzer Loyd Jowers und »andere, einschließlich Regierungsagenturen«, sich verschworen hatten, King umzubringen.

Dass es überhaupt zu dieser Gerichtsverhandlung kam, war ganz wesentlich das Verdienst des US-amerikanischen Rechtsanwalts und Journalisten William F. Pepper. In seinem Buch »Die Hinrichtung des Martin Luther King. Wie die amerikanische Staatsgewalt ihren Gegner zum Schweigen brachte« dokumentiert Pepper sehr detailliert seine Beweise. In seinem streckenweise spannend wie ein Politikthriller zu lesenden Buch geht er davon aus, dass King sterben musste, weil er durch seine Fähigkeit, eine Massenbewegung gegen den Vietnam-Krieg und die Armut zu organisieren, zu einer Bedrohung für die US-amerikanische Regierung und die Rüstungsindustrie geworden war. Dort habe man Angst gehabt, dass dieser so sehr verehrte Schwarz-amerikaner die volle Kraft seiner Integrität, seiner moralischen Autorität und seines internationalen Ansehens dazu verwenden wollte, die Macht des US-amerikanischen Staates herauszufordern und dessen moralischen Bankrott anzuprangern.

King wurde ermordet, aber nicht zum Schweigen gebracht. Diese Bücher sind ein Beleg dafür. Wenn sie dazu dienen, dass sich Menschen in ihrem Leben und Handeln von King inspirieren lassen, dann können sie ebenfalls eine wichtige Funktion erfüllen.

- **Richard Deats: Martin Luther King. Traum und Tat. Ein Lebensbild.** München, Verlag Neue Stadt, 2001; 173 Seiten, 14,90 €
- **Britta Waldschmidt-Nelson: Martin Luther King/Malcom X.** Frankfurt am Main, S. Fischer-Taschenbuch, 2000; 192 Seiten, 8,90 €
- **Martin Luther King: Ich habe einen Traum.** Hrsg. von Hans-Eckehard Bahr und Heinrich W. Grosse. Düsseldorf, Patmos, 2003; 140 Seiten, 12,90 €
- **William F. Pepper: Die Hinrichtung des Martin Luther King: Wie die amerikanische Staatsgewalt ihren Gegner zum Schweigen brachte.** Kreuzlingen, München, Hugendubel, 2003; 22.- €

Thomas Nauert

Zum Weltverständnis gewaltfreien Handelns

Die ethischen und spirituellen Grundlagen der Gewaltfreiheit

Ein Partisanenführer auf der Flucht, die Lage ist verzweifelt, eine Höhle letzter Zufluchtsort. Draußen tönen die Stimmen der Regierungssoldaten, laut, siegessicher. Dann blankes Entsetzen. Der Oberbefehlshaber, der Diktator selbst, betritt die Höhle. Doch er ist ahnungslos; sieht nicht die, die im Dunkeln sitzen; will nur ein privates Geschäft verrichten. Eine absurde Situation, eine einmalige Gelegenheit, jetzt oder nie. Ein Hieb und Flucht und Verfolgung könnten ein Ende haben. Oder ein Griff und mit dieser Geisel wäre freier Abzug möglich. Langsam erhebt sich der Partisanenführer, greift zum Messer und schneidet ... ein Stückchen vom abgelegten Mantel ab. Mit diesem Zeichen des Verschonens will er noch einmal versuchen Kommunikation, Verständigung herzustellen. Trotz aller Verfolgung hält er den »Feind« für einen Menschen, der seinen Irrtum einsehen kann. Blankes Entsetzen, tiefes Unverständnis bei seiner eigenen Truppe. »Hat je einer seinen Feind getroffen, und ihn dann im Guten seinen Weg ziehen lassen«, so wird es staunend später der Diktator formulieren.

»Hat je einer ...?« Nein, keiner sonst hat so gehandelt, weder in der Zeit des Erzählers noch in der erzählten Zeit der Geschichte, die sich in der Bibel, im Alten Testament findet (1. Sam 24, der Name des Partisanenführers ist David, der Name des Diktators Saul) und nur wenige handeln heute in unserer Zeit so. Gewaltfreies Handeln verwundert, ja befremdet. Unverstanden bleibt der Partisanenführer von seinen Gefolgsleuten, bestaunt wird er vom Gegner.

Warum wirkt solches Handeln so fremd, damals wie heute? Befremdlich ist es zunächst einfach deshalb, weil es selten ist, damals wie heute. Gewöhnlich und gewohnt sind wir andere Handlungsweisen. Die Frage, woher der Mut, woher die Phantasie, woher die Kraft für solches unnormales anstößiges Handeln kommt, drängt sich auf. Es bedarf offensichtlich einer bestimmten geistigen Grundhaltung, um zu gewaltfreien Handlungsweisen zu gelangen. Mit dem Wort »geistig« sind dabei nicht besondere kognitive Ressourcen gemeint, sondern im Sinne des alten Wortes geistlich und des modernen Fremdwortes spirituell geht es um ganzheitliche Lebenshaltungen und Einstellungen. Die Frage nach den hinter gewaltfreiem Handeln stehenden geistigen Grundhaltungen erscheint auch deswe-

gen interessant, weil häufig im Zusammenhang von Gewaltfreiheit, Gewaltlosigkeit oder neuerdings auch Gütekraft, vor allem von moralischen Forderungen und Normen die Rede ist (Liebe, Güte, Geduld, Selbstlosigkeit etc.). Gewaltfreiheit erweckt dann allzu leicht den Eindruck, sie wäre nur konzipiert für Reine und Heilige. In Wirklichkeit aber erwächst Gewaltfreiheit nicht aus »Heiligkeit«, sondern aus verschiedenen geistigen Grundeinstellungen.

Einige solcher Grundeinstellungen oder Haltungen, verstanden als Elemente eines gewaltfreien Weltverständnisses, sollen im folgenden skizziert werden. Auch wenn der, der dies schreibt, in einer der christlichen Konfessionen beheimatet ist, sind die im folgenden beschriebenen Haltungen keine christlichen bzw. religiösen Phänomene, sondern menschliche Möglichkeiten.

»Möge also niemand sich erregen, wenn er mich von Gott (falls er nicht an Gott glaubt) oder von Christus (falls er kein Christ ist) sprechen hört; möge vielmehr jeder, was es an Wahrheiten darin gibt, in die Begriffe seines eigenen inneren Gedankengefüges übersetzen.« (Dom Helder Camara)

Die Welt ist endlich

»Gepriesen seiest, du mein Herr, durch unseren Bruder, den Tod der Leiber« (Franziskus)

Franziskus, der radikal Arme und radikal von Gewaltsamkeit Freie hatte auch zu dem jegliches Menschenleben bedrohenden Phänomen Tod einen brüderlichen Zugang. Gibt es Zusammenhänge zwischen der Einstellung zum Tod und der Einstellung zur Gewalt? Ist es vielleicht sogar »das Unvermögen, den Tod zu verstehen, ihm zu begegnen, das zu so vielen Kriegen und zur Gewalttätigkeit führt«? So fragt Thomas Merton und führt weiter aus: »Es scheint, dass der Mensch an seinem individuellen physischen Leben hängend, glaubt, sich gegen den Tod schützen zu können, indem er ihn anderen zufügt«. Erst eine bewusste Auseinandersetzung mit dem bevorstehenden eigenen Sterben macht frei von Angst und lässt so Raum für gewaltverzichtendes Handeln.

»Als ich zu der Ansicht kam, als Vertreter eines gewaltfreien Umgangs mit Menschen könnte ich keine Bewaffnung, kein Gewehr mehr besitzen, musste ich mich direkt mit dem Problem meines Sterbens auseinandersetzen. Ich tat es, und von da an brauchte ich kein Gewehr mehr, ich hatte auch nur noch selten Angst.« (Martin Luther King)

■ Die Welt ist voller Brüder und Schwestern

»Wenn Sie Brüder sein wollen, dann legen Sie die Waffen nieder. Man kann nicht lieben mit Angriffswaffen in den Händen.« (Papst Paul VI. 1965 vor der UNO)

Die Rede von Brüdern und Schwestern klingt zunächst idyllisch. Sie hat aber tief reichende Konsequenzen. Sie impliziert, den anderen Menschen so zu sehen, wie ich mich sehen möchte: im Prinzip freundlich und dem Guten zugewandt, ansprechbar, von normalen menschlichen Bedürfnissen erfüllt. Keiner ist eine Bestie, jeder hat ein Gewissen, jeder kann sich ändern, kann umkehren, keiner ist böse im absoluten Sinne. »Ein tiefer und unerschütterlicher Glaube in die menschliche Fähigkeit sein Gewissen zu öffnen, ist die Grundlage jedes gewaltfreien Engagements«. (Hildegard Goss-Mayr).

Aus dieser Haltung erwächst das, was mit Liebe bezeichnet werden könnte, wenn das Wort Liebe nicht längst so abgegriffen wäre, dass es mehr verdeckt als enthüllt. Es geht darum, zu sehen, »dass der Feind ebenso an denselben Sorgen und Begrenzungen leidet wie ich. Dass wir beide die gleichen Hoffnungen, Bedürfnisse haben, uns beide nach einem friedlichen und ungefährlichen menschlichen Leben sehnen. Und, dass der Tod beide erwartet (...) Dann erst wird Frieden möglich.« (Thomas Merton)

Weil die Welt voller Brüder und Schwestern ist, darum gehört die Welt auch allen zu gleichen Teilen. Gewaltfreiheit ist eng verbunden mit einer Haltung des Loslassens und des Teilens. »Gewaltlosigkeit (...) sollte frei sein von jeder verborgenen unbewussten Hinnahme ungerechter Machtausübung« (Thomas Merton). Ohne die Grundüberzeugung, dass die Welt allen Menschen (oder gar allen Lebewesen) gehört und jeder daher gleiche Rechte hat, ist sie nicht zu verstehen. Nur vor dem Hintergrund dieser Grundüberzeugung wird verständlich, warum Gewaltfreiheit als Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit verstanden wird und nicht als Verteidigungsstrategie von unmittelbar eigenen Interessen oder von Gruppeninteressen. Für Merton ist Gewaltlosigkeit nicht wegen der Bereitschaft, Leiden auf sich zu nehmen, die anspruchsvollste Form des Kampfes, sondern weil sie voraussetzt, dass man Abstand genommen hat von den unmittelbar eigenen Interessen und das Interesse aller sucht. Und Goss-Mayr leitet die von Ghan-

di wie King so häufig betonte Bereitschaft, »die Konsequenzen unseres Engagements für eine größere Gerechtigkeit auf uns zu nehmen«, davon ab, dass es gewaltfreier Einstellung nicht angemessen sei, für die Folgen eigener Handlungen die Brüder und Schwestern haftbar zu machen.

»Spezialisiere Dich
auf die Kunst,
in jedem und in gleich welchem Geschöpf
die gute Seite zu entdecken,
die es an sich hat: niemand ist nur Bosheit.
Spezialisiere dich
auf die Kunst,
in jeder und in gleich welcher Ideologie
den Keim der Wahrheit zu entdecken
den sie in sich trägt:
der Geist ist unfähig,
am völligen Irrtum festzuhalten.«
(Dom Helder Camara)

■ Die Welt kann warten

»Die heimtückische Versuchung, die es zu vermeiden gilt (...): der Fetischismus der unmittelbaren sichtbaren Ergebnisse.« (Thomas Merton)

»Revolution ist ein Abenteuer, das Geduld braucht.« (Daniel Berrigan)

Auf eine geheimnisvolle Weise scheinen die Phänomene Gewalt und Zeit miteinander verbunden. Gewalt könnte geradezu definiert werden als Versuch, die Zeit, die für eine Konfliktlösung gebraucht wird, zu sparen. Wenn Ghandi um die organische Einheit von Mittel und Ziel zu unterstreichen, die Mittel mit einem Saatkorn vergleicht und das Ziel mit dem aus diesem Saatkorn erwachsenen Baum, dann wird deutlich, dass Gewaltfreiheit den Dingen ihre Zeit lassen kann, geprägt vom Vertrauen auf die »Dynamik geduldigen und verborgenen Wachstums« (Thomas Merton).

Ein jedes Ding auf Erden hat seine Zeit und braucht seine Zeit. Wenn im industrialisierten Westen etwas verloren gegangen ist, dann das Gefühl für natürliche Zeit und natürlichen Rhythmus. »Alles, jetzt und sofort«, ist die Haltung der industrialisierten Welt. »Alles, jetzt und sofort«, ist eine Haltung, die Gewalt als Zwangsmittel zur sofortigen Lösung zwingend mit einschließt. In nur drei Tagen sollte der Jugoslawien-Krieg um das Kosovo entschieden sein, so die verlockende Planung, und verführt von diesem teuflischen Sirengesang einer schnellen Lösung haben alle zugestimmt.

Hinter der Haltung der Gewaltfreiheit steht aber nicht nur ein tiefes Verständnis für die Langsamkeit dieser Welt und eine neue Kunst des Wartens und der Geduld. Langsamkeit scheint eng verschwistert mit Achtsamkeit. »Spüle das Geschirr entspannt ab, als sei jede Schale Gegenstand deiner Betrachtung. Betrachte jeden Teller als heilig. Folge deinem

Atem, damit dein Geist nicht abschweift. Versuche nicht, dich zu beeilen, um die Arbeit hinter dich zu bringen. Betrachte den Abwasch als das Wichtigste auf der Welt. (...) Wenn du nicht achtsam abwaschen kannst, kannst du auch nicht meditieren, wenn du still sitzt.« (Thich Nhat Hanh)

Langsamkeit und Achtsamkeit ergeben zusammen Gegenwärtigkeit: »Der gegenwärtige Augenblick ist die einzige Zeit, über die wir verfügen. Und die wichtigste Person ist immer der Mensch, mit dem ihr beisammen seid, der unmittelbar vor euch steht, denn, wer weiß, ob ihr in Zukunft mit irgend einem Menschen zu tun haben werdet?« (Tolstoi). Die Unbedingtheit, mit der Ghandi auf der Übereinstimmung von Mitteln und Zielen bestand, wird von hier aus verständlich, denn ein schlechtes Mittel um eines guten Zieles wegen einzusetzen, heißt, jetzt im Augenblick Schlechtes zu tun. Woher aber die Hoffnung, dass es überhaupt weitere Zeit als diesen Augenblick geben wird?

■ Die Welt ist gut und wahr

»Die Welt ruht auf dem Felsgrund von Satja oder Wahrheit. Asatja, was Unwahrheit bedeutet, hat auch die Bedeutung »nicht seiend« und Satja oder Wahrheit bedeutet auch »das, was ist«. Wenn Unwahrheit somit nicht als existent gilt, kommt ihr Sieg nicht in Frage. Und da Wahrheit »das ist, was ist«, kann sie nie zerstört werden.« (Ghandi)

Es geht hier um das wichtigste Axiom gewaltfreien Handelns: ohne tiefes Vertrauen in eine grundsätzlich vorhandene Gutheit und Wahrheit dieser Welt ist Gewaltfreiheit nicht denkbar. In den abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) ist dieses Axiom in den Schöpfungsmythen verankert: »Und siehe, es war sehr gut«, so lautet der Refrain des ersten grundlegenden Schöpfungsberichtes der jüdischen Bibel (bzw. des christlichen Alten Testaments). Der Anfang also war gut. Das Gute war am Anfang und nicht das Böse. Aus dieser Grundüberzeugung heraus erwächst das Vertrauen, dass Böses in jeder Situation verwandelt werden kann und das dahinter verborgene Gute neu sichtbar werden kann.

Erst vor einem solchen – abendländisch gesprochen metaphysischen – Hintergrund wird deutlich, wieso der gewaltfrei Kämpfende so unbeirrbar glaubt, »dass das Universum auf der Seite der Gerechtigkeit steht« (Martin Luther King) und die »Wahrheit allein siegt« (Ghandi). Gewaltlosigkeit kämpft für die Wahrheit, nicht um die Macht. Weil Gewaltlosigkeit auf »das Offenkundig-Werden grundlegender und entscheidender Wahrheit« abzielt, ist sie »nicht primär eine Sprache der Effizienz, sondern die Sprache des Kairos. Sie sagt nicht: We shall overcome, vielmehr: Dies ist der Tag des Herrn, und was uns auch geschieht, Er wird siegen.« (Thomas Merton)

Was uns auch geschieht, Er (oder die Wahrheit) wird siegen. In diesem Satz wird deutlich, dass es nicht Naivität in besonderer Steigerung ist, was zur Ablehnung von gewaltsamen Lösungsmöglichkeiten führt. Wer gewaltfrei handelt erwartet nicht, dass alles machbar und lösbar ist. Er rechnet mit heftigem Widerstand. Er weiß um das gewaltsame Lebensende von Ghandi und M.L.King. Er hat lediglich eine besondere Überzeugung bezüglich des dem Menschen gegebenen Handlungsspielraums zur Veränderung der Welt. Gewaltfreiheit ist »Grundhaltung in Form einer Zurückhaltung: es geht um die Annahme der Grenzen unserer Möglichkeiten« (Ullrich Hahn). Diese Annahme erwächst aus tiefem Vertrauen auf die Kraft der Wahrheit. Ich kann nicht alles, ich muss nicht alles können und vor allem muss ich nichts mit Gewalt können. »In jeder spirituell verwurzelten gewaltfreien Aktion steckt daher ein Stück Loslassen, eine Gelassenheit, Heiterkeit, wie sie gerade von Ghandi so oft berichtet wird.« (Ullrich Hahn)

Die beschriebene besondere Haltung des gewaltfreien zur Zeit, die Langsamkeit und Gelassenheit, hat ihre Wurzel ebenfalls im gelassenen Vertrauen darauf, dass das Gute und das Wahre letztlich eins sind mit dem, was ist (»bonum et verum et ens sunt idem secundum rem«, so Thomas v. Aquin bereits im 12. Jahrhundert!).

Noch ein anderes Spezifikum gewaltfreien Handelns erschließt sich von dieser unbedingten Ausrichtung auf die Wahrheit. Gewaltfreiheit als fremdes Handeln richtet sich oft, allzu oft nicht nur gegen die herrschende Logik des Handelns, sondern auch gegen die verordnete Logik des Handelns durch demokratisch oder diktatorische Herrscher. Gewaltfreies Handeln wird dann zu einem Handeln zivilen Ungehorsams. Das negative Wort »ungehorsam« aber verbirgt, dass hier von Seiten des Ungehorsamen ein Akt des Gehorsams vorliegt. Gehorcht wird dem als wahr Erkannten. Weil es um Wahrheit geht und nicht um Legalität ist das Gewissen des Einzelnen die höchste Instanz und das Gefängnis bis in unsere Tage ein nicht ganz so seltener Aufenthaltsort von gewaltfreien Menschen.

■ Die Welt hat unendliche Zukunft

»Wer ist das, der weiterspricht, wenn wir abbrechen?« (Ludwig Strauss, »Wintersaat«, 1953)

Auf geheimnisvolle Weise scheint ein Handeln, welches von der unendlichen Würde jedes Einzelnen ausgeht und auf die Gutheit und Wahrheit dieser Welt setzt, ein Getragen und Gehaltensein dieser Welt und ihrer Menschen zu implizieren, das weit über die irdisch sichtbaren Realitäten hinausweist. Denn gewaltfrei für eine Sache mit langem Atem und mit vielen Opfern zu streiten, ohne dass für die, die sterben, bevor das Ziel erreicht ist, eine Hoffnung besteht, erscheint schwierig. Lässt sich,

wenn der Mensch zum Material wird, das am Wegrand in die bessere Zukunft verscharrt wird, der Glaube an die Güte und Wahrhaftigkeit der Welt aufrechterhalten? Kann der Glaube an die unendliche Würde jedes einzelnen Menschen den massenweisen Untergang so vieler Brüder und Schwestern unbeschadet überstehen? »Schließlich macht auch kein Glück der Enkel das Leid der Väter wieder gut, und kein sozialer Fortschritt versöhnt die Ungerechtigkeit, die den Toten widerfahren ist. Wenn wir uns zu lange der Sinnlosigkeit des Todes und der Gleichgültigkeit gegenüber den Toten unterwerfen, werden wir am Ende auch für die Lebenden nur noch banale Versprechen parat haben« (J.B. Metz).

Wenn also eine zukünftige gerechte Gesellschaft nicht aufgerichtet gedacht werden kann auf dem Friedhof der Millionen Gerechten, die für diese Vision gelebt haben und bereits gestorben sind, dann folgt daraus, dass für den gewaltfrei Handelnden explizit oder implizit diese Welt unendliche Zukunft hat – im traditionellen religiösen Terminus der abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) Himmel genannt. Das Grundvertrauen, dass am Ende nicht das Böse siegen wird, sondern dass das Gute stärker ist, muss, konsequent weitergedacht, auch für jeden einzelnen Menschen Hoffnung auf Ewigkeit beinhalten.

Spätestens an diesem Punkt stellt sich die Frage nach Gott. Es könnte sein, dass es doch mehr als nur ein geschichtlicher Zufall ist, dass die großen gewaltfreien Bewegungen in diesem Jahrhundert angestoßen wurden von ausgeprägt religiösen Menschen (L.Tolstoj, M.Ghandi, M.L. King, H. Goss-Mayr, J. Goss, D.Berrigan).

■ Weltverständnis und Lebenshaltung

Aus diesen fünf Grundüberzeugungen, Haltungen erwächst m.E. gewaltfreies Handeln. Der fremde Weg der Gewaltfreiheit wird auf diese Weise verständlicher, fremd bleibt er trotzdem. Denn wir »sind in Millionen von Jahren nicht für ihn konditioniert worden, sondern für Flucht oder Kampf. Wir erreichen diesen Weg nicht, weil wir mit einem sonnigen Gemüt veranlagt sind, sondern nur durch Umkehr, Disziplin, Einübung, Phantasie und Risikobereitschaft« (W. Wink). Andererseits aber gilt eben auch, dass Gewaltlosigkeit keine moralische (Über)forderung ist. Wenn durch Umkehr, Disziplin und Einübung bestimmte geistige Haltungen gewachsen sind, wird Gewaltfreiheit nicht zu etwas, »was wir tun müssen, sondern was wir plötzlich tun können (...) Gewaltfreiheit ist dann kein Gesetz, sondern ein Geschenk. Sie begründet unser Leben und Handeln aus Freiheit und nicht aus moralischem Zwang« (W. Wink).

Einige Konsequenzen einer solchen Sicht gewaltfreien Handelns sollen abschließend noch kurz angesprochen werden:

■ Die Fähigkeit, mit Konflikten gewaltfrei konstruktiv umzugehen bzw. gegen Unrecht gewaltfrei zu kämpfen, ist keine Selbstverständlichkeit. Langfristige und kontinuierliche Arbeit an der Weiterentwicklung der eigenen Handlungsfähigkeit ist unerlässlich. Wenn allerdings Gewaltfreiheit aus bestimmten geistigen Grundeinstellungen erwächst bzw. ein gewisses Weltverständnis impliziert, dann bedeutet das, dass Gewaltfreiheit nicht gelernt werden kann in der Art und Weise, wie man ein Auto zu reparieren lernt. Gewaltfreiheit lernen heißt, eine Lebenshaltung erlernen. Nun ist andererseits heute eine erstaunliche Fülle von Techniken gewaltfreien Handelns (zumeist unter dem Terminus »konstruktive Konfliktbearbeitung« zusammengefasst) isoliert und analysiert. Die Versuche, Gewaltfreiheit allein als technische Fertigkeit zu verstehen, die gelernt werden kann, wie jedes andere Handwerk ist daher groß. Diese Versuche ist umso größer, weil eine Reduzierung von Gewaltfreiheit auf technische Fertigkeiten konstruktiver Konfliktbearbeitung eine wesentlich höhere Akzeptanz verspricht, Akzeptanz im Bildungsbereich und auch im politischen Bereich. Der oben skizzierte geistige Hintergrund von Gewaltfreiheit erscheint demgegenüber eher weniger gesellschaftskompatibel. Hier liegt ein ganz erhebliches Spannungsfeld.

■ Wenn Gewaltfreiheit nicht eine technische Methode darstellt oder eine moralische Maxime, sondern als eine aus einem bestimmten Weltverständnis erwachsene Lebenshaltung zu verstehen ist, dann wird verständlich, dass Gewaltfreiheit sich nicht im politischen Einsatz erschöpft, sondern auch die eigene Person, das Alltagsverhalten und die Beziehungen zu anderen und zur Natur prägen will. Dieser umfassende Anspruch oder die übergreifende Vision lässt sich mit der Wendung »Kultur der Gewaltlosigkeit« am besten bezeichnen. Gewaltfrei handeln heißt eben auch, sich mit der gelungenen Lösung von bestimmten Konflikten nicht zufrieden geben, sondern die Frage stellen, aufgrund welcher Strukturen es zu diesen Konflikten kam und wie diese Strukturen sich verändern lassen. Gewaltfreies Handeln verwirklicht sich insofern auch in so genannten »Alternativprojekten«, wo Strukturen einer gewaltfreieren und gerechteren Gesellschaft vorweggenommen und erprobt werden (Eine-Welt-Läden; Tauschringe; Lebensgemeinschaften, alternative Betriebe). Die Arbeit für eine konstruktive Alternative ergänzt die gewaltfreie Aktion, Alternativprojekte sind unverzichtbare Wegweiser für den Traum von einer Kultur der Gewaltlosigkeit.

■ Wird Gewaltfreiheit weniger als moralische Anstrengung verstanden, sondern mehr als Lebenshaltung, dann wird auch verständlich, dass die Haltung der Gewaltfreiheit einer ganz eigenen Pflege bedarf. Die Phänomene Gemeinschaft, Fasten, Schweigen, Gebet und Meditation bekommen

von daher ihre Bedeutung als »Lebensmittel« einer gewaltfreien Existenz.

■ Verständlich wird schließlich, dass gewaltfreies Handeln vor allem in religiösen Kontexten verwurzelt ist, »als die alle Weltreligionen an ihrer Wurzel verbindende Wahrheit von der absoluten Achtung des Menschen« (Goss-Mayr). Auch für Gewaltfreie aus einer dezidiert atheistischen Position heraus sind daher Religionsgemeinschaften und Kirchen als potenzielle Verbündete von großem Interesse. Allerdings sind es in allen großen Religionsgemeinschaften bis heute nur kleine Gruppen, die für eine Kultur der Gewaltfreiheit eintreten.

Im Bereich der christlichen Religion sind dies einmal die so genannten »Friedenskirchen« (Quaker, Church of the Brethren Network [www.cobnet.org; www.prairienet.org/cpt] und Mennoniten [www.mennolink.org/peace]; vgl. auch Church and Peace [c3.hu/bocs/chp-g.htm] und das Orthodox Peace Fellowship [www.incommunion.org]). Von Bedeutung sind daneben zwei explizite Friedensbewegungen, Pax Christi [<http://pci.ngonet.be> bzw. www.paxchristi.de] und der Internationale Versöhnungsbund [www.ifor.org bzw. www.versoehnungsbund.de]. Für den Bereich der jüdischen Religion ist das Jewish Peace Fellowship [www.jewishpeacefellowship.org] wichtig, für den Islam das Muslim Peace Fellowship [www.nonviolence.org/mpf]. Seit Jahren existiert darüber hinaus eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Religionen zum Thema Frieden [www.wcrp.org].

Karlheinz Lipp

Klare Absage an die Kriegshetzer

Friedenspfarrer contra Deutscher Wehrverein im Frühjahr 1914

Nationalistisch-imperialistische Verbände sorgten dafür, dass im Kaiserreich Aufrüstung und Kriegshetze stark verbreitet wurden. Im Jahre 1912 wurde eine weitere militaristische Organisation gegründet, der »Deutscher Wehrverein«. Als Vorsitzender fungierte General Keim. Ziele: Stärkung der Vaterlandsliebe, des »mannhaften Geistes« und der Wehrmacht, Aufrüstung des Heeres und Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen europäische Nachbarstaaten. Bereits zwei Jahre nach seiner Gründung zählte diese Organisation ca. 100.000 Mitglieder, darunter viele ehemalige Generäle und Offiziere sowie die Schwerindustriellen Kirdorf und Röchling. Die Mitgliedszeitschrift »Die Wehr« erreichte 1914 eine Auflage von 96.000. Zum Vergleich: im gleichen Jahr 1914 umfasste die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) ca. 10.000 Mitglieder in ungefähr 100 Ortsgruppen.

Dom Helder Camara, der kleine Bischof und große Optimist, sprach von »abrahamitischen Minderheiten«. So wie Abraham einst als Einzelner gesegnet mit der Verheißung einer zahlreichen Zukunft aufbrach, so sieht Dom Helder Camara in diesen Gruppierungen den für die Zukunft von Mensch und Welt entscheidenden Aufbruch.

Dr. Thomas Nauert ist im Versöhnungsbund für die Arbeitsbereiche Kirchen/ÖRK-Dekade und Spiritualität zuständig.

Dieser Text wurde zuerst veröffentlicht in T. Evers (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Idee. Erfahrungen. Ziele. Opladen 2000, S. 48-56

Literatur

Hans-Eckehard Bahr: Seht, da kommt der Träumer. Unterwegs mit Martin Luther King. Stuttgart 1990

Daniel Berrigan: Zehn Gebote für den langen Marsch zum Frieden. Stuttgart 1983

Michael Blume: Satyagraha. Wahrheit und Gewaltfreiheit. Yoga und Widerstand bei Ghandi. Gladenbach 1987

Dom Helder Camara: Die Wüste ist fruchtbar. Wegweisungen für die abrahamitischen Minderheiten. [franz. Paris 1971] Graz u.a. 1972

Hildegard Goss-Mayr/Jean Goss: Evangelium und Ringen um den Frieden. Uetersen 1995

Ulrich Hahn: Warum Gandhi? in: Versöhnung. Rundbrief des Internationalen Versöhnungsbundes, deutscher Zweig, 2/1998, S. 10-11

Martin Luther King: Testament der Hoffnung. Letzte Reden, Aufsätze und Predigten. Gütersloh 1974

Thomas Merton: Gewaltlosigkeit. Eine Alternative. Köln 1986

Thich Nhat Hanh: Das Wunder der Achtsamkeit. Einführung in die Meditation. Zürich, München 1990

Walter Wink: Angesichts des Feindes. Der dritte Weg Jesu in Südafrika und anderswo. München 1988



schrift wandten sich einige Friedenspfarrer, indem sie, nur wenige Wochen später, ihre Antworten in der Schrift »Der Wehrverein – eine Gefahr für das deutsche Volk« im pazifistischen Verlag Wilhelm Langguth (Esslingen) veröffentlichten. Herausgeber war Otto Umfrid, der zum führenden Friedenspfarrer in Deutschland avancierte. Er gründete in Württemberg viele DFG-Ortsgruppen und wirkte seit 1900 als DFG-Vizepräsident. In Einzelpublikationen und ca. 600 Artikeln kritisierte Umfrid unermüdlich die Vertreter und Organisationen einer chauvinistischen Politik und warnte deutlich vor einem drohenden Weltkrieg. Als weitere Autoren sind u.a. die Friedenspfarrer Nithack-Stahn, Francke und Wagner zu nennen.

Ein Anlass für die Herausgabe der Broschüre des Wehrvereins stellte eine Predigt Walther Nithack-Stahns, Pfarrer an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, an Weihnachten 1913 dar, die dieser in einer Zeitung veröffentlichte und die dem General Litzmann missfiel. Nithack-Stahn engagierte sich bereits seit längerem publizistisch in der Friedensbewegung. Für ihn, dessen Predigt auch in der pazifistischen Schrift abgedruckt wurde, ist Weihnachten ein internationaler, überkonfessioneller Feiertag für den Frieden. Den Kriegshetzern, Militaristen und Verkündern von Feindbildern erteilt er eine klare Absage. In einem Artikel nimmt Nithack-Stahn zu den Vorwürfen seiner Gegner Stellung: »Den Krieg habe ich eine »Brutalität« genannt und nenne ihn noch einmal so. Denn es ist untermenschlich, ein Ueberrest niederer Wesensart, wenn Völker ihren Wettbewerb um die Palme der geistigen Welteroberung austragen, indem sie sich in Menschenblutvergießen hinschlachten. [...] Daß auch im wirtschaftlichen und geistigen Kampfe unblutige Opfer zu Tausenden fallen, Haß und Niedertracht mitspielen – das wäre ein schlechter Prediger, dem man das noch sagen müßte! Aber diese schädlichen Erscheinungen zu bekämpfen, treiben wir alle Sozialpolitik und Volkserziehung. Statt brutalen Gewaltrechtes Rechtsordnung! Lautet unsere Losung. Nichts anderes erstreben auf dem Gebiete des internationalen Lebens wir vielverschrienen Pazifisten, die wir den Krieg bekämpfen.« (»Der Wehrverein«, S. 10 f.; die Rechtschreibung wurde bei allen Zitaten nicht modernisiert)

Ausführlich meldete sich Umfrid zu Wort. Er bezieht sich hauptsächlich auf Keim und wirft dem General zunächst eine völlige Unkenntnis des Pazifismus vor. Umfrids pazifistisches Credo lautet: »Den Krieg als solchen können wir nun und nimmer zur göttlichen Weltordnung rechnen, und wenn unser Widersacher ausdrücklich diese Meinung vertritt, so glauben wir, daß er von einem falschen Gottesbegriff ausgeht. Nur ein Reich der Liebe und der Ordnung, des Friedens und des Rechts kann auf Gott zurückgeführt werden, der Krieg aber ist die Verneinung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung. [...] Es ist mir unerfindlich, wie man es evangelischen Geistlichen zum Vorwurf machen kann, daß sie sich an dieser Verwerfung des Krieges

beteiligen. Nicht der Buchstabe, wie General Keim meint, sondern der Geist der Schrift nötigt uns zu dieser Stellung, schon die Anwendung des fünften Gebots »Du sollst nicht töten« auf das Völkerleben, die ganze ablehnende Stellung Jesu gegen den Gebrauch der Gewalt müßte von rechts wegen der Christenheit ein böses Gewissen machen gegenüber den Bruderkriegen, die sie bis zum heutigen Tag oft so leichten Herzens unternimmt. Wenn die offizielle Kirche ihre Pflicht in der angedeuteten Richtung tun wollte, so müßte sie die Friedensbewegung von amts wegen unterstützen. Sollte General Keim auf dies hin aus der Kirche austreten, so wäre es um ihn, solange er seine Gesinnung nicht ändert, nicht schade.« (ebd., S. 7 f.)

Der Stuttgarter Stadtpfarrer beschäftigt sich dann mit der oft propagandistisch vertretenen These, wonach Deutschland angeblich von Feinden umzingelt und daher eine deutliche Aufrüstung und nationale Interessenpolitik dringend erforderlich seien. Umfrid führt mehrere Zitate aus Veröffentlichungen Keims an, um zu bilanzieren: »In der ganzen Welt versteht man unter Chauvinismus einen wildgewordenen, mit Fremdenhaß verbundenen Patriotismus, und von dieser Art des gehässigen Patriotismus kann General Keim nicht freigesprochen werden.« (ebd., S. 12)

Weiter argumentiert der Pazifist, dass Aufrüstung keineswegs dem Frieden diene, sondern die Kriegsgefahr beschleunige. Ein Blick auf die Ökonomie fehlt ebenfalls nicht. Umfrid sieht in der Rüstung eine grandiose Verschwendung von finanziellen Ressourcen, die sich schädlich auf die Wirtschaft auswirke. Die beiden Grundpfeiler seiner friedenspolitischen Überlegungen sieht der Pfarrer im Völkerrecht und in einem internationalen Staatensystem als Alternative zu einer nationalen Interessenpolitik mit weit reichenden Bedrohungen für den Frieden.

Umfrids prophetisches Fazit lautet: »Wenn es der Kriegspartei in Deutschland gelingen sollte, uns wirklich in den fürchterlichen Zukunftskrieg hineinzuhetzen, wenn dann die Blüte der deutschen männlichen Jugend auf dem Schlachtfeld zerrissen daliegen wird, dann wird das deutsche Volk vielleicht die Antwort finden auf die Frage, ob derjenige sein Vaterland mehr geliebt habe, der seine ganze Kraft daransetzte, ihm diese Schrecken zu ersparen, oder derjenige, der Blut säte und dafür Blut erntete? Ob sie ihm wohl zujubeln werden, wenn er auf stampfendem Roß über die Leichenfelder der Zukunft dahinreiten wird, während das Gespenst des Hungers aus zerfallenden Hütten grinst? Ich wage das schon jetzt zu bezweifeln. [...] Ein neues kommendes Geschlecht wird unsere Friedensarbeit segnen, aber für die Gräber derer, die den Kriegsgeist züchteten, wird es keine Kränze haben.« (ebd., S. 15)

Auch Hans Francke, ab 1909 Pfarrer an der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin-Kreuzberg, gehörte bereits vor 1914 zu den wenigen Friedenspfarrern in Deutschland. Er leitete die Berliner Ortsgruppe der DFG, trat als Redner und Publizist engagiert für den Pazifismus ein. Schon vor dem Ersten Welt-

krieg sympathisierte Francke mit der SPD, nach 1918 galten seine Aktivitäten dem religiösen Sozialismus. Für das wilhelminische Bürgertum bedeutete das Plädoyer eines evangelischen Geistlichen für die Sozialdemokratie einen Affront. Dies nutzte General Litzmann geschickt aus, indem er dem Friedenspfarrer Nithack-Stahn eine Zusammenarbeit mit der SPD vorwarf.

Auf diese Vorwürfe reagiert Francke, der in der Berührung mit der SPD nichts Bedenkliches erkennen kann, denn »die Sozialdemokratie hat sich ein unbestreitbares Verdienst auf dem Gebiet der internationalen Völkerverständigung erworben, ein Verdienst, dem nachzustreben die kirchlichen Verständigungskomitees der verschiedenen Länder jetzt endlich langsam anfangen. [...] Das Christentum ist ebenso von Hause aus durchaus international, – völkerverbrüdernd, in dem Sinne, wie es die Sozialdemokratie von ihrer Geburtsstunde her angestrebt hat. Mit dem Gruß »Friede auf Erden (– nicht etwa bloß: im Lande –) und den Menschen ein Wohlgefallen!« (– nicht etwa bloß: diesem Volke! –) tritt es in die Welt ein.« (ebd., S. 20 f.)

Direkt an Litzmann gewandt schrieb der Friedenspfarrer: »Es klingt durch seine Zeilen zuviel Freude an der Notwendigkeit hindurch, daß wir gerüstet sein müssen, [...] wenn wir nur stark bleiben! Mit dem christlichen Standpunkt ist dieses Sichabfinden mit der Schuld der Menschheitsentwicklung unvereinbar. Unsere Nationalisten sehen eben keine Schuld in der Zerrissenheit der Völkerwelt; sie sehen darin eine Notwendigkeit – und nicht einmal eine bittere! Ein Christ wird, – wo er einmal die Notwendigkeit einsehen sollte! – allenfalls mit schwermütiger Entschlossenheit in einen Krieg ziehen, nimmermehr mit Frohlocken!« (ebd., S. 22. Hervorhebung im Orig.)

Litzmann sollte noch Karriere machen – als Reichstagsabgeordneter der NSDAP (1933), Mitglied des so genannten Volksgerichtshofes (1934) und Generalkommissar für Estland (ab 1943).

Pfarrer Wagner (Neuhengstett/Kreis Calw) kritisiert die Versuche des Wehrvereins, die Friedensbewegung zu diffamieren. Für ihn sind, wie auch für die bereits zitierten anderen Friedenspfarrer, die Tätigkeiten des Wehrvereins ein eklatanter Verstoß gegen die Friedensbotschaft des Christentums. Wagner zitiert die zentralen Forderungen aus dem theologischen Friedensappell von 1913, zu dessen Erstunterzeichnern er gehörte: Verständigung der Völker durch eine internationale Rechtsgemeinschaft, Übertragung der ethischen Grundsätze im zwischenmenschlichen Bereich auf das Verhältnis der Völker, Ächtung von Gewaltmitteln und Kriegen. Wagner wertet die reichsweit erfolgten ca. 400 Unterschriften unter diesen Appell als einen ersten Erfolg. Zum Vergleich: allein in Preußen wirkten ca. 18.000 Pfarrer.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Argumentation Wagners stellt der Hinweis auf die Einführung eines Friedenssonntags in Elsass-Lothringen dar. Am zweiten Adventssonntag 1913 wurde die-

ser Friedenssonntag erstmals praktiziert. Wagner hebt besonders die Überwindung des Völkerhasses durch einen Friedenssonntag hervor. »Wer gegen die Gebote der Sittenlehre, gegen die Vorschriften der internationalen Höflichkeit und des internationalen Anstandes auf den Gebrauch des Wortes »Erbfeind« nicht verzichten will, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich absichtlich oder unabsichtlich erschwert, bewußt oder unbewußt hintertreibt.« (ebd., S. 26)

Einem Krieg der Völker bzw. Kulturen erteilt Wagner in seinem Fazit eine klare Absage: »Die kulturelle Größe ist die wahre Größe eines Volkes. Erst wenn die Staaten sich zu einem großen, dauernden Bunde zusammengefunden haben, wird nach unserer Überzeugung jede einzelne Nation nach ihrer besonderen Veranlagung und ihren besonderen Existenzbedingungen ihren vollen Beitrag zu dem großen Bau der Menschheitskultur zu leisten imstande sein. Die Eigenart der einzelnen Völker führt keineswegs [...] zum Krieg zwischen ihnen, so wenig als die Eigenart von zwei Menschen sie zwingt, sich auf Leben und Tod zu bekämpfen. Die Eigenart der Völker bedeutet vielmehr, genau wie bei den einzelnen Menschen, ihre gegenseitige Ergänzung, ist daher ein im tieferen Sinne verbindendes Moment. [...] Im Namen des Gekreuzigten von Golgatha, in welchem die höchste Macht der Einigung verborgen liegt, werden die Kirchen mehr und mehr gegen Krieg und Kriegsgeschrei protestieren und dagegen den Bund der Völker verlangen müssen. Erscheinungen wie der Wehrverein zwingen sie in besonderem Maße dazu.« (ebd., S. 29 f.)

Dieser Aufruf zum Protest gegen einen drohenden Krieg wurde von den Kirchen nicht befolgt. Zu gering war der Einfluss der aufrechten Friedenspfarrer. Zu gering war auch der Einfluss der DFG auf die Politik des imperialistischen Deutschland. Zu gering war ferner der Einfluss der Friedenskräfte innerhalb der SPD gegenüber der Mehrheit im Vorstand der Partei und Fraktion. Nur wenige Monate nach der wegweisenden und höchst lesenswerten Schrift der Friedenspfarrer im Frühjahr 1914 setzte das Deutsche Kaiserreich zum »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) an.

Dr. Karlheinz Lipp ist Historiker und Mitglied im Arbeitskreis Historische Friedensforschung.

Literatur:

Tobias Brenner/Christof Mauch: Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung. Schönau 1987
Die Friedensbewegung und ihre Gefahren für das deutsche Volk. Hrsg. vom Deutschen Wehrverein. Berlin 1914

Edgar Hartwig: Deutscher Wehrverein. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 2. Leipzig 1984. S. 330-342

Karl Holl: Walther Nithack-Stahn. In: Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Hrsg. von H. Donat und K. Holl. Düsseldorf 1983. S. 289 f.
Karlheinz Lipp: Friedensinitiativen in der Geschichte. Herbolzheim 2002

Ders. (Hrsg.): Pazifismus im Ersten Weltkrieg. Ein Lesebuch. Herbolzheim 2004 (i.E.)

Ulrich Peter: Hans Francke. In: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon. Hg. von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel. Stuttgart, Weimar 1997. S. 181 f.

Der Wehrverein – eine Gefahr für das deutsche Volk. Hg. von Otto Umfrid. Eßlingen o.J. (1914)

Clemens Ronnefeldt

Krieg ist keine Lösung – Alternativen sind möglich

Mythen über den Krieg und Bausteine für eine Friedenspolitik

Nach den Terroranschlägen in Spanien plädieren zahlreiche Regierungen und Medien für ein schärferes – auch militärisches – Vorgehen gegen mutmaßliche Terroristen sowie gegen Länder, die diese unterstützen. Statt »Krieg gegen Terror« zu führen, stellt sich nicht eher die sehr viel grundlegendere Frage, wie das Leid von Opfern sowohl von Terrorangriffen wie am 11.9.2001 in New York und Washington oder in Spanien als auch das Leid von Opfern in Ländern wie Afghanistan oder Irak vermieden werden kann? Dieser Beitrag möchte zur Beantwortung dieser Frage Anregungen geben, Perspektiven aufzeigen und Argumente für eine breite öffentliche Diskussion liefern.

■ Mythen über die Kriege in Ex-Jugoslawien

Realistisch betrachtet haben die Befürworter ziviler Konfliktlösungen seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 gegenüber denjenigen, die sich in bestimmten Situationen für militärische Interventionen aussprechen, im öffentlichen Bewusstsein erheblich an Boden verloren. Meiner Beobachtung nach hängt dies in hohem Maße damit zusammen, dass die seither geführten Kriege keineswegs aufgearbeitet sind – und über die Wirkungen und »Erfolge« militärischer Interventionen oder Kriege in den letzten fünfzehn Jahren in der öffentlichen Meinung nach wie vor eine Vielzahl von Mythen besteht.

So fällt mir immer wieder in Gesprächen auf, dass das Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina den Bombardierungen der NATO zu verdanken sei, wobei dieses militärische Eingreifen wiederum als unvermeidbar-notwendige Voraussetzung für das Dayton-Friedensabkommen dargestellt wird. Speziell für den deutschen Außenminister Joschka Fischer war die Ermordung mehrerer tausend Muslime in der ostbosnischen Stadt Srebrenica 1995 ein Wendepunkt, sich für eine Militärintervention auszusprechen.

Wie inzwischen von dem Genfer Journalisten und UNO-Experten Andreas Zumach hinreichend belegt, wurde die Enklave Srebrenica mehrere Monate vor ihrer Eroberung durch serbische Truppen in Verhandlungen der serbischen Seite zugelassen, wovon unter anderen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands informiert waren. Weil die Auf-

gabe der Stadt im Juli 1995 längst beschlossene Sache war, forderten damals auch die niederländischen UN-Blauhelme vergeblich militärische Unterstützung zum Schutz der Bevölkerung in Srebrenica an.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina wie auch der Kosovo-/Jugoslawien-Krieg 1999 werden weithin als Bürgerkriege angesehen, in denen die Europäische Union aufgrund ihrer militärischen Schwäche versagt habe. Erst durch das militärische Eingreifen der US-Streitkräfte habe den Vertreibungen und Ermordungen ein Ende gesetzt werden können. Auch diese Sichtweise ist für mich ein immer noch weit verbreiteter Mythos.¹⁾

Der Krieg in Kroatien und Slowenien, aber auch der in Bosnien-Herzegowina, hätte sehr viel früher zu einem Ende gebracht werden können, wenn Staaten der EU sich nicht jahrelang hinter einzelne Kriegsparteien gestellt hätten, sondern im Rahmen einer gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als ehrliche Vermittler zwischen den Konfliktparteien aufgetreten wären.

Der Krieg um das Kosovo war ein »vermeidbarer Krieg«, wie der für die OSZE-Delegation in Wien zuständige deutsche Bundeswehr-General Heinz Loquai in seiner Studie »Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg«²⁾ gezeigt hat. Die letzte Chance für eine zivile Lösung besaß die OSZE, die allerdings nicht über genügend personelle Ressourcen verfügte, um ihre deeskalierende Präsenz zwischen November 1998 und dem NATO-Kriegsbeginn im März 1999 ausbauen zu können.

Bis heute stellt sich die grundlegende Frage der finanziellen Gewichtung zwischen militärischer und ziviler Konfliktbearbeitung: Warum war kein Geld und Personal für 2.000 unbewaffnete OSZE-Mitarbeiter vorhanden, wohl aber, um einen 79-tägigen Krieg zu führen und anschließend mehr als 40.000 NATO-Soldaten zu entsenden? Warum verfügt die OSZE gerade mal über ca. ein Prozent des Etats der NATO – obwohl die OSZE z.B. bei Konflikten in den baltischen Staaten oder nach der Rückkehr tausender Krim-Tartaren auf die Halbinsel Krim erfolgreich Gewalt- und Krisensituationen deeskalieren konnte?

Trotz des NATO-Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, der – wie wir heute wissen – die

1) vgl. Clemens Ronnefeldt: Die neue NATO, Irak und Jugoslawien. Minden, 2. Auflage 2002.

2) Heinz Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000

ganz große Flüchtlingstragödie im März 1999 im Kosovo erst auslöste, folgte auf die Vertreibung der albanischen Bevölkerung durch jugoslawische Einheiten nach Ende des Krieges im Sommer 1999 unter den Augen der NATO-Soldaten die Vertreibung von ca. 200.000 serbischen Menschen aus dem Kosovo. Rückblickend zeigt dieser Krieg, dass er bis heute nicht zu einer Lösung der Probleme vor Ort geführt hat.

■ Exkurs zur Militarisierung der EU

Am 12. Dezember 2003 scheiterte in Rom die Verabschiedung einer gemeinsamen europäischen Verfassung am Widerstand von Polen und Spanien. Die grundsätzlichen Aussagen der Verfassung zu Fragen der Militarisierung gehören nicht zu den strittigen Punkten. Für die neue EU-Interventionstruppe mit 60.000 Mann und Frau wird Deutschland das größte Kontingent stellen. Ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten soll neu eingerichtet werden. Was fehlt, ist ein Amt für zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention. In seiner Bedrohungsanalyse unterscheidet sich der EU-Verfassungsentwurf kaum von der Nationalen Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten George W. Bush. Auch Präventivkriege sieht der Verfassungsentwurf als gerechtfertigt an. Da die neue EU-Verfassung über dem Grundgesetz und den anderen nationalen EU-Verfassungen stehen wird, kommt dem Text größte Bedeutung zu. Umso mehr erstaunt es, dass in der Öffentlichkeit kaum über diese weit reichenden Veränderungen diskutiert wird. Noch gibt es die Möglichkeit, durch öffentlichen Druck die zunehmende Militarisierung der EU zu verhindern.

■ Der Krieg gegen den Irak 2003

Die vorläufige Bilanz des Krieges gegen den Irak – ein Jahr nach Beginn der Bombardierungen – fällt katastrophal aus.³⁾

Eine Verbindung zwischen dem Regime von Saddam Hussein und dem Terrornetzwerk Al-Qaida wurde im Vorfeld des Krieges von US- und britischen Regierungsstellen behauptet, konnte aber bis heute nicht belegt werden.

Obwohl die US-Regierung 1.400 Rüstungsinpektoren neun Monate im Land nach Massenvernichtungswaffen – dem angeblichen Grund des Krieges – hat suchen lassen, konnten bisher keine Beweise für die Existenz dieser Waffen vorgelegt werden.

Im November 2003 stellte ein internationales Team unter Leitung der britischen Sektion der Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) nach

monatelangen Recherchen im Irak eine erste Opferbilanz vor: Nach Auswertung aller erreichbarer Informationen schlossen die Wissenschaftler, dass im Irak-Krieg zwischen 7.800 und 9.600 Zivilisten sowie zwischen 13.500 und 45.000 irakische Soldaten getötet wurden.⁴⁾ Zusätzlich seien ca. 40.000 Verletzte zu beklagen. Rund 340.000 kleinere Sprengsätze wurden über Irak abgeworfen, die noch auf Jahre hinaus die Gesundheit der irakischen Bevölkerung beeinträchtigen wird.

Die Zahl der getöteten US-Soldaten ist inzwischen auf mehr als 500 gestiegen.

Am 19. September 2003 erließ US-Zivilverwalter Paul Bremer die weit reichende »Order 39«, nach der ausländische Unternehmen bis zu 100 Prozent der Anteile an irakischen Banken und Unternehmen erwerben sowie 100 Prozent der künftigen Gewinne ins Ausland transferieren können. Diese Order steht in eindeutigem Widerspruch zum Haager Abkommen von 1907 und der Genfer Konvention von 1949, die beide von den USA unterzeichnet wurden und die Rechte und Pflichten von Besatzungsmächten regeln. Nach diesen beiden völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten ist Besatzungsmächten lediglich die zeitweise Nutzung und Verwaltung staatlicher Unternehmen, Immobilien und Liegenschaften gestattet, ohne sie durch Verkauf und Privatisierung zu verändern.

Weil ökonomische und militärpolitisch-strategische Gründe bei der Führung von Kriegen wie bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus fast untrennbar miteinander verknüpft sind, möchte ich im Folgenden auf einige mir wichtig erscheinende ökonomische Sachverhalte hinweisen, die mir zum Verständnis der Gesamthematik hilfreich erscheinen.

■ Ökonomische Hintergründe und Alternativen für mehr Gerechtigkeit und Frieden

Die zumeist nicht demokratisch gewählten Regierungen einiger arabischer Staaten verkaufen den oft einzigen Rohstoff Öl im eigenen Interesse zu überraschend niedrigen Preisen, weil sie sehr große Aktienpakete im westlichen Ausland (z.B. bei der DaimlerChrysler AG) angelegt haben. Bei hohen Ölpreisen würden sich diese Aktiengewinne erheblich reduzieren.

Aus Sicht der jeweiligen Bevölkerung werden somit große Teile der Öl-Einnahmen dem Volk vorenthalten, indem sie nicht im eigenen Land reinvestiert werden. Zur Stützung dieser als struktureller Gewalt wahrgenommenen Politik, die selbst in einstmalen reichen Ölstaaten zu immer größerer Verarmung führt, werden häufig Waffen importiert. Um diese Einkäufe leichter finanzierbar zu machen, wurde z.B. zwölf Jahre lang iraki-

3) Andreas Zumach: Eine verheerende Bilanz. Die Folgen des vor einem Jahr begonnenen Irakkrieges. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2004.

4) Spiegel Online, 11.11.2003, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,273470,00.html

sches Öl am Weltmarkt per Embargo verknappt – und dabei rund eine Million irakische Todesopfer in Kauf genommen. Mit den übernommenen irakischen Förderquoten konnten z.B. Saudi-Arabien und Kuwait ihre Rüstungsbestellungen in den USA oder in Großbritannien schneller bezahlen.

Es sind solche Sachverhalte sowie die Ungleichbehandlung bei der Durchsetzung von UN-Resolutionen zwischen Israel und der arabischen Welt, die in den letzten Jahrzehnten ein enormes Potenzial an Frustration und Wut in der arabischen Welt gegenüber einem als arrogant empfundenem Westen hat entstehen lassen. In der arabischen Welt werden zwei Säulen westlicher Politik wahrgenommen: Freier Ölfluss zu annehmbaren Preisen sowie die Sicherheit Israels.

In Saudi-Arabien, wo die Arbeitslosigkeit unter Universitätsabgängern enorm gestiegen ist und eine große Perspektivlosigkeit für viele junge Menschen besteht, haben einige fundamentalistische Gruppen es verstanden, diese Unzufriedenheit auf ihre terroristischen Mühlen und zum Hass gegen den Westen zu lenken.

Auch Menschen in der islamischen Welt entgeht nicht, dass im Irak oder in Afghanistan große Rüstungskonzerne ihre neuesten Waffen testen und nach jedem Krieg die leer geräumten Munitionsarsenale wieder neu aufgefüllt werden müssen. »Die Generale der Wallstreet lieben den Krieg«, brachte Daniel Kadlec in der »Time« die Kurssteigerungen nach dem 2. Golfkrieg auf den Punkt.⁵⁾

Mit rund 400 Milliarden Dollar übersteigt der aktuelle US-Militärhaushalt die Summe aller anderen NATO-Staaten zusammen um mehr als das Doppelte. In diesem Jahr beträgt das Haushaltsdefizit der USA 521 Milliarden Dollar. Das US-Außenhandelsbilanzdefizit, der Saldo zwischen der Summe aller Ein- und Ausfuhren, lag in den letzten beiden Jahren bei minus rund 500 Milliarden Dollar.

Mehrere Staaten haben in den letzten Jahren ihre Geschäfte von Dollar auf Euro umgestellt – so z.B. die Länder Iran und Irak. Nordkorea hat seine Währungsreserven umgetauscht von Dollar auf Euro. Da der US-amerikanische Lebensstil an die weltweite Akzeptanz des US-Dollars als alleiniger Weltwährung gekoppelt ist, wird der Euro in den USA als Herausforderung von enormer Bedeutung angesehen.

Als Triebfeder der derzeitigen globalen Beschleunigungskrise fungieren die aus dem Ruder gelaufenen internationalen Finanzmärkte. Aktuell werden weltweit rund 1,5 Billionen Dollar pro Börsentag um die Erde geschickt. Um den weltweiten tatsächlichen Waren-Handel abzuwickeln, würde eine Börsenwoche ausreichen. 97,5 Prozent der weltweiten Börsen-Finanzströme sind Spekulationen, 2,5 Prozent haben noch mit Waren zu tun.

Nach Angaben des Human Development Report 1999 der Vereinten Nation (UNDP) ging die Ein-

kommensschere zwischen dem Fünftel der Weltbevölkerung, das in den reichsten Ländern lebt, und dem ärmsten Fünftel in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich auseinander: 1960 verdiente das reichste Fünftel der Erde 30 Mal mehr Einkommen als das ärmste Fünftel, im Jahre 1997 bereits 74 Mal mehr. In den letzten Jahren hat sich diese Schere noch weiter geöffnet. Für Waren wie Kaffee oder Baumwolle sanken die Preise in den letzten Jahrzehnten bis heute auf historische Tiefstände.

Mehr als 800 Millionen Menschen leiden an Hunger, mehr als 20.000 Kinder verhungern pro Tag – mit steigender Tendenz, nachdem über einige Jahre der Negativtrend gebrochen schien. Gleichzeitig übersteigt allein der US-Militärhaushalt die weltweite Entwicklungshilfe um ein Vielfaches.

Ein freier Markt und eine nicht ganz so freie Gesellschaft gehen Hand in Hand, meint der US-Ökonom Edward Luttwak in seiner Beschreibung des »Turbo-Kapitalismus«. Im Umkehrschluss gilt, dass ein etwas weniger freier Markt wieder zu freieren – und auch gerechteren – Gesellschaften führen kann.

Seit vielen Jahren engagieren sich Menschen in Kampagnen, die eine gerechtere und friedvollere Welt zum Ziel haben. Diese Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Gruppen benötigen Unterstützung und Mitarbeit.

Kampagnen im militärpolitischen Umfeld:

- Kampagne für die Abschaffung und den Produktionsstopp aller Landminen
- Kampagne für den Stopp des Kleinwaffenhandels und des Kindersoldatentums
- Kampagne für einen Weltraum ohne Waffen- und Kernenergienutzung
- Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (z.B. in Büchel in der Eifel)
- Kampagne für einen Stopp aller Atomtests
- Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen«

Kampagnen im wirtschaftspolitischen Umfeld:

- Entschuldungskampagne »Erlassjahr.de« zur Bekämpfung weltweiter Armut
- Kampagne zum Stopp des »Multilateralen Abkommen über Investitionen« (MAI), mit dem reiche Staaten bei Investitionen in Entwicklungsländern Umwelt- und Arbeitsschutz umgehen wollen
- Kampagne zur Reform der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank
- Firmenkampagnen des Dachverbandes Kritischer Aktionäre, die auf Aktionärsversammlungen Konzerne wegen Umwelterstörungen, Rüstungsproduktionen und dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte kritisieren

5) zit.nach Frankfurter Rundschau, 25.02.1998

- Kampagne zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes
- Kampagne für eine demokratische Kontrolle internationaler Finanzmärkte

Wenn der Friede die Frucht der Gerechtigkeit ist, gilt es zunächst, Voraussetzungen bei den internationalen Finanzmärkten zu schaffen, die bei entsprechendem politischem Willen sehr wohl kontrollierbar sind.

Vorschläge für eine Kontrolle sind:

- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin-Steuer)
- Die Schließung der Steuerparadiese und »Off-Shore-Zentren«
- Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds)
- Das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen »Hedge-Fonds«
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer
- Strengere Banken- und Börsenaufsicht für die so genannten institutionellen Anleger
- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen
- Die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

Was derzeit wohl am meisten fehlt, könnte man als »Strukturelle Nichtausbeutungsfähigkeit« bezeichnen.

Maßnahmen zur Überwindung von Unrechtsregimes

In der Vergangenheit wurden immer wieder Unrechtsregimes und Diktaturen ohne Krieg überwunden. So ging der gewaltlosen Revolution zum Sturz des philippinischen Diktators Marcos in den achtziger Jahren ein jahrelanges Training großer Bevölkerungsteile in gewaltfreien Aktionen voraus. Die katholische Kirche stellte sich mit einem Hirtenbrief eindeutig gegen den Diktator und machte der Bevölkerung Mut zum gewaltfreien Aufstand. Als einzelne Generale sich von Marcos trennten und auf die Seite des Volkes überliefen, drohte ein Bürgerkrieg mit hohen Blutverlusten. Mehrere hunderttausend Menschen blockierten über mehrere Tage die Kasernen, so dass die Panzer sowohl der Marcos-treuen Generale als auch der Marcos-gegnerischen Generale nicht ausfahren konnten – bis der Diktator das Land verließ.

Auch Südafrika wurde nicht bombardiert oder mittels einer Militärintervention befriedet. Es war der jahrelange geduldige Boykott u.a. der evangelischen Frauen in Deutschland, die mit ihrer Aktion »Kauft keine Früchte der Apartheid« zusammen mit

der Anti-Apartheid-Bewegung den Machtwechsel mit vorbereiteten. Deutsche Banken, die zur Stabilisierung der weißen Minderheitsregierung Krügergoldmünzen verkauften, wurden durch Bewusstseinsarbeit und Boykottmaßnahmen erfolgreich gezwungen, deren Verkauf einzustellen. Mit der Einsetzung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen wurden in größerem Stil neue Wege zur Aussöhnung nach einem Machtwechsel gegangen.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden hat eine Reihe von Maßnahmen und Sanktionsfeldern zusammengestellt, die auch ohne Krieg einen Staat, der offensichtlich Menschenrechte missachtet oder z.B. Terroristen fördert oder beherbergt, mit zivilen Mitteln zum Einlenken bewegen kann. Eine Erfolgsgarantie gibt es bei diesen Maßnahmen ebenso wenig wie bei einer Militärintervention. Die Schäden für die jeweilige Zivilbevölkerung halten sich allerdings bei den nachfolgenden Sanktionen im Gegensatz zu einem Krieg in Grenzen.

■ Im Bereich Kultur und Sport können die Austauschbeziehungen abgebrochen werden – wie dies z.B. beim Boykott der Olympischen Spiele 1980 wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan durch eine Vielzahl westlicher Staaten vorübergehend erfolgte.

■ Auf der diplomatischen Ebene können Botschaften oder Konsulate verringert oder geschlossen werden. Staaten können aus internationalen Organisationen ausgeschlossen werden, wie dies mit der Bundesrepublik Jugoslawien erfolgte, die wegen der Politik Milosevics vorübergehend aus der OSZE verbannt wurde. Amtsträger können zusätzlich mit einem Einreiseverbot belegt werden.

■ Im Verkehrsbereich kann der Flug- oder Schiffsverkehr unterbrochen werden, Bahn- und Straßenstransporttrouten ebenfalls.

■ Im Kommunikationsbereich können Post- und Televerbindungen unterbrochen werden.

■ In der Entwicklungszusammenarbeit kann die finanzielle und technische Unterstützung beendet werden. Deutschland finanziert z.B. nach wie vor ca. zehn Prozent des Staatshaushaltes von Ruanda ohne Kontrolle und Auflagen, obwohl die ruandische Regierung mit diesem Geld vermutlich den Krieg und die Besetzung großer Landesteile im benachbarten Kongo mitfinanziert.

■ Im militärischen Bereich kann die Zusammenarbeit gekündigt und ein Waffenembargo verhängt werden. Obwohl der Nahe Osten eindeutig als Spannungsgebiet gilt und z.B. die israelische Armee Merkava-Panzer in den besetzten palästinensischen Gebieten einsetzt – entgegen einer Vielzahl von UN-Resolutionen – liefert die Bundesregierung bis in die jüngste Vergangenheit Kupplungen für diesen Panzertyp an Israel.

■ Im Finanzbereich können Auslandsguthaben von Unrechtsregimes oder Diktatoren eingefroren und Finanztransfers verboten werden.

■ Im Handelsbereich können ein Embargo oder ein Boykott zur Gewalt-Überwindung hilfreich sein – siehe das Beispiel Südafrika –, allerdings auch verheerende Folgen haben. Nach dem irakischen Überfall auf Kuwait 1990 wurde Irak sofort mit einem Embargo belegt, das auch sehr schnell Wirkung zeigte. Ob der irakische Diktator sich auf Grund dieses wirtschaftlichen Druckes möglicherweise auch ohne den Golf-Krieg 1991 aus Kuwait zurückgezogen hätte, ist bis heute umstritten. Nach der militärischen Befreiung Kuwaits wurde das Embargo nicht aufgehoben und hatte rund eine Million Todesopfer zur Folge.

■ Kriegsverbrecher oder Terroristen können vor ein internationales Tribunal gestellt werden. Im Falle der Lockerbie-Affäre und der Suche nach den mutmaßlich sich verschanzten Terroristen wurde Libyen nicht mit einer Militärintervention überzogen. Der politische Druck auf Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi war schließlich groß genug, dass die libysche Regierung die mutmaßlichen Terroristen auslieferte, die anschließend vor ein internationales Gericht gestellt wurden. Warum wurde dieser rechtsstaatliche Weg nicht auch im Falle des 11. September 2001 beschritten? Warum nahm die US-Regierung statt dessen den Tod mehrerer tausend unschuldiger Zivilisten in Afghanistan in Kauf – und dies, obwohl die Täterschaft der Massenmörder vom 11.9. bis heute keineswegs aufgeklärt ist?

Selbst bei einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und dem Verzicht auf Präventivkriege – sowohl von Seiten der USA als auch Europas – stellt sich die Frage, wie gegen Terroristen und Gewalttäter mit nichtmilitärischen Mitteln vorgegangen werden kann. Ich vertrete keineswegs die These, dass z.B. Al-Quaida-Terroristen allein mit den bisher genannten Maßnahmen erfolgreich zu bekämpfen wären.

Hermann Düringer und Horst Scheffler haben unter dem Titel »Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung«⁶⁾ eine Reihe von Aufsätzen mit substanziellen Vorschlägen zusammengetragen, die Perspektiven bei der Verbrechensbekämpfung ohne den Einsatz von Militär enthalten.

Auf nationaler Ebene können zivile Friedensdienste ausgebaut werden. Die Bundesregierung hat im Jahre 2002 ein Zentrum für internationale Friedenseinsätze eingerichtet. Dort können sich auch Privatpersonen in Kursen schulen lassen, um z.B. bei Wahlbeobachtungs-Missionen im Rahmen eines OSZE-Auftrages eingesetzt zu werden.

Um eine zivilere Politik auf europäischer Ebene durchzusetzen und eine Ansprechstelle für das EU-Parlament zu schaffen, richteten Nichtregie-

rungsorganisationen ein zentrales Verbindungsbüro (EPLO, European Peace Liaison Office) ein, das personelle Aufstockung verdient.

Im Mai 2003 wurde in Berlin die Initiative »Pro UNCOPAC« erstmals vorgestellt. Diese Initiative verfolgt die Einrichtung eines Nebenorgans der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die neue UN-Kommission für Frieden und Krisenprävention (UN-Commission on Peace and Crisis Prevention, abgekürzt: UNCOPAC) soll die Rolle der Zivilgesellschaft innerhalb der UN stärken sowie Krisen rechtzeitig erkennen und entschärfen, bevor sie eskalieren.

■ Zivile Alternativen zum Krieg im Nahen und Mittleren Osten

Eine Alternative zum Krieg gegen Irak wäre die Fortsetzung der Waffensinspektionen unter Leitung der UN gewesen. Wie erfolgreich die Zerstörung des irakischen Massenvernichtungspotentials durch UN-Inspektoren in den Jahren 1991-1998 war, zeigt sich an der Tatsache, dass das Land zu Beginn des Krieges 2003 offensichtlich nicht mehr über ABC-Waffen verfügte.

Für die gesamte Region Naher Osten und Zentralasien könnte sich die europäische Politik nach Vorbild der KSZE/OSZE für einen regionalen Friedens- und Sicherheitspakt stark machen, der auf eine ABC-Waffen-Abrüstung und ABC-waffenfreie Zone drängt.

Zur besseren Verständigung zwischen westlicher und arabischer Welt möchte ich die Etablierung einer europäisch-arabischen Universität in der arabischen Welt und einer arabisch-europäischen Hochschule in der westlichen Welt ins Gespräch bringen. Viele Vorurteile auf beiden Seiten könnten mit solch einer Uni abgebaut werden.

Städtepartnerschaften können ebenfalls Brücken zwischen Orient und Okzident schlagen. So unterhält z.B. Freiburg eine Städtepartnerschaft mit der iranischen Stadt Isfahan. Neben dem Kulturaustausch steht der Bau einer größeren Solaranlage in Isfahan mit Freiburger Unterstützung derzeit auf der Agenda.

Dem deutschen Filmemacher Helmar Büchel ist es gelungen, im Libanon und in Pakistan Ausbildungszentren zu besuchen und zu filmen, in denen Jungen und Mädchen zu Selbstmordattentätern herangezogen werden. (vgl. FAZ, 14.03.04)

Diese Ausbildungszentren stellen eine gewaltige Herausforderung speziell für islamische Geistliche dar, diese Zentren weder zu ignorieren noch zu tolerieren – sondern aktiv gegen die dort gelehrt Märtyreriologie und ihre fundamentalistischen Glaubensbrüder vorzugehen.

In Jemen gehen religiöse Führer des Islam in Gefängnisse, in denen verurteilte Al-Quaida-Kämpfer ihre Strafe absitzen. Sie versuchen dort, den Gefangenen ein Gottesbild nahe zu bringen, das vom

6) Hermann Düringer und Horst Scheffler (Hrsg.): Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung. Frankfurt 2002.

Recht auf Leben jedes Menschen geprägt ist, und stellen im Koran die Suren vor, die von der Barmherzigkeit Gottes handeln. Mit dieser religiösen Umerziehung versuchen sie, die Gefangenen von ihren Märtyrer- und Selbstmordattentäter-Gedanken abzubringen. Nach der Haftentlassung bietet die jemenitische Regierung einen zivilen Arbeitsplatz an, um die Gefangenen in die normale Gesellschaft zu reintegrieren.

Für christliche Theologinnen und Theologen sehe ich eine große Aufgabe darin, christlich-fundamentalistischem Gedankengut einer Aufteilung der Welt in Gut und Böse, wie es in Teilen der Bush-Administration anzutreffen ist, entgegenzutreten.

Die USA als größter finanzieller Unterstützer Israels haben es entscheidend in der Hand, ob der Nahost-Konflikt auf der Grundlage der so genannten »road map« gelöst werden kann. Selbst nach den verheerenden palästinensischen Selbstmordattentaten und den Liquidierungen und Bombardierungen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten ist eine Zweistaatenlösung mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten denkbar. Hierzu müsste sich die europäische Politik weitaus stärker engagieren, als sie dies bisher tut, da die US-Regierung nicht als ehrliche Vermittlungsinstanz in der arabischen Welt angesehen wird.

Westlicherseits wäre die Reduzierung der Abhängigkeit aus der Golf-Region durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien ein entscheidender Deeskalationsfaktor zur Vermeidung künftiger Kriege. Die derzeit weltweit bekannten Öl- und Gasreserven werden vermutlich in drei bis vier Jahrzehnten erschöpft sein.

Bei einem mittelfristigen Abzug der US- und britischen Militär-Präsenz aus der Golf-Region und einer Einstellung der Waffenlieferungen könnte im Zuge aller genannten Maßnahmen zusammen dem Terrorismus ein großer Teil seines Nährbodens entzogen werden. Gerechtigkeit und Frieden bekämen eine Chance, die islamische Welt würde endlich einmal gleichberechtigt und mit Respekt behandelt werden.

■ Nachwort: Gerechtigkeit schafft Frieden

Im Dezember 1987 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine grundlegende Resolution, die den Terrorismus verurteilte und die Nationen dazu aufrief, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. 153 Länder votierten bei der Abstimmung mit »Ja«, Honduras enthielt sich, die USA und Israel stimmten mit »Nein«. Ihre Ablehnung begründeten die beiden Länder mit der Passage, dass »das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von den Bestimmungen dieser Resolution unberührt bleibt, und Völker, denen dieses Recht gewaltsam vorenthalten wird ... insbesondere Völker unter kolonialen und rassistischen Regimes und fremder Besatzung oder

anderen Formen kolonialer Herrschaft ... das Recht haben, darum (...) zu kämpfen und Unterstützung zu fordern und zu erhalten.«⁷⁾

Die UN-Resolution achtete auf die wichtige Unterscheidung zwischen Terrorismus einerseits und dem berechtigten Protest und Widerstand in Situationen von Unterdrückung, Unrecht und Gewalt andererseits. Genau diese Unterscheidung wird m.E. derzeit im so genannten »Krieg gegen den Terror« aufgehoben.

In ihrem Hirtenwort »Gerechter Friede«⁸⁾ haben die katholischen deutschen Bischöfe einige bemerkenswerte Aussagen gemacht: »Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vordringliche Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen, die in besonderer Weise der Erfahrung von Not, Gewalt und Unfreiheit ausgesetzt sind, zu schützen statt ihnen beizustehen« (S. 80). Weiter heißt es: »Die Solidarität mit den Armen ist Teil unseres kirchlichen Engagements. ... Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stärkung der Armen ruft ihrerseits in vielen Fällen gesellschaftliche Konflikte hervor. Denn wenn bestehende Machtverhältnisse in Frage gestellt werden, trifft dies regelmäßig auf den Widerstand der bislang Mächtigen und Privilegierten« (S. 97).

Mit dem Satz »Wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht« versuchte Bundeskanzler Schröder die deutsche Beteiligung am so genannten »Anti-Terror-Krieg« zu rechtfertigen.

So lange in der UN-Charta das Recht jedes Menschen auf ein Leben in Würde festgelegt ist, gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Demokratie, die Art des westlichen Lebensstils so zu korrigieren, dass damit nicht mehr Hunger, Verelendung, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Krieg und Tod für einen Großteil der Menschheit in anderen Kontinenten verbunden ist.

Nach dem 15. Februar 2003, als in rund 600 Städten der Erde mehr als 12 Millionen Menschen für den Frieden und gegen einen Irakkrieg demonstrierten, schrieb die New York Times von einer »zweiten Supermacht«. Sie meinte damit die durch die Friedensbewegung geprägte weltweite öffentliche Meinung, Krieg als Mittel der Politik abzulehnen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass diese weltweit wachsende Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden so stark wird, dass sie sowohl die Gefahren des Terrors schrittweise vermindern und gleichzeitig die Menschheit von den Geiseln der Ungerechtigkeit und des Krieges befreien kann.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.



7) zit. nach: Noam Chomsky: The Attack. Hintergründe und Folgen, Hamburg 2002, S. 55.

8) Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Gerechter Friede, Bonn 2000.

Elvi Claßen

Informationsmacht oder -ohnmacht?

Die Instrumentalisierung von Genderstrukturen im Krieg

Es ist bemerkenswert, dass Frauen nicht nur als Thema und Zielgruppe strategischer Einflussnahmen, sondern auch als »Perception-Managerinnen« offenbar zunehmend in den Mittelpunkt des Geschehens rücken. Die heute weltweite und immer schwerer zu kontrollierende zivile Informationssituation hat zu einem Bedeutungszuwachs professioneller Public Relations insbesondere in der Kriegskommunikation der Regierungen geführt. Um den als unerlässlich erachteten gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität eines Krieges vor, während und nach den Kampfhandlungen zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten, entwickeln in den USA inzwischen Kommunikations-expertInnen aus Politik und Militär gemeinsam mit SpezialistInnen für Psychologische Kriegsführung und externen PR-Fachleuten kriegsvorbereitende und kriegsbegleitende Mobilisierungs- und Konsenskampagnen.

■ Die Managerinnen

Dass die Schaltstellen der Kriegskommunikation in der Bush-Administration häufig mit Frauen besetzt werden, scheint zunächst widersprüchlich, weil republikanische Politik im Allgemeinen nicht als ausgeprägt avantgardistisch gilt, wenn es um Chancengleichheit von Frauen geht. Aber Public Relations als Berufsfeld gilt in den USA als Frauendomäne.¹⁾

Die PR-Professorin Larissa Grunig begründet diesen Trend damit, dass PR als Teildisziplin des Journalismus für Frauen zur Zeit die besten Karrierechancen bietet. In der Privatwirtschaft, so Grunig, werden Führungspositionen im PR-Bereich immer noch als weniger wichtig als die in Finanz- oder Marketingabteilungen bewertet. Deshalb sei sie eher bereit, diese Posten mit Frauen zu besetzen. (Brown 1998.)

Die Führungskräfte im Politikgeschäft bewerten den Stellenwert von Public Relations offenbar völlig anders. Sie rekrutieren ihre Kommunikationsstrateginnen gezielt aus diesem Pool hoch qualifizierter Frauen, die teils über Jahre mit Kreativität, Teamfähigkeit und Sachkenntnis alles Mögliche »verkauft« haben und nun, im »Anti-Terror-Krieg«, eingesetzt werden sollen, um das »Markenzeichen USA« (Snow 2002) als Synonym für Moder-

nität, Wohlstand und Demokratie zu propagieren. Die engagierten Frauen bekommen so die Chance, sich zu profilieren, und die Bush-Regierung kann sie als Aufmerksamkeitsfänger und Fortschrittlichkeitssymbole für einen zusätzlichen Reputationsgewinn nutzen. Zu den Frauen, die in den letzten Jahren in der Bush-Administration an verantwortlicher Stelle agierten, gehören insbesondere:

■ Karen Hughes: Die ehemalige Journalistin arbeitete seit 1991 als Pressesprecherin für George W. Bush und von Anfang 2001 bis Mitte 2002 als Pressesprecherin des Weißen Hauses. Sie galt als eine der engsten Bush-Vertrauten und baute - u.a. gemeinsam mit John Rendon, dem Chef der gleichnamigen PR-Agentur (Miller und Rampton 2001) - ab Herbst 2001 das »Coalition Information Center« (CIC) in Washington auf. Hughes entwickelte z.B. die Leitlinien zur Kampagne »Die Rolle der Frauen in Afghanistan während und nach den Taliban« (Es-kew 2003). Das 2002 aus dem CIC entstandene »Office of Global Communications« (OGC), das die PR für den aktuellen Irak-Krieg betreibt (Michaels 2003), steht seit Ende 2003 unter der Leitung von Mary Catherine Andrews, die ebenfalls bereits während der Amtszeit von Bush sen. im Weißen Haus tätig war, damals im Ressort Außenpolitik.

■ Condoleezza Rice: Bushs Sicherheitsberaterin ist ein Protegé von Brent Scowcroft, der im Kabinett Gerald Fords die gleiche Funktion wie sie jetzt inne hatte und als einer der Vordenker der neuen US-»Sicherheitsstrategie« mit »Präventivkriegs-Option« gilt. Rice pflegt u.a. enge Kontakte zum »Committee for the Liberation of Iraq« (CLI), einer Lobbyorganisation von Exil-Irakern und US-Politikern, die 2002 gegründet wurde, um in den USA für den Sturz Saddam Hussein zu werben. (Schmitt 2002) Daraus, dass sie zum neo-konservativen Flügel ihrer Partei gehört, macht Rice keinen Hehl. Von ihr stammt der denkwürdige Satz, dass die USA als letzte verbliebene Supermacht einer imperialen, aber keiner imperialistischen Berufung folgen.

■ Victoria Clarke: Von Frühjahr 2001 bis Sommer 2003 arbeitete »Torie« Clarke als Pressesprecherin des US-Verteidigungsministeriums. Während des Irak-Krieges trat sie neben Verteidigungsminister Rumsfeld und General Myers täglich vor das Washingtoner Pressecorps. Sie hat die »Einbettung« von JournalistInnen in diesem Krieg mitkonzipiert und auch dafür gesorgt, dass kaum etwas Unerwünschtes von den Schlachtfeldern nach Außen drang. (Broeckert 2003) Auch Rumsfelds informelle »Gruppe für strategische Kommunikati-

1) Ende der 90er Jahre war die PR-Branche - neben Computerdienstleistungen und Gesundheitswesen - der Sektor mit den höchsten Wachstumsraten. Die US-amerikanischen Unis offerierten insgesamt 300 PR-Studiengänge, und 70 Prozent der Abschlüsse dort wurden von Frauen gemacht. (Brown 1998)

on« wurde von ihr mitgegründet. Die Gruppe arbeitet u.a. daran, wie man Angriffe auf »Schurkenstaaten« mit dem Argument »Terrorbekämpfung« gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen kann. (Miller 2002) Clarke leitete vor ihrer Ernennung zur Public Affairs-Chefin des Pentagon das Washingtoner Büro der PR-Agentur Hill & Knowlton, die im Golfkrieg 1991 die »Brutkastenlüge« lanciert hatte. Nach ihrem Rücktritt (»aus persönlichen Gründen«) im Juni 2003 wurde sie selbst eingebettet - von CNN: dort richtete man ihr eine Stelle als Kommentatorin ein.

■ Charlotte L. Beers: Von September 2001 bis März 2003 fungierte Beers als Unterstaatssekretärin im »Büro für Internationale Informationsprogramme« des US-Außenministeriums. Dort entwickelte sie multimediale Image-Kampagnen, die gezielt Techniken journalistischer Öffentlichkeitsarbeit und psychologischer Kriegsführung miteinander verweben, um insbesondere in der islamischen Welt für die Politik der USA zu werben und anti-amerikanische Ressentiments abzubauen. Ihr Arbeitsfeld wird auch als »Public Diplomacy« (PD; die gezielte Verbreitung politischer Botschaften an die Bevölkerungen anderer Länder zugunsten US-amerikanischer Interessen) bezeichnet. (Vgl. Claßen 2003a) Zuvor arbeitete sie u.a. im Vorstand der PR-Firma Ogilvy & Mather und machte z.B. Werbung für »Uncle Ben's«-Reis, »Head & Shoulders«-Shampoo und »Gillette«-Rasierklingen. Am 4. März 2003 trat Beers, wie es hieß, aus gesundheitlichen Gründen zurück. US-Beobachter begründen den Rücktritt jedoch mit dem Scheitern ihrer Bemühungen. Nancy Snow, die selbst viele Jahre im PD-Ressort des State Department gearbeitet hat und heute als eine der profiliertesten KritikerInnen der US-Außenpolitik gilt, fand dazu diplomatische Worte: Es sei Beers zumindest gelungen, das Image-Problem der USA sichtbar zu machen. (Snow 2003) Im Herbst 2003 hat Margaret Tutwiler offiziell Beers Posten übernommen. Anders als Beers gilt sie als hoch qualifizierte Insiderin. Sie arbeitete während der Amtszeit von Bush sen. als Außenamtssprecherin und ist eine Beraterin des damaligen Außenministers James Baker, der das 1992 öffentlich gewordene Papier »Richtlinien für Verteidigungspolitik« mitverfasst hat, ein Vorläuferdokument der heutigen US-»Sicherheitsstrategie«. (Barry und Lobe 2002) Vor ihrer Berufung ins State Department diente Tutwiler als US-Botschafterin in Marokko. Eine ihrer ersten Amtshandlungen als Unterstaatssekretärin war die Suspendierung der Beers-Kampagne »Shared Values«. Sie fordert eine langfristige politische und finanzielle Stärkung der US-Public Diplomacy insbesondere im Mittleren Osten und eine offensivere Unterstützung durch das Außenministerium.

Beispiele aus den aktuellen Werbekampagnen der Bush-Administration dokumentieren die Band-

breite der Themen und die Operationalisierung des »Gender-Themas« darin:

Das Plakat der »National Security Agency« (NSA), der weltweit operierenden Spionageorganisation der USA, startete im April 2002 ihre erste PR-Maßnahme überhaupt: Das in Baltimore ansässige Werbeunternehmen Trahan, Burden & Charles hat in ihrem Auftrag eine im Grafikstil an die »Loose Lips Sink Ships«-Kampagne der 40er Jahre angepasste Plakatreihe zum Thema »Informationssicherheit« erstellt (Linnett 2002). Dass die Plakate in erstaunlicher Weise mit der Ästhetik der US-amerikanischen Mobilisierungskampagnen des 2. Weltkrieges korrespondieren, ist gewollt und soll den aktuellen Krieg durch die Anlehnung an den Kolorit dieser Ära »veredeln«.

»Public Diplomacy«-Programme (PD) sollen den USA insbesondere dabei helfen, die gesellschaftspolitischen Dispositionen in der islamischen Welt den eigenen Interessen entsprechend zu kontrollieren und zu gestalten. Richard Holbrooke, ehemaliger UN-Botschafter der USA und Chefunterhändler im Kosovo-Konflikt, umschrieb die Motive ganz offen: »Nennen Sie es Public Diplomacy, Öffentlichkeitsarbeit, Psychologische Kriegsführung oder plump Propaganda. Egal wie Sie es nennen, die Erklärung, worum es in diesem Krieg geht, in den Köpfen einer Milliarde Muslime zu verankern, wird ausschlaggebend und von historischer Bedeutung sein.« (Holbrooke 2001) Ausdrücklich richten sich diese Interventionen insbesondere an »Frauen und Jugendliche« (Committee on International Relations 2001:19), und zusammengefasst betreiben die USA so unter informationsgesellschaftlichen Bedingungen eine neue Art von kulturellem Imperialismus, der politische Polarisierungen forcieren und kulturelle Destabilisierungen fördern soll.

Dieser »Kampf um Herz und Verstand« der Zivilbevölkerungen war die Folie, auf der Charlotte Beers 2001/2002 z.B. die 15 Millionen US-Dollar teure Informationsreihe »Shared Values« produzierte. Das in diesem Rahmen entwickelte Segment »Muslim Life in America« wurde in islamischen Ländern als Hochglanzbroschüre, in Zeitungsanzeigen, Radio- und TV-Spots sowie bis heute über die Internetadressen vieler US-Botschaften publiziert. Thematisch befasst sich das Material damit, US-amerikanische Frauen, Männer und Kinder muslimischen Glaubens vorzuführen, die in den USA ein freies, glückliches, erfülltes Leben führen und nachdrücklich ihre Liebe zu Amerika bekunden. Zynischer geht es kaum, wenn man bedenkt, dass in den USA gleichzeitig junge Araber in aller Öffentlichkeit durch Polizei und FBI verhaftet und zum Teil für Wochen festgehalten werden. Schon wer einen arabischen Namen trägt, sich auf offener Straße auf arabisch unterhält oder eine Zeitung in dieser Sprache liest, setzt sich der Gefahr aus, »unwillkommene Aufmerksamkeit« zu erregen. (Vgl.

Said 2002.) Für die Öffentlichkeitsarbeit im Irak erstellte das Büro für Internationale Informationsprogramme im vergangenen Juli u.a. die zweisprachige Fotobroschüre »Der Irak ist befreit« (U.S. Department of State's Bureau of International Information Programs 2003b); der Tenor der Bildtexte darin lautet: »Unsere Soldaten bieten Euch Sicherheit und Versorgung; die Wirtschaft kommt langsam in Gang und: wir haben Euren Zoo wieder eröffnet«.

■ Die Mustersoldatinnen

Die Geschichte der Gefreiten Jessica Lynch ist ein Beispiel für aktuelle, gender-orientierte Kriegspropaganda. Ihre »Befreiung« aus einem Krankenhaus in Nassiriyah am frühen Morgen des 2. April 2003 war inszeniert; ein »Spin« - eine lancierte Story des Pentagon, die von den sonst eher negativen Nachrichten aus dem Krieg ablenken sollte. Wie der britische »Guardian« am 15. Mai 2003 aufdeckte (Kampfner 2003), wurde Private Lynch weder misshandelt oder bewacht, noch hielt sich irakisches Militär im Hospital oder in seiner Umgebung auf. Trotzdem »stürmten« Marines das Gebäude, zündeten Rauchgranaten und feuerten mit Platzpatronen, während ihre mit lichtempfindlichen Kameras bewaffneten Kameraden den Vorgang filmten. Die internationalen Massenmedien übernahmen den von den Militärs selbst in der gleichen Nacht noch geschnittenen Filmbericht, zum Teil ohne auf seine Herkunft hinzuweisen. Kaum jemand hinterfragte öffentlich seine Echtheit, obwohl die JournalistInnen und RedakteurInnen aufgrund einschlägiger Erfahrung Anlass genug gehabt hätten, die Authentizität dieser Geschichte zu bezweifeln. Verschwiegen wurde auch die nicht unwichtige Information, dass Mitarbeiter des Krankenhauses sogar versucht hatten, Jessica zu den US-Truppen zu bringen, aber umkehren mussten, weil Wachposten auf sie feuerten. Lynch hat inzwischen selbst bestätigt, dass die Pentagon-Version ihrer »Befreiung« ein Fake war (BBC 2003b, Pitze 2003). Die von allen Zweifeln weit gehend unbeeinflusste gesellschaftliche und kulturelle Nachbereitung der Geschichte, Jessicas Empfang zu Hause (MSN News 2003), ihre Präsentation als vom Pentagon hoch dekorierte Heldin, eine Buchpublikation (BBC 2003a) und die gleich zweifache Verfilmung ihrer »Rettung« als Doku-Drama fürs Fernsehen (»Saving Jessica Lynch«/NBC und »The Elizabeth Smart Story«/CBS, Erstausstrahlung am 10. November 2003; vgl. Dorsey 2003) scheint symptomatisch – nicht nur für die Haltbarkeit eines Mythos', sondern auch für die Auswirkungen der fortgesetzten Agitation, mit der die Bush-Administration versucht, die Realität des Krieges zu verzerren, was John MacArthur anlässlich der Rückkehr Lynchs in ihren Heimatort so kommentierte: »Es spielt in Amerika keine Rolle mehr, ob etwas wahr oder

falsch ist. Die Bevölkerung wurde darauf konditioniert, alles zu schlucken: egal ob rührselige Geschichten oder Lügen über Massenvernichtungswaffen.« (Zit. nach »Die Tagesschau« 2003.)

Fast unbekannt blieb dagegen das Schicksal der ersten im Irak-Krieg getöteten Soldatin, Lori Ann Piestewa. Sie taugte offenbar nicht zur »Vorzeigeheldin«: Die dreiundzwanzigjährige allein erziehende Mutter zweier Kinder aus Tuba City/Arizona gehörte wie Jessica Lynch zur 507. Instandsetzungskompanie und war mit ihr befreundet. Sie starb am 23. März in dem gleichen irakischen Hinterhalt bei Nasiriyah, der für Jessica Lynch mit der Gefangennahme endete. Piestewa war Native American und Angehörige des Hopi-Stammes. Nach Angaben ihres Vaters war sie zwei Jahre zuvor dem Militär beigetreten, weil es in ihrem Heimatort, in dem die Arbeitslosenrate bei 50 Prozent liegt, keine anderen Jobs gab (Younge 2003). »Was für eine Nation sind wir geworden, dass wir Mütter in der Blüte ihres Lebens wie Hunde auf Schlachtfeldern sterben lassen?«, fragt der Journalist Anthony Gancarski (2003) in einem Kommentar zum Tod Lori Ann Piestewas.

Als am dritten Kriegstag bekannt wurde, dass es erste US-amerikanische Kriegsgefangene im Irak gibt, unter denen sich auch noch eine Frau, Shoshana Johnson, befindet, reagierte die Öffentlichkeit verstört. Auch Johnson diente in der 507. Kompanie, die am 23. März unter irakisches Feuer geriet. In dem Schusswechsel starben sieben US-Soldaten; die Überlebenden, darunter Shoshana Johnson, wurden überwältigt und zusammen mit den Toten in ein Gefängnis in Bagdad gebracht. Dort drehte man das Video, das zunächst vom irakischen Fernsehen und dann weltweit von »Al Jazeera« ausgestrahlt wurde. Johnsons Vater, selbst Kriegsveteran, erfuhr sehr früh vom Schicksal seiner Tochter, weil er daheim in El Paso durchs TV-Programm zappte und zufällig im spanisch-sprachigen Sender »El Mundo« davon hörte. Dem größten Teil des US-Publikums aber blieb dieser Ausblick auf die Realität des Krieges weit gehend vorenthalten. CNN zeigte nur ein verschwommenes Standbild von den getöteten GIs, und die Sender MSNBC und »Fox« weigerten sich, den Film überhaupt zu zeigen. Gleich nach Bekanntwerden des Materials forderte Victoria Clarke die Chefs des Senders CBS auf, die Gesichter der gefangenen US-Soldaten unkenntlich zu machen; Generalleutnant John Abizaid bezeichnete auf einer Pressekonferenz des US-Generalstabs in Katar die Ausstrahlung als »absolut inakzeptabel« (Kurtz 2003:27); Verteidigungsminister Rumsfeld versuchte, die Medien einzuschüchtern, indem er argumentierte, solche Bilder zu zeigen, verstoße gegen die Genfer Konvention. Insbesondere im Ausland wies man diese Drohung unmissverständlich zurück. Der Chefredakteur von »ARD-aktuell«, Bernhard Wabnitz, stellte beispielsweise klar, die Genfer Konvention gelte für Staaten, nicht

aber für unabhängige Medien; die Ausstrahlung der Bilder von Gefangenen und Toten sei eine Dokumentation des Kriegsereignisses. (Manager-Magazin 2003.) Aber dieses Kriegsereignis war eine der »schlechten Nachrichten«, die die Perception-ManagerInnen unterdrücken oder zumindest verschleiern wollten.

Vielleicht ist dies auch der Hauptgrund dafür, dass für die Afroamerikanerin Shoshana Johnson, 30 Jahre alt, Mutter einer dreijährigen Tochter, nach 22 Tagen aus irakischer Kriegsgefangenschaft befreit, die Geschehnisse ebenfalls nicht so »heroisch« endeten wie für Jessica Lynch. Über sie wird kein Film gedreht, kein Buch geschrieben und sie erschien auch auf keinem Titelbild der großen Nachrichtenmagazine. Und trotz schwerer Kriegsverletzungen (Durchschüsse in beiden Fußgelenken) und einem anhaltenden Kriegstrauma bekommt sie monatlich ca. 600 US-Dollar weniger Kriegsrente als Jessica Lynch (Phillip 2003).

Als dominierendes Bild zum Thema »Frauen und Irak-Krieg« wird also den meisten KriegszuschauerInnen das der »Musterheldin« Lynch im Gedächtnis bleiben. Auch dies ist ein Ergebnis erfolgreichen »Perception Managements«, das »unbequeme« Nachrichten durch die geschickte Platzierung erwünschter, Sinn stiftender Metaphern verdrängt. Eine offensivere Variante dieser Strategie war während des Afghanistan-Feldzuges zu beobachten, als die militärischen Pressestellen versuchten, den Eindruck einer »Feminisierung« des Einsatzes zu vermitteln. Damals lenkte man das Medieninteresse wiederkehrend auf die US-amerikanischen Militärpolizistinnen in Kabul und streute aus, die Soldaten bedienten sich nun neuer, sanfterer Herangehensweisen, um unnötige Konflikte zu vermeiden. Zum Beispiel setzte man nun weibliche Polizeikräfte ein, um afghanische Frauen nach Waffen und Sprengstoff zu durchsuchen (Vgl. »Washington Post« 2002).

Diese Konstruktion ließ sich allerdings im aktuellen Irak-Krieg nicht durchhalten. Unter den in die Angriffsphase involvierten 269.363 US-SoldatInnen waren 25.455 Frauen. Und auch wenn ihnen per Gesetz Kampfeinsätze mit Bodentruppen nach wie vor nicht erlaubt sind, waren noch nie zuvor so viele von ihnen direkt an Kämpfen beteiligt. Sie wurden als Hubschrauber-, Jet- oder Bomberpilotinnen usw. eingesetzt, und zum ersten Mal überhaupt wurden zwei Kampfschiffe von Kommandeurinnen befehligt (Scarborough 2003). Das Risiko war also relativ hoch, dass Soldatinnen als Opfer (oder Täterinnen) für die befürchteten negativen Schlagzeilen sorgen könnten. Also vermied man es, die aktive Beteiligung von Frauen in diesem Krieg herauszustellen und lieferte der Presse bis zur »Befreiung« Jessica Lynchs nur die üblichen Hochglanzmotive vom Soldatinnenalltag auf Flugzeugträgern, im Sanitätsdienst, im Nachschubwesen oder in der Etappenküche.

Die hohe Präsenz von Frauen in diesem Krieg hatte zwar bei manchen KriegskritikerInnen die Erwartung geweckt, dass gerade Nachrichten und Bilder von gefangenen, vielleicht misshandelten Soldatinnen in der Hand des Feindes zu einem Stimmungsumschwung führen könnten, der z.B. das weit verbreitete Image »heldenhafter Kriegsgefangenschaft« relativiert und zu einer realistischeren Wahrnehmung führt, was die Tragik dieser Situation betrifft (Greenberg 2003). Aber weder die Nachricht von der ersten Kriegsgefangenen, Shoshana Johnson, noch die von der ersten toten Soldatin, Lori Ann Piestewa, riefen in der US-amerikanischen Öffentlichkeit nachhaltige Reaktionen hervor. Nicht nur, weil die Medien es – wie in solchen Fällen üblich – gezielt vermieden, die Hintergründe dazu aufzudecken, sondern auch deshalb, weil sich die wenigen konkreten »offiziellen Verlautbarungen« zur Situation der Soldatinnen in diesem Krieg darauf beschränkten, konsequent abzuwehren. Oder man deutete dieses heikle Thema um in einen Ausdruck für den emanzipatorischen Charakter des Militärdienstes, wie es exemplarisch die Generalin Carol Mutter in einem Statement vor der Presse tat: »Die Frauen haben ihren Job gemacht, und sie machten ihn gut, Seite an Seite mit den Männern. Was haben Sie anderes erwartet? Dafür wurden sie ausgebildet.« (Zit. nach Scarborough 2003.)

Der massenmediale Umgang mit der Rolle von Frauen im Militär zeigt beispielhaft, wie sehr die teils bewusst betriebene, teils durch kaum noch hinterfragte Produktionsstandards bedingte Entkontextualisierung und Enthistorisierung der etablierten Kriegsberichterstattung die gesellschaftliche Wahrnehmung von Konflikten beeinflusst. Wie ist es sonst nämlich zu erklären, dass »unser« Militär, die deutsche Bundeswehr, Anfang Juli 2003, kaum zwei Monate nach den geschilderten Ereignissen, im Rahmen seiner Propaganda-Show »Schoolday« das Pop-Sternchen Jeanette Biedermann als jugendgemäße Werbefläche ins Feld führen konnte, ohne dass deshalb eine Welle der Empörung durchs Land ging? »So sexy ist die Bundeswehr« titelte die »Bild«-Zeitung über dem Biedermann-Foto und schrieb: »Dringend gesucht: junge Offiziers-Anwärter, natürlich auch Frauen.« (2003:1) Wer protestierte gegen diese zynische Spiegelfechtereie? Sind auch wir schon so »konditioniert«, dass wir das von hiesigen PR-SpezialistInnen angebotene Paradoxon akzeptieren, der »fordernde, abwechslungsreiche und motivierende« Arbeitsplatz Bundeswehr (Bundeswehr 2003; Plattform Orientiere Dich.de 2003) habe nichts damit zu tun, dass gleichzeitig Soldaten der selben Truppe vom Balkan bis zum Hindukusch kämpfen, töten und getötet werden? (Pflüger 2002, 2003)

Um einen Kriegseinsatz zu legitimieren, werden Frauen also nicht mehr nur als passive, anonymisierte »Opfer« präsentiert. Sie werden vielmehr mediengerecht in Szene gesetzt und als Schutzbedürf-

tige, Befreite oder Beschenkte vorgeführt. Sie werden – je nach Bedarf – als »Kronzeuginnen« für die Notwendigkeit einer militärischen Intervention oder zur patriotisch-emotionalen Orientierung personalisiert und als »Medienstars« aufgebaut.

Frauen werden in Kriegs- und Krisenzeiten auch nicht mehr marginalisiert, weil für sie im »Pantheon der männlichen Helden« (Mayer 2000) kein Platz ist. Ihnen wird vielmehr suggeriert, sie hätten die gleichen »Chancen« wie Männer, dort aufgenommen zu werden, wenn sie nur die gleichen Spielregeln beachten und »das Gleiche leisten«. In den USA sind es überwiegend soziale Not und aufoktrozierter Patriotismus, in Deutschland der Mangel an beruflichen Perspektiven sowie eine gezielte »Emanzipations«-Reklame, die viele Frauen zur Armee treiben. In beiden Ländern nutzt das Militär die Eingliederung von Frauen darüber hinaus als zusätzliche Möglichkeit, das Image des Soldatentums aufzuwerten und sich als vermeintlichen Hort individuellen und gesellschaftlichen Fortschritts zu profilieren.

So werden Soldatinnen zu aktiven Unterstützerinnen eines zerstörerischen Gewaltapparates, der von dem Mangel an gewaltfreien und konstruktiven Handlungsoptionen und Rollenvorbildern profitiert, den er selbst und das politische System, das ihn unterhält, gezielt erzeugen und instand halten. Und dieses Konzept erscheint umso glaubwürdiger, je mehr Frauen als ProtagonistInnen an vorderster Front im »Kampf um Herzen und Verstand« der Zivilbevölkerungen auftreten.

Deshalb werden Frauen auch nicht mehr aus dem offiziellen politischen Diskurs verdrängt (Bunting 2001), wenn Krisen oder Kriege die Debatte prägen. Die »Macherinnen des Krieges« gelten vielmehr als glaubwürdige Präsentatorinnen, die von traditionellen Militarismus-Klischees unbelastet sind und ganz im Sinne gender-spezifischer Wesenszuschreibungen in den unübersichtlichen Ereignislagen des Krieges Aufmerksamkeit erzeugen, Anteilnahme wecken und für Ausgleich zwischen kontroversen Standpunkten oder Situationsbeschreibungen sorgen sollen.

■ Die Moderatorinnen des Krieges

Dieser Trend beeinflusst natürlich auch die Konzeption der Kriegsberichterstattung in den Massenmedien. Analog zu den idealisierten »Heldinnen« beim Militär und den PR-Managerinnen auf der politischen Bühne offerieren die Medien die Metapher von der unerschrockenen Star-Korrespondentin. Krieg sei heute kein »Spiel für Jungs« mehr, konstatiert Kate Adie, Medienpreisträgerin und Chefkorrespondentin der BBC, zumindest die Hälfte der involvierten Zivilbevölkerung und der berichtenden MedienvertreterInnen seien Frauen.²⁾ Die Kriegsberichterstatteerinnen unter den Medienschaffenden blicken inzwischen auf eine

über hundertfünfzigjährige Geschichte zurück, die von Margaret Fullers »New York Tribune«-Reportage über die Bombardierung Roms durch französische Truppen im Jahr 1849 (vgl. Bartimus 2001) bis hin zu den ersten »eingebetteten« Korrespondentinnen während des aktuellen Irak-Krieges (Braiker 2003) reicht.³⁾

Die wenigen Erfahrungsberichte von Kriegsreporterinnen selbst lassen zwar vordergründig die Einschätzung zu, dass sich die Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch die Benachteiligungen von Frauen in diesem Berufsfeld kaum von anderen Arbeitsbereichen unterscheiden. Trotzdem erfordern die Umstände, unter denen Medienarbeiterinnen »an vorderster Front« unser Bild vom Krieg mitkonstruieren, besondere Aufmerksamkeit. Denn Journalistinnen, die aus Kampfgebieten berichten, müssen sich immer in zwei Männerdomänen behaupten: in den Nachrichtenmedien und im Krieg.

Wie prekär schon der erste Teil dieser Bemühungen ist, offenbart sich im Ansatz in den Kommentaren von Journalisten, wenn sie sich mit der Arbeit ihrer Kolleginnen auseinandersetzen. So ist die im April 2003 für ihre Kriegsberichterstattung aus Bagdad mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Medienpreis ausgezeichnete RTL-Korrespondentin Antonia Rados aus Sicht des »Spiegel« »der beste Mann an der Presse-Front« (zit. nach Broder 2003). Und Jörn Lauterbach wollte sich in einem Interview mit der Preisträgerin in der »Welt« (Lauterbach 2003) die folgende Frage offenbar nicht verkneifen: »Wenn Sie dann gearbeitet haben, sah man Sie trotz aller Kriegswirrnisse immer in einer frisch gebügelten Bluse. Erklären Sie uns das Geheimnis.«

Andererseits spricht vieles dafür, dass die Korrespondentinnen von ihren Redaktionen auch gezielt als Aufmerksamkeitsfänger eingesetzt werden. Frauen, die seit Jahren Erfahrungen in Krisen- und Kriegsgebieten gesammelt haben, wie Antonia Rados oder auch Christiane Amanpour, die für CNN schon aus dem Golfkrieg 1991, über die gescheiterte US-Militäraktion in Somalia, aus Bosnien und 1999 aus Belgrad berichtet hat, wird eine hohe Glaubwürdigkeit zugesprochen. Sie gehören zu

2) Der internationale Gewerkschaftsdachverband ILO (International Labour Organisation) beziffert den Anteil von Redakteurinnen und Journalistinnen im Nachrichtenbereich mit weltweit insgesamt über 40 Prozent, mehr als 50 Prozent der Nachrichtensendungen im Fernsehen und Radio werden von Frauen präsentiert, wobei jedoch »trotz zunehmender Möglichkeiten Diskriminierung und ungleiche Bezahlung immer noch Realität sind.« (ILO News 2003.)

3) Darüber, ob Frauen »besser oder schlechter« über einen Krieg berichten, wird viel diskutiert. Im Vordergrund stehen dabei meist biologistische Aspekte (»zu sensibel/zu schwach«, um die Realität des Krieges auszuhalten; vgl. z.B. Persaud 2003), die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit von Journalistinnen gegenüber den männlichen Akteuren (Braiker 2003) oder auch, ob es von Frauen eher bevorzugte Sujets (Bunting 2001) bzw. einen »weiblichen« Blick auf den Krieg gibt. Ob und wie solche Filter die Berichterstattung beeinflussen, sei dahin gestellt; sicher ist jedoch, dass Frauen ebenso wie Männer versuchen müssen, ihren eigenen Ansprüchen, der in den Kriegsgebieten vorgefundenen Lage und den Anforderungen ihrer Redaktionen gerecht zu werden. Und sie unterliegen dabei den gleichen ethischen Konflikten, medien-spezifischen Sachzwängen und politisch-militärischen

den Stars der TV-Berichterstattung, die vom Publikum in besonderer Weise als Orientierungshilfen und »Medienheldinnen« angenommen werden. Betrachtet man jedoch die berichteten Inhalte, so sind Abweichungen vom – immer noch von Männern geprägten – Mainstream kaum wahrnehmbar, weder in der Themenauswahl, in der jeweils verwendeten Sprache noch in den Interpretationsmustern, nach denen die Ereignisse bewertet werden.⁴⁾

So scharten sich auch die US-amerikanischen Journalistinnen wie ihre Kollegen nach dem 11. September 2001 mehrheitlich um die Fahne und unterstützten den Kriegskurs ihrer Regierung. Nur wenige widersetzten sich diesem Kurs, wie z.B. die in den USA verehrte Talkmasterin Oprah Winfrey, die es ablehnte, an einer von Karen Hughes und Condoleezza Rice geleiteten offiziellen PR-Tour nach Afghanistan teilzunehmen, um dort nach dem Fall des Taliban-Regimes die Rückkehr der Mädchen in die Schulen zu feiern (Zeleny 2002). Eine weitere offensive Bush-Kritikerin ist Helen Thomas (Wright 2002), die seit den 60-er Jahren als Korrespondentin für UPI und heute als Kolumnistin dieser Nachrichtenagentur im Washingtoner Pressecorps akkreditiert ist. Sie mischt mit ihren unbequemen Fragen regelmäßig die Pressekonferenzen im Weißen Haus auf (Media Research CyberAlert 2003). KollegInnen beschimpften sie Anfang 2003 als »linksradikale Verteidigerin der irakischen und palästinensischen Terroristen«; Kathryn Jean Lopez vom »National Review« (Lopez 2003) forderte sogar, Thomas solle ihren Presseausweis abgeben.

Das große öffentliche Interesse, die wechselnden Ereignislagen und die emotionale Aufladung des Themas »Krieg gegen Terror« reizen viele JournalistInnen, in die Krisenregionen Afghanistan oder Irak zu reisen, um sich dort als KriegsberichterstatterInnen zu profilieren. Es sei, schrieb Gerti Schön (2002) in der »Welt« angesichts der vielen jungen Reporter, die sich ab Herbst 2002 freiwillig für eine Korrespondentenstelle im Irak bewarben, »fast wie ein Männlichkeits-Ritual«. »Seit damals, als Eleanor Roosevelt Pressekonferenzen »nur für Frauen« abhielt, um die Redakteure dazu zu zwingen, Journalistinnen einzustellen, sind die Frauen von der Modeseite auf die Titelseite und bis an die Kriegsfrente vorgerückt.« (ILO-Generaldirektor General Juan Somavia; zit. nach ILO News 2003.)

Aber die Wahrnehmung des Krieges als Abenteuer oder Reputationschance und der allgemeine Konkurrenzkampf locken auch Frauen in die Kampfzonen. Die britische Journalistin Yvonne Ridley wurde Ende September 2001 von Taliban-Kämpfern gefangen genommen, als sie versuchte, in einer Burka und ohne Pass über die pakistanische

sche Grenze nach Afghanistan einzureisen. (Carter u. McCarthy 2001.) Erst zehn Tage später ließ man sie wieder frei.

Während der »Operation Iraqi Freedom« waren unter den circa 750 »eingebetten« JournalistInnen zwischen 60 (Markisz 2003) und 85 (Braiker 2003) Frauen. Genau wusste das auch Major Tim Blair nicht, der das »Embedding Program« fürs Pentagon organisiert hatte. Man habe das Geschlecht derjenigen, die sich bewarben, nicht abgefragt, und es habe auch keinen Einfluss auf die Entscheidung gehabt, wer welcher Einheit zugewiesen worden sei. (Ebd.) Auch wenn einzelne Korrespondentinnen mutmaßten, sie seien als Frauen gezielt an der Peripherie des Krieges, auf Flugzeugträgern oder Luftwaffenstützpunkten, eingesetzt worden, so begrüßte doch die Mehrzahl der »Fembeds« (»female embeds«) das Einbettungskonzept. Denby Fawcett, in den 60er Jahren Vietnam-Kriegskorrespondentin, bewertet es im Vergleich zum Vietnam-Krieg als eindeutigen Fortschritt. Damals sei es den Journalistinnen verboten gewesen, über Nacht an der Front zu bleiben, was authentische Berichte über die Kämpfe unmöglich gemacht habe. (Vgl. ebd.) Dass die Frauen die Kampfeinheiten im Irak begleiten durften, versöhnte viele mit der militärischen Pressebetreuung. Die meisten vermieden es, öffentlich Kritik zu üben, obwohl man wusste, dass das Pentagon das Embedding als »gute PR fürs Militär« plante (Barrett 2003).⁵⁾

Die bisher publizierten Auswertungen zur Situation der eingebetteten Reporterinnen im Irak-Krieg dokumentieren ein breites Spektrum an Erfahrungen, die sich, was die praktische Arbeit betrifft, kaum von denen ihrer Kollegen unterscheiden. Zwar habe es eine Woche gedauert, bis man sie nicht mehr mit »Ma'am« angesprochen habe, erzählt z.B. die CNN-Reporterin Lisa Rose Weaver, die von März bis April 2003 mit einer Artilleriebrigade im Irak unterwegs war, aber dann sei das Thema erledigt gewesen: »Es ist Krieg, und egal, mit wie vielen Ausbildungsprogrammen zum Thema »Sexuelle Belästigung« die Army versucht, für mehr Sensibilität gegenüber Frauen zu werben, ich musste mich erst einmal als jemand beweisen, der locker ist und höchstens mal mit den Augen rollt, wenn einer einen sexistischen Witz reißt.« (Zit. nach Braiker 2003.)

Andere, wie z.B. die »Christian Science Monitor«-Reporterin Ann Scott Tyson, die bei der 3. Infanterie Division eingebettet war, bewerten den »Ma'am-Faktor« in der Eingewöhnungsphase sogar

4) Der Journalist und Medienkritiker Michael Massing bezeichnete im Mai 1999 z.B. die Reportagen Christiane Amanpours vom Balkan als »tendenziöser denn je«. Sie habe immer wieder Kosovo-Flüchtlinge vor die Kamera geholt, die die NATO-Angriffe auf die Serben befürworteten (Massing 1999).

8) Diesen Plan bestätigte auch der Pentagonsprecher und Erfinder des Konzepts, Bryan Whitman: »Wir glauben wirklich, dass die Reporter an der Front dokumentieren werden, mit welcher Professionalität und Hingabe die US-Soldaten ihre Pflicht erfüllen.« (Vgl. PBS 2003a.) Um das zu gewährleisten, ließ man die Presse je zwei Verträge mit über 50 Anweisungen unterschreiben; so war das Reisen nur in Militärfahrzeugen gestattet, inoffizielle Interviews mit Soldaten waren verboten; die »Sicherheit der Operation« oder »bestimmte Kriegsoptionen« betreffende Nachrichten mussten bis zu 72 Stunden zurückgehalten werden. Wer gegen die Regeln verstieß, wurde nach Kuwait ausgeflogen.

Zivilcourage und Kompromiss

Bausoldaten in der DDR 1964-1990

Vor 40 Jahren wurden in der DDR die ersten Waffendienstverweigerer als Bausoldaten rekrutiert. Ihre Entscheidung war ein Akt der Zivilcourage. Sie wurden von der Staatsführung diskriminiert und als „feindlich-negativ“ an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie arbeiteten im militärischen und im zivilen Bereich.

Die meisten der ca. 18000 Bausoldaten waren Mahner für einen sozialen Friedensdienst. Ohne ihre geistige Vorarbeit ist die später entstandene Bürgerbewegung und die Revolution 1989 nicht denkbar.

Der Kongress soll ihr Engagement für Gewaltfreiheit und demokratischen Dialog aufarbeiten und ihre Visionen für gegenwärtige und zukünftige Friedenspolitik darstellen.

Initiativgruppe Bausoldatenkongress in der
Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. 
www.havemann-gesellschaft.de

www.bausoldatenkongress.de



Dietmar Sobickiewicz, 1984

als eher hilfreich, weil er erst einmal dazu beiträgt, dass die Soldaten Frauen gegenüber offener und weniger »macho« sind. »Wenn du dich dann nicht als Feigling erweist, mit dem Strom schwimmst und keine Sonderbehandlung erwartest, ... ist der Ma'am-Faktor das Erste, das verschwindet. Das Fluchen und die obszönen Bemerkungen blieben. Wäre ich als unerwünscht wahrgenommen worden, hätten sie sich damit eher zurückgehalten.« (Ebd.)

Geradezu euphorisch schilderte die »Dallas Morning News«-Fotografin Cheryl Diaz Meyer Anfang April 2003 ihre Erlebnisse auf dem Militärstützpunkt Camp Coyote. Sie war in der Nacht zum 20. März mit dem dort stationierten Panzerbataillon als eine der Ersten in den Krieg gezogen: »In der kurzen Zeit im Camp haben mich die Männer mit Respekt, Großmut und Herzlichkeit behandelt. Ich entwickelte eine große Sympathie für diese Männer, die aus allen Teilen der USA kamen, um ihrem Land zu dienen und enorme Belastungen auf sich zu nehmen, um den Auftrag unserer Regierung zu erfüllen. Ich bin von ihnen adoptiert worden und habe tausend große Brüder bekommen.« (Diaz Meyer 2003.) Dass sich KriegsreporterInnen mit den begleiteten Soldaten identifizieren, sich sogar im Aussehen (Helm, Schutzweste, Camouflage etc.) angleichen und irgendwann dazu übergehen, Formulierungen zu benutzen wie »wir rücken vor«, »wir werden beschossen«, ist eine nicht erst seit Vietnam beobachtete und von militärischer Seite erwünschte Tendenz, der sich viele JournalistInnen offenbar kaum entziehen können. Diaz Meyer lieferte dann auch zunächst die entsprechenden stimmungsvollen Bilder, »Panzer im Mondlicht«, schmeichelnde Portraitaufnahmen einzelner Soldaten usw.

Als sie aber wenig später US-Marines dabei fotografierte, wie sie einen irakischen Kriegsgefangenen für eine Durchsuchung nackt auszogen und diese Aufnahme am 10. April zeitgleich in den »Dallas Morning News« (DMN) und der »New York Times« erschien, endete ihr Einsatz an der Front abrupt: Das Pentagon kündigte dem Washingtoner DMN-Büro umgehend an, man werde Cheryl Diaz Meyer deshalb von ihrem Posten entfernen. Um dies zu verhindern, wurde die Fotografin von ihrer Zeitung selbst nach Bagdad versetzt. »Wir hätten dieses Foto nicht veröffentlichen sollen und besser aufpassen müssen, dass wir unsere Vereinbarung mit dem Militär nicht verletzen«, kommentierte Diaz Meyers Chefredakteur Ken Geiger diesen Vorfall schuldbewusst (Markisz 2003).

Genauso gut wie die »Schere im Kopf« funktioniert meist auch der Impuls, das »hässliche Gesicht des Krieges« zu verdrängen. Die Hoffnung, als Urheber möglichst dramatischer Reportagen oder Bilddokumente in einem Krieg berühmt zu werden, oder auch die Befürchtung, dass ein Mangel an Risikobereitschaft von der eigenen Redaktion als fehlendes Engagement ausgelegt werden könnte,

fördern unter vielen Betroffenen die Neigung, ihre schrecklichen Erlebnisse, Ängste und Zweifel zurückzudrängen und zu verschweigen. Eine der wenigen publizierten aktuellen Auseinandersetzungen mit diesem Phänomen stammt von Chantal Escoto, die selbst fünf Jahre in der Armee gedient hatte und im letzten Frühjahr als Journalistin für den »Leaf-Chronicle« (Clarksville/Tennessee) eine 700 Mann starke Luftlandeeinheit durch die irakische Wüste begleitet hat. Escoto schreibt, sie habe Kampfsituationen erlebt, in denen sie nur noch voller Angst zu Gott gebetete habe. Am schlimmsten sei es während eines Gefechts bei Amarah gewesen: »Die toten Iraker lagen einfach so herum, niemand schaffte sie weg. Überall waren Fliegen, und dann setzten sich diese Fliegen auch auf mich. Das machte mich fertig. Und dann sah ich die Kinder, halbverbrannt durch Bomben.« Chantal Escoto kehrte am 27. April 2003 nach Hause zurück. »Ich wollte nicht unter Leuten sein und mit niemandem sprechen. Ich zog mich zurück. Ich war physisch unverletzt, aber psychisch stimmte etwas nicht. ... Manche nennen das wohl post-traumatischen Stress. Ich bin jetzt in einer Gesprächstherapie, etwas, was ich nie zuvor getan habe. Ich habe nicht damit gerechnet, dass mich das so belastet ... aber es hat mich fertig gemacht. (Escoto 2003.)

Die veränderten Prämissen der Kriegsberichterstattung im Informationszeitalter und das wachsende Interesse von Frauen, sich als Journalistinnen im Krieg zu behaupten, haben nach Ansicht der BBC-Chefkorrespondentin Kate Adie unweigerlich zur Folge, dass sie auch in gefährlichen Situationen mehr leisten und mehr riskieren müssen als die Kollegen: »Du musst dort rennen, wo die Männer gehen.« (Zit. nach ILO News 2003.)

Dass die meisten Medien-»Frontfrauen« aber weder das emanzipatorische Potenzial der zivilen Berichterstattung noch das ihres spezifischen Blickwinkels frei nutzen können, unterstreicht die Notwendigkeit, die journalistischen und externen Rahmenbedingungen der Kriegsberichterstattung grundsätzlich neu zu überdenken. Denn so lange es den etablierten Massenmedien nicht gelingt, sich den politisch-militärischen Informationsstrategien zu entziehen, die sie entweder als Übermittler und Verstärker ihrer Botschaften oder als Angriffsziel wahrnehmen, wird es auch den Frauen kaum möglich sein, unabhängige, authentische und glaubwürdige Nachrichten über den Krieg zu produzieren.

■ Frauen gegen den Krieg: Informationsmacht erkennen und nutzen

Die politisch-militärischen Offensiven strategischer Einflussnahme und Meinungssteuerung sowie das offensichtliche mehrheitliche Scheitern der Massenmedien, sich gegen die Instrumentalisierung durch die PR-ManagerInnen des Krieges

zur Wehr zu setzen, haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Zivilgesellschaften den offiziellen Darstellungen, warum, wie und mit welchen Zielen ein Krieg geführt wird, immer weniger Glauben schenken. Andererseits benötigen die Bevölkerungen gerade in Konfliktsituationen unabhängige Informationen und Kommunikationsmittel, um potenzielle Bedrohungen, Krisenlagen und angebotene Bewältigungsstrategien realistisch einschätzen zu können.

Die Wahrnehmung dieses Mangels führte in den letzten 15 Jahren zur Herausbildung einer inzwischen international agierenden, alternativen Informations- und Kommunikationsstruktur, die getragen wird von Friedens- und Menschenrechtsbewegungen, Medieninitiativen, WissenschaftlerInnen und kritische JournalistInnen. Ihr Einfluss auf die politische Kommunikation war erstmals während des NATO-Krieges gegen Ex-Jugoslawien 1999 weltweit unübersehbar, als FriedensaktivistInnen in Informationsveranstaltungen, auf Flugblättern und Kundgebungen aktuellere und authentischere Informationen aus dem Kriegsgebiet anbieten konnten als die Massenmedien mit ihrer Fixierung auf offizielle Verlautbarungen. Im Kontext des »Anti-Terror-Krieges« hat sich dieses Aufklärungspotenzial – Quellenlagen Darstellungsmöglichkeiten, Aktualität und Reichweiten – noch einmal verstärkt (vgl. z.B. Claßen 2003c) und ist für den Kampf gegen den Krieg unverzichtbarer denn je.

Genderorientierte Friedensarbeit und Konfliktforschung ist Teil dieser alternativen friedenspolitischen Kommunikation. Sie legt Kriegsursachen frei, arbeitet gegen die Verschleierung der Kriegswirklichkeit, stellt Feindbild- und Imagekonstruktionen in Frage und initiiert Projekte der gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung.

Neben global agierenden Netzwerken, wie zum Beispiel die Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), die mit ihrer Website »PeaceWomen.Org« die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Frauenorganisationen weltweit fördern will, oder das International Women's Tribune Centre (IWTC), das seit den 70-er Jahren u.a. gezielt Medienarbeit mit und für Frauen organisiert, nutzen viele Aktivistinnen in Krisenregionen die Medien für ihre Arbeit gegen Hass und Gewalt sowie zum Aufbau friedensfördernder Strukturen.

Dieses Engagement von Frauen überall auf der Welt und insbesondere auch ihr Beitrag zur zivilen Konfliktbearbeitung vor und nach dem Ende der »heißen Phase« eines Krieges wird jedoch in der internationalen, etablierten Medienöffentlichkeit bis heute kaum wahrgenommen.

Dabei sind etwa Mediationsprojekte, Trauma-Arbeit und Programme zur Herstellung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Handlungsfähigkeit von Frauen in Kriegs- und Krisenregionen usw. nicht nur richtungsweisende Modelle für

einen gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Krisensituationen. Die hier gesammelten authentischen Erfahrungen mit dem Leid und den materiellen Verwüstungen, die ein Krieg verursacht, haben auch einen hohen Informationswert, weil sie die Absurdität des Krieges als Mittel der Politik in konkreten Beispielen offen legen.

Eine der zentralen Aufgaben der genderorientierten Friedens- und Konfliktforschung sollte es deshalb sein, die Frauen, die überall auf der Welt die Auswirkungen von Krieg und Gewalt bekämpfen und sich für Frieden und Versöhnung engagieren, dabei zu unterstützen, sich »in den Medien Gehör zu verschaffen«.

Dafür muss professionelle friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit als eine eigene Disziplin der gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung wahrgenommen und entsprechend ausgestattet werden.

Elvira Claßen ist Medienwissenschaftlerin (Diplom-Sozialwissenschaftlerin) und Freie Journalistin (dju). Bis 1999 war sie Chefredakteurin der DFG-VK-Zeitschrift »ZivilCourage«. Zurzeit promoviert sie als Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung über das Thema »Krisen- und Kriegs-Kommunikation in der Informationsgesellschaft«.

Für die Veröffentlichung wurde dieser Text von der Redaktion stark gekürzt. Die Langfassung findet sich auf der **Forum Pazifismus-Homepage**: www.forum-pazifismus.de



Literatur

- Barrett, Patrick (2003): US reporters condemn Pentagon press controls. In: The Guardian, 27.2.2003
- Barry, Tom: A Strategy Foretold. In: Foreign Policy In Focus (FPF) Policy Report. October 2002; www.fpf.org/papers/foretold_body.html
- Bartimus, Tad (2001): Bullets and Bathrooms. Women had to contend with sexism in the military to win recognition as war correspondents. In: Media Studies Journal: Front Lines and Deadlines. Sommer 2001; www.freedomforum.org/publications/msj/2001/msjsummer2001.pdf
- BBC (2003a): Private Lynch signs \$1m book deal. 3.9.2003; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3076624.stm>
- BBC (2003b): Jessica Lynch condemns Pentagon. 7.11.2003; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3251731.stm>
- Bildzeitung (2003): So sexy ist die Bundeswehr. 5.7.2003
- Braiker, Brian (2003): »Fembeds« Reflect on Covering War. What was it like to be a female reporter embedded with U.S. troops during the war on Iraq? In: MSNBC Newswave, 16.5.2003; www.msnbc.com/news/914570.asp?ocv=KB20&cp1=1
- Broder, Henryk M. (2003): TV-Reporter im Kriegseinsatz. Spanner sind immer die anderen. In: Der Spiegel, 26.3.2003
- Broeckert, Jerry (2003): Loose Lips Float Ships! How the military uses the media today. April 2003; www.rakemag.com/printable.asp?catid=46&itemID=2136&pg=all
- Brown, Janelle (1998): Spin Sisters. Why is PR the only High Tech Field that Women run? In: Salon.com; 3.12.1998; http://archive.salon.com/21st/feature/1998/12/cov_03feature.html
- Bundeswehr: Arbeitgeber Bundeswehr. 2003. www.bundeswehr-karriere.de/redaktionen/personal/inet/base.nsf/Frame/N25BAEJ6803MHUTDE
- Bunting, Madeleine (2001): Women and war. While the media's response to the destruction in America has been deafening, the voices of women have grown strangely quiet. In: The Guardian, 20.9.2001
- Carter, Helen; McCarthy, Rory (2001): British female journalist freed. In: The Guardian, 9.10.2001
- Claßen, Elvira (2003a): Kriegs-Marketing. In: Marxistische Blätter, H. 1: Irak-Krieg. Das angekündigte Verbrechen. S. 39-46
- Claßen, Elvira (2003c): Strategische Information im Krieg. In: Schweitzer, Christine; Aust, Björn; Schlotter, Peter (Hg.): Demokratien im Krieg. AFK Friedensschriften, Band 31. Baden-Baden (im Druck)
- Committee on International Relations (2001): The Message is America: Rethinking US Public Diplomacy. Hearing before the Committee on International Relations. Washington, 14.11.2001; www.house.gov/international_relations/76189.pdf
- Diaz Meyer, Cheryl (2003): It's as Close to Marilyn Monroe as I'm Ever Going to Get. In: The Digital Journalist, 4.4.2003; www.digitaljournalist.org/issue0304/cmeyer.html

- Die Tagesschau (2003): Die Heimkehr von Private Jessica Lynch. 23.07.2003, 14:29 Uhr
- Dorsey, Gary (2003): Jessica Lynch: An American tale. How the media made her a star. In: The Sun, 11.11.2003; www.sunspot.net/entertainment/tv/bal-to-lynch11nov11,0,4145113.story?coll=bal-artlife-tv
- Escoto, Chantal (2003): Not Just One of the Boys in Iraq. Woman Embedded: »It Messed Me Up«. In: Katovsky, Bill; Carlson, Timothy (Hg.): Embedded: The Media at War in Iraq. The Lyons Press 2003; zit. nach Auszug in: Editor and Publisher.com; 18.9.2003; www.editorandpublisher.com/editorandpublisher/headlines/article_display.jsp?vnu_content_id=1980220
- Eskew, Tucker (2003): The White House Office of Global Communications. Radio-Interview/Transkript, 24.1.2003; <http://fpc.state.gov/16852.htm>
- Gancarski, Anthony (2003): When Young Mothers Die in Combat. 24.4.2003; www.lewrockwell.com/orig4/gancarski1.html
- Greenberg, David (2003): The POW in the American Imagination. Why we're obsessed with American soldiers captured by the enemy. 1.4.2003; <http://slate.msn.com/id/2080944/>
- Holbrooke, Richard (2001): Get the Message Out. In: The Washington Post, 28.10.2001
- ILO News (2003): Eminent women journalists mark International Women's Day at the ILO. Breaking through the glass ceiling to break the news. Presseerklärung vom 7.3.2003; www.ilo.org/public/english/bureau/inf/pr/2003/10.htm
- Kampfner, John (2003): The truth about Jessica. In: The Guardian, 15.5.2003
- Kurtz, Howard (2003): Media's Battlefield Reporting Outpaces Pentagon Officials. In: Washington Post, 24.3.2003, S. 27
- Lauterbach, Jörn (2003): »Krieg ist sehr sexy für das Fernsehen«. RTL-Reporterin Antonia Rados zieht ihre Bagdad-Bilanz. Interview in: Die Welt, 28.4.2003
- Linnett, R.: Loose Lips Sink Ships – Again. NSA Launches Ad Campaign Urging Secrecy, Juni 2002; www.adage.com/news.cms?newsId=34947
- Lopez, Kathryn Jean (2003): Helen Thomas Should Not Have a White House Press Pass, Con't. In: National Review Online, The Corner, 11.1.2003; www.nationalreview.com/thecorner/03_01_05_corner-archiv.asp#002357
- Manager-Magazin (2003): Die hässlichen Fratzen des Krieges. 24.03.2003; www.manager-magazin.de/ebusiness/artikel/0,2828,241888,00.html
- Markisz, Susan B. (2003): Putting the Media in Soldiers Shoes. In: The Digital Journalist, 12.5.2003; www.digitaljournalist.org/issue0305/smarkisz.html
- Mayer, Tamar (Hg.) (2000): Gender Ironies of Nationalism. Sexing the Nation. London
- Media Research CyberAlert (2003): Another Anti-Bush Harangue from Helen Thomas. 7.1.2003; www.mediarsearch.org/cyberalerts/2003/cyb20030107.asp#3
- Michaels, Henry: White House dictates war coverage to a pliant media. Office of Global Communications oversees press censorship. 26 March 2003; www.wsws.org/articles/2003/mar2003/cens-m26.shtml
- Miller, Laura (2002): War Is Sell. In: PR Watch, Okt. 2002; www.pr-watch.org/prwissues/2002Q4/war.html
- MSN News (2003): Verletzte Helden kehrt heim. 13.04.03; <http://news.focus.msn.de/G/GN/gn.htm?snr=118952&streamsnr=308>
- Pflüger, Tobias (2002): Die Calver Truppe Kommando Spezialkräfte auf Terroristenjagd. Einsätze sind leider vom Bundestag gedeckelt. 5.3.2002; www.imi-online.de/download/ksk-afghanistan.pdf
- Pflüger, Tobias (2003): Verteidigungspolitik ade. Bundeswehreinräte im Innern und weltweit. In: Wissenschaft und Frieden 3/2003, S. 57-60; www.imi-online.de/2003.php3?id=606
- Phillip, Christine (2003): The Real World We Live In! Double Standards for Shoshana Johnson. 6.11.2003; www.nathanielturner.com/shoshanajohnson.htm
- Pitzke, Marc (2003): Das Ende des Mythos Jessica. In: Der Spiegel online, 12.11.2003; www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,273615,00.html
- Plattform Orientiere Dich.de (2003): Ausbildungsplätze und Jobs bei der Bundeswehr. 3.7.2003; www.orientiere-dich.de/aktuell.nsf/meldung/749A8
- Said, Edward (2002): Thoughts about America. In: ZMag, 2.3.2002; www.zmag.org/content/TerrorWar/saidamer.cfm
- Scarborough, Rowan (2003): In war's wake, no further combat roles seen for women. In: Washington Times, 23.6.2003; <http://washtimes.com/national/20030623-122741-5014r.htm>
- Schmitt, Eric (2002): New Group Will Lobby for Change in Iraqi Rule. In: New York Times, 14.11.2002
- Schön, Gerti (2002): Viele junge Reporter wollen freiwillig in den Irak. In: Die Welt, 31.10.2002
- Snow, Nancy (2002): Propaganda War: One Year Later. The Selling of America. Interview mit Guerrilla News Network; Nov. 2002; www.guerrillanews.com/media/cointel/doc744.html
- Snow, Nancy (2003): While the Propaganda Czar Departs, the Product Pitching Remains. 4.3.2003; www.commondreams.org/views03/0304-08.htm
- The Washington Post (2002): New U.S. strategy in Afghanistan: winning hearts and minds. 2.10.2002
- U.S. Department of State's Bureau of International Information Programs (2003b): Iraq Photo Pamphlet. Juli 2003. In: The Liberation of Iraq Photo Gallery from March 21 to September 9, 2003; <http://usinofa.state.gov/regional/nea/iraq/gallery/iraq-2003/#jul>
- Wright, Sarah H. (2002): Journalist Helen Thomas condemns Bush administration. In: MIT Tech Talk, News Office; <http://web.mit.edu/newsoffice/tt/2002/nov06/thomas.html>
- Younge, Gary (2003): What about Private Lori? In: The Guardian, 10.4.2003
- Zeleny, Jeff (2002): Winfrey declines Bush invite to Afghan trip. U.S. hoped to show its help for women. In: The Chicago Tribune, 29.3.02; www.chicagotribune.com/templates/misc/printstory.jsp?slug=chi%2D0203290235mar29

Rüdiger Bröhling

Zivildienst am Ende

Zum Zusammenhang von Sozialabbau und »Arbeitsmarktreformen«

Nachdem Mitte Januar die von Familienministerin Renate Schmidt eingesetzte Kommission zur Zukunft des Zivildienstes ihren Abschlussbericht vorgelegt hatte, war in der politischen Debatte mal wieder die Zeit der Stammtischparolen gekommen:

»Soziales Pflichtjahr!« skandierten sofort Vertreter verschiedener Landesregierungen. Denn mit der Präsentation der Kommissionsüberlegungen wurde klar, dass der Zivildienst in deutschen Ländern nur eine sehr beschränkte Zukunft hat. Es geht längst nicht mehr um die Frage »Zivildienst: ja oder nein?«, sondern nur noch um die Länge des Zeitraums, in dem wir es mit diesem spezifischen Phänomen bundesdeutscher Militär- und Sozialpolitik zu tun haben werden. Lässt die Bundesregierung Diakonie, Caritas und Co., den Hauptprofiteuren der hoch subventionierten »Zivi«-Arbeit, noch fünf Jahre Zeit, sich umzustellen? Oder etwas mehr, vielleicht auch weniger?

Schon heute sind es immer weniger Zivildienstleistende (ZDL), die preisgünstig für Wohlfahrtsverbände und Kommunen ihre Wehrpflicht im sozialen Bereich, vor allem im Pflegebereich, abarbeiten. Gab es im Rekordjahr 1999 etwa 138.000 Zivis, so sorgten weitere Dienstzeitverkürzungen und die Einführung eines gedeckelten Haushaltsansatzes (vorher waren die Ausgaben von der Zahl der einberufbaren Kriegsdienstverweigerer abhängig) dafür, dass das Arbeitsquantum der Dienstleistenden innerhalb von vier Jahren deutlich sank. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren nur noch etwa 93.000 Zivildienstplätze besetzt.¹⁾

Offensichtlich denken Finanzminister Eichel und Kollegin Schmidt nur an eines: Sie möchten möglichst viel Geld für den Bundeshaushalt einsparen, weshalb sie schon jetzt in gehörigem Tempo dabei sind, den Zivildienst herunterzufahren. Wenn sie so weiter machen, dann ist es nicht unrealistisch, im Jahr 2008 bei null angekommen zu sein. Insofern hat die Öffentlichkeit die Einlassungen der Frau Ministerin und den Bericht ihrer Kommission richtig gedeutet: Zivildienst ade!

Sozialleistungskürzungen statt Zivildienst

Was kommt danach? An Geld fehlt es nach herrschender Lesart an allen Ecken und Enden, aber die bisher von den ZDL erledigten Jobs muss doch schließlich irgendjemand machen?

Wirklich? Nicht unbedingt. Denn eine Option lautet, die Arbeit der Zivis – jedenfalls teilweise – einfach wegfallen zu lassen. Auf Kosten derjenigen, die auf diese sozialen Dienstleistungen angewiesen sind. Ein derartiges Vorgehen passt in der Tat in die aktuelle sozialpolitische Landschaft. Wo das Kürzen monetärer Sozialleistungen mittlerweile gang und gäbe ist, liegt das Abschmelzen direkt erbrachter Sozialdienstleistungen doch zweifelsohne im Bereich des Möglichen.

Ein Befund hinsichtlich der »Tätigkeitsgruppe 01 (Pflege und Betreuungsdienste)« stützt diese These. Laut offizieller Zivildienststatistik sind dort die meisten ZDL beschäftigt, nämlich etwa drei von fünf.

Hatten noch in den frühen 90-er Jahren viele der hier eingruppierten ZDL Aufgaben im Kernbereich der Pflege zu erledigen (Jürgen Blandow bezifferte 1994 den Anteil der ZDL-Tätigkeiten, die in dieser Abteilung als »qualifiziert« zu bezeichnen seien, auf immerhin 32 Prozent), so muss man heute eine deutliche Strukturverschiebung konstatieren. Mit den Ökonomisierungs- und Professionalisierungstendenzen im Pflegebereich (insbesondere aufgrund der Mitte der 90-er Jahre eingeführten Pflegeversicherung) verlagerte sich die »Bedeutung des Zivildienstes vom Kern zur Peripherie hin« – wie es eine Studie im Auftrag des Familienministeriums 2002 formulierte.²⁾ Die ZDL seien heute vor allem zuständig für »pflegeergänzende« Dienste.

»Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass nach Aussage der InformantInnen der Wegfall des Zivildienstes nur in den allerwenigsten der befragten Einrichtungen den Kernbestand der Pflege bedrohen würde, da dieser weitgehend durch haupt- und nebenberufliches Personal getragen wird. Allerdings würde sich die Kostensituation insofern verschärfen, als dass die von den Zivildienstleistenden kostengünstig erbrachten Hilfs- und Unterstützungsleistungen (Besorgungen, Fahrdienste, Zweitkraft im Bedarfsfall) entfallen würden.« (Seite 335)

Unter diesem Blickwinkel kristallisiert sich im Zuge der Zivildienst-Liquidierung als gesellschaftspolitische Gefahr nicht ein weiterer Zwangsdienst heraus, sondern eine forcierte Entwicklung der entsprechenden Dienstleistungen zu einer »Satt- und-Sauber-Pflege«. Eine Option, der ein gewisser Realitätsgehalt nicht abzusprechen ist, die aber

1) Legt man die Anzahl der belegten Plätze jeweils am 15. Dezember zugrunde, dann ergibt sich zwischen 1999 und 2003 eine Reduktion von 126.882 auf 91.033 oder um 28 Prozent.

2) Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zivildienst und Arbeitsmarkt, Stuttgart (Kohlhammer) 2002

nichtsdestotrotz in der aktuellen Debatte allzu selten kritisch Berücksichtigung findet.³⁾

■ Allgemeine Dienstpflicht

Zweifellos können etliche Tätigkeiten der »Zivis« nicht ersatzlos wegfallen. Die Aufgabe der herrschenden Sozialpolitik besteht also darin, diejenigen Personengruppen aufzustöbern, die man dazu bringen kann, jeden Tag unentgeltlich schuft zu gehen. Im Prinzip ein ziemlich verqueres Ansinnen in einer Gesellschaft, in der die Menschen, wenn sie nicht gerade Eigentümer einer Fabrik, eines Bauernhofes oder eines Handelsunternehmens sind, nichts weiter zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft und die daher auf genau diesen Deal – Arbeitskraft gegen Lohn – angewiesen sind.

Nun war aber der deutsche Staat noch nie einer, dessen politische Eliten es immer und ausschließlich als ihre erste Aufgabe verstanden hätten, zwecks gedeihlichen Verlaufs des kapitalistischen Reproduktionsprozesses lediglich einen wohlgeordneten Rahmen zu setzen und sich ansonsten in gut liberaler Manier zurückzuhalten. Geschäfte machen ist hierzulande nicht alles; »höhere« Ziele stehen häufig genug auf der gesellschaftspolitischen Agenda. Die heißen zum Beispiel: Kampf gegen Werteverfall, für Fleiß und gegen ein Nur-auf-der-faulen-Haut-Liegen, für die Erziehung der Jugend zu sozialer Verantwortung. Mit einem Wort: Der Ruf deutscher Politiker nach einer allgemeinen Dienstpflicht kann kaum verblüffen, auch wenn diese der aktuellen dominierenden, neoliberalen Grundströmung zur »Deregulierung« der Wirtschafts- und Arbeitsmärkte und zur Ökonomisierung des sozialen Sektors ordnungspolitisch völlig widerspricht.

In den vergangenen Jahren geriet ein allgemeiner Arbeitsdienst immer wieder in die Diskussion, wenn es im Gebäck des Zivildienstsystems ächzte und krachte. Bei der ersten einschneidenden Dienstdauerverkürzung 1990 waren es unter anderem Hans Eichel und Florian Gerster, die sich die populistische Forderung, alle Jugendlichen für ein Jahr kostenloses Malochen abzukommandieren, zu eigen machten. Im Frühjahr 2004 profilierten sich in dieser Hinsicht vor allem Repräsentanten der Bundesländer (in der Landespolitik agierten auch jene beiden 1990). Ein Indiz dafür, dass es hier nebenbei auch um Fragen der Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern geht. Länder und Kommunen befürchten, für den Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise, etwa über die Sozialhilfe, pekuniär aufkommen zu müssen. Eine allgemeine Dienstpflicht hätte hingegen vor allem der Bund finanziell an der Backe. Für einen Arbeits-

dienst müsste aber ein Vielfaches des heutigen Zivildienstbudgets aufgebracht werden. Dann könnte der Bund aber auch gleich Zivildienst und Wehrpflicht beibehalten – das käme wahrscheinlich billiger und zöge juristisch wie politisch geringere Probleme nach sich.

Gegen eine allgemeine Dienstpflicht spricht mithin so ziemlich alles. Diesbezügliche politische Ambitionen trugen daher ephemeren Charakter und dürften einstmals trainierten Reflexen geschuldet sein, ähnlich jenen des Pawlow'schen Hundes, dem beim Ertönen der Klingel der Sabber von den Lefzen lief.

■ Freiwilligenarbeit

Die Schmidt-Kommission setzt ebenso wie die Wohlfahrtsverbände unter anderem auf Freiwilligendienste. Das Konzept mag teilweise funktionieren; Freiwillige sind aber sicherlich nicht in der Lage, das Arbeitsquantum der ZDL zu größeren Teilen zu übernehmen. Denn auch in diesem Zusammenhang gilt das eben angesprochene Grundprinzip: Menschen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, sie können sie nicht verschenken. Es sei denn, die Betroffenen werden alimentiert und sind auf dieses Geschäft am Arbeitsmarkt nicht angewiesen. Das gilt etwa für Rentnerinnen und Rentner. Folgerichtig hat es die Kommission unter anderen speziell auf diesen Personenkreis abgesehen: die neuen Freiwilligendienste sollen »generationsübergreifend« ausgebaut werden.

Zurzeit gibt es für's Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und sein ökologisches Pendant angeblich mehr Bewerber/-innen als zur Verfügung stehende Plätze. Das zeigt zweierlei. Erstens: Auch das FSJ kostet Geld, das der Bund offenbar nicht ohne weiteres auszugeben bereit ist. Zweitens korrelieren die unsicheren Perspektiven für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt mit einer steigenden Nachfrage nach FSJ-/FÖJ-Angeboten. Von beiden Faktoren dürfte nicht unwesentlich abhängen, ob Freiwillige zukünftig in relevantem Maß als Arbeitskräfte in den Sozialsektor rekrutiert werden können. Auf jeden Fall gilt: Kleinvieh macht zwar Mist; für die großen Haufen sorgen allein Schweine und Kühe.

■ Sozialdienstleistende Reservarmee

Wer aber sind die armen Schweine und Rindviecher, die an die Stelle der ZDL treten werden? FDP-Vize Reiner Brüderle hat sie im Februar entdeckt: die Erwerbslosen, die könnten da doch ran. Richtiger wäre allerdings zu sagen, Brüderle hat die Erwerbslosen als ZDL-Surrogat wiederentdeckt, denn die Idee ist nicht neu, zugespitzt formuliert: ihre Schöpfer finden sich in den Reihen der Friedensbewegung und Kriegsdienstgegnerverbände. Seit Mitte der 80-er Jahre debattierten zivildienstkritische Kreise über die Möglichkeit, den Zivil-

3) Eine weitere Strategie besteht darin, die Dienstleistungen zwar beizubehalten, die Kosten dafür jedoch abzuwälzen. Vor diesem Hintergrund sind die neuen Einkommensgrenzen für die sozialhilferechtliche »Hilfe zur Pflege« zu sehen, die mit dem neuen SGB XII Anfang nächsten Jahres in Kraft treten. Erhofftes Einsparvolumen: 45 Millionen Euro.

dienst abzuschaffen, ohne dabei den Sektor der sozialen Arbeit ins Chaos zu stürzen. Die wohlfahrtsmafiotische Propaganda, ohne »Zivis« bräche das Sozialsystem zusammen, konterten Gegnerinnen und Gegner des zivilen Zwangsdienstes mit dem Hinweis darauf, dass es volkswirtschaftlich gesehen keine Notwendigkeit für die erzwungene Arbeitsleistung der ZDL gebe. Der gesamte Wehrpflicht- und Zivildienstkomplex sei teuer, und die ZDL könnten ohne allzu große volkswirtschaftliche Zusatzkosten durch tariflich bezahlte Arbeitskräfte, die auch auf dem Arbeitsmarkt zu finden seien, ersetzt werden.

Allerdings dachte der Freidemokrat nicht daran, Erwerbslosen zu tariflich entlohnten Jobs im sozialen Bereich zu verhelfen. Vielmehr möchte er jene »in die Pflicht nehmen« und zur Annahme auch mies bezahlter Arbeiten zwingen – ganz entsprechend der Möglichkeiten, die die verschiedenen »Gesetze für moderne Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt« bieten, darunter »Hartz IV«, das für (fast) alle »Langzeitarbeitslosen« jede »Arbeitsgelegenheit« für zumutbar erklärt – unabhängig von Lohnhöhe und Art der Tätigkeit. Nimmt der Betroffene die Arbeit, die auch ein Minijob sein kann, nicht an, droht die teilweise oder (bei Jugendlichen bis 25) vollständige Streichung des »Arbeitslosengelds II«. Hieran macht sich der feine Unterschied fest: Der Appell, die Nachfolge der »Zivis« sollten Erwerbslose antreten, ist reaktionär, wenn er ohne kritischen Bezug auf sozial- und arbeitsmarktpolitische Realitäten formuliert wird und das Insistieren auf die Zahlung tariflich ausgehandelter Löhne unterbleibt.

In der Vergangenheit fiel ein solcher argumentativer Bezugsrahmen leider in so mancher Stellungnahme von Zivildienstgegnern unter den Tisch. Ein Interview mit Peter Tobiasen, dem Geschäftsführer der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer in der pazifistischen Zeitschrift »ZivilCourage« im Januar 2003 mag das illustrieren:

Tobiasen: Wenn man das Geld nimmt, das heute für den Zivildienst und die Arbeitslosigkeit von 70.000 Menschen aufgewandt wird, lassen sich damit rund 70.000 Arbeitsplätze finanzieren. Damit könnten alle sozialen und ökologischen Angebote im bisherigen Umfang bestehen bleiben.

ZivilCourage: Das klingt nach Hartz...

Tobiasen: ...das wäre Hartz konkret.

Was das »Hartz konkret« anbelangt, können wir nur hoffen, dass der Geschäftsführer der Zentralstelle KDV nicht wusste, was er sagte. Wie aber soll das Geld, das »für den Zivildienst und die Arbeitslosigkeit« aufgebracht wird, in die Gehaltstüte der in Lohn und Brot Gesetzten kommen? Denkt Tobiasen hierbei an Kombilohnmodelle und die Subventionierung eines Niedriglohnssektors? Er lässt das im Unbestimmten. Ebenso wie die Höhe des Lohns, der den Ex-Arbeitslosen ausgezahlt werden soll.

1999 rechnete er mit durchschnittlichen Stellenkosten »irgendwo zwischen 50.000 und 66.000 Mark«. ⁴⁾ Im Schnitt also etwas mehr als 29.000 Euro (bzw. 25.500 Euro, den niedrigsten Wert unterstellend). 2004 schrumpfte die berechnete Summe auf 22.500 Euro zusammen, für die aber schon – so Tobiasen – ein »Pfleger« zu haben sei. (»Frankfurter Rundschau« vom 25.02.2004). Vielleicht resultiert der nicht unbeträchtliche Lohnraub aus der Tatsache, dass heute weniger Geld an Arbeitslose gezahlt wird als vor vier Jahren. Deutlich wird indes der argumentative Salto rückwärts: Die Lohnhöhe ist bei Tobiasen eine Funktion der Summe aller Einsparungen und Mehreinnahmen.

Korrekt wäre jedoch eine Herangehensweise, die zunächst danach fragt, welche Tätigkeiten die »Zivis« ausüben und welcher Tariflohn alternativ dafür zu zahlen wäre.

Was aber bekommt beispielsweise ein »Pfleger« laut Tarif? Die niedrigste Vergütungsgruppe für Angestellte im Pflegedienst ist Kr. I. (BAT). Das bekommen angelernte PflegehelferInnen, die nach drei Jahren »Bewährung« in die Gehaltsstufe Kr. II aufrücken. Die Zuschläge im BAT sind altersabhängig. Da allerdings regulär beschäftigte Mitarbeiter anders als ZDL ihren Job nicht nach maximal 10 Monaten beenden, müssen wir auch mit älteren Pflegekräften rechnen. Nehmen wir also einen 30-jährigen. Der hat in Kr. I in Hessen derzeit einen monatlichen Bruttolohn von vielleicht 1.800 Euro. Da Urlaubs- und Weihnachtsgeld insgesamt in Höhe eines Monatsgehalts dazu kommen, macht das pro Jahr etwa 23.500 Euro. Nicht zu vergessen die Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung. Macht Stellenkosten in Höhe von gut 28.000 Euro (bei Kr. II etwa 29.500 Euro). Da ist noch kein müder Euro für Abend-, Nacht- und Sonntagszuschläge eingerechnet, die im Pflegebereich freilich regelmäßig anfallen. Betreibt die Zentralstelle KDV hier also Lohndumping?

In der Konversions-Debatte sollte an dieser Stelle exakt argumentiert werden. Die tariflich bezahlten Arbeitskräfte sind wahrscheinlich teurer als die Summe aller Einsparungen und Mehreinnahmen, die durch eine solche Substitution entstünden. Vielleicht nicht viel teurer, aber mit der Behauptung zu operieren, die Umstellung sei »kostenneutral« zu haben, ist insofern unredlich, als dass niemand genau sagen kann, was die ZDL insgesamt genau machen und was demzufolge deren Ersatz kostet. ⁵⁾ Unsere Forderung muss daher lauten, den Bereich der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen in der BRD mit ausreichenden finanziel-

4) Unter der Voraussetzung, dass zwei Hauptamtliche die Arbeit von drei »Zivis« übernehmen. Vgl. Peter Tobiasen: Die Kostenfrage im Sozialwesen bei Wegfall des Zivildienstes, in: 4/3, 1999, ??

5) Vgl. hierzu die Studie »Zivildienst und Arbeitsmarkt« von 2002, die das gesamte verfügbare Material zu dieser Frage zusammenträgt und eigene empirische Daten zu Teilbereichen des Zivildienstes präsentiert. Nichtsdestotrotz bleiben erhebliche Lücken. Nebenbei: Den Berechnungen liegt meist die Annahme zugrunde, dass kein einziger der »Zivis«, die ersetzt werden, den Arbeitsmarkt belasten wird. Eine gewagte Unterstellung.

len Ressourcen auszustatten. Eine »Deckelung« dieser zusätzlich notwendigen Mittel in Höhe der vermuteten Einsparungen/Mehreinnahmen aus taktischen Erwägungen ist nicht sinnvoll.

Zumal die vorangegangenen Überlegungen mit der Annahme arbeiten, dass das vom Bund für den Zivildienst ausgegebene Geld nach Abschaffung desselben über andere Wege selbstverständlich in den Sozialbereich fließt. Das ist aber eine wenig stichhaltige Hypothese. Denn den Zivildienst gibt es aus militär-, nicht aus sozialpolitischen Gründen. Er diene zur Absicherung einer auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Massenarmee. Heute benötigt der deutsche Staat eine andere Sorte Armee (die ebenfalls einiges kostet). Dass nun aber militärische Ressourcen zu sozialpolitischen Zwecken umgewidmet werden könnten, ist nicht ernsthaft zu erwarten. Schließlich ist es primärer Zweck jeglicher Staatlichkeit, Gewalt nach innen und nach außen auszuüben. Sozialpolitische Überlegungen spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Die Umschichtung der Zivildienstausgaben zugunsten des Sozialbereichs als realpolitische Option zu erwägen hieße letztlich, die militärpolitische Funktion des Zivildienstes zu ignorieren. Angesichts dessen nahenden Endes ist es vielmehr nötig, ebenso die Kosten des gesamten militärischen Systems in Frage zu stellen wie eine Debatte über den Stellenwert des Sozial- und Gesundheitssystems und der dort erbrachten Arbeit zu führen.

■ Arbeitsdienst nach Hartz IV

Wenn also die flächendeckende Umwandlung der »Zivi«-Arbeitsplätze in tariflich entlohnte Jobs nicht zu erwarten ist, was kommt dann? Winfried Wolf tippt auf die mit Hartz IV normierten Möglichkeiten: »Damit aber kann der Zivildienst kontinuierlich ersetzt werden. Der Weg zur Berufsarmee und zur Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst wird frei. Was die einen als »Abbau von Zwang« feiern werden, wird in Realität einer immensen Ausweitung von Zwang – einem neuen Arbeitsdienst – gleichkommen.«⁶⁾

Die Wohlfahrtsverbände lehnen – wie es zur Zeit noch scheint – den Einsatz von mit Nötigungen nach Hartz IV zur Arbeit gepresster Personen ab. Die »Frankfurter Rundschau« zitierte beispielhaft eine leitende Angestellte des Arbeiter-Samariter-Bundes: Es bestünden »begründete Zweifel, ob der Zwangsverpflichtete seine »Patienten« richtig pflegt.« Eine merkwürdige Einlassung, sind doch die »Zivis«, die bisher zur Zufriedenheit der Verbände arbeiteten, ebenfalls Zwangsverpflichtete. Unter bestimmten Umständen verfügen offensichtlich auch Zwangsdienstleistende über ein den Profiteuren ausreichend scheinendes Maß an Arbeitsmotivation, unter anderen wiederum nicht.

Diesem Problem hat sich jüngst Hermann Scherl, Professor an der Uni Erlangen-Nürnberg, gestellt.⁷⁾ Er schlägt ein Modell vor, das die Bedenken der Wohlfahrtsorganisationen aufnimmt, ohne dabei auf die »Vorteile« von Hartz IV zu verzichten. Zunächst plädiert Scherl dafür, Erwerbslose gegen Zahlung einer »geringfügigen Mehraufwandsentschädigung« (etwa 4 Euro pro Tag) zusätzlich zum Arbeitslosengeld II zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Denn eine »Midi-Job«-Variante (Monatsverdienst zwischen 400 und 800 Euro) sei für die potenziellen Arbeitgeber zu teuer.

Daneben empfiehlt er in seinem Konzept den Ausbau zweier differenzierter Bereiche, in die Langzeiterwerbslose von den Arbeitsagenturen vermittelt werden sollen. Den ersten Sektor nennt er »Wahlbereich«. Dort müssen die Betroffenen zwar einen Job annehmen, aber sie können sich innerhalb einer bestimmten Frist die Art der Tätigkeit und den Arbeitgeber aussuchen. Daneben soll es einen so genannten »Zuweisungsbereich« geben, in dem die Erwerbslosen eine bestimmte Arbeit zugewiesen wird. Eine Tätigkeit, die durchaus schwer und unangenehm sein soll. Damit dort die Arbeitsdienstler nicht auf der faulen Haut liegen, gibt es im »Zuweisungsbereich« jede Menge Aufpasser und Antreiber; Scherl rechnet sogar damit, dass die »Regiekosten« hier höher sind als der Nutzen der verrichteten Arbeit. Der »Zuweisungsbereich« hat also die Funktion, abzuschrecken und die »freiwillige« Suche nach einer Tätigkeit im »Wahlbereich« zu befördern.

Das System erinnert an das Verhältnis von Bundeswehrdienst und Zivildienst. Auch die »Zivis« müssen ihren Dienst zwar leisten, können sich aber die konkrete Tätigkeit aussuchen. Die Parallelen zum derzeitigen System gehen noch weiter. Der Erlanger Hochschullehrer schlägt feste »Einberufungstermine« – so nennt er das wörtlich – vor. Daneben sollen Amtsärzte eng mit den Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass sich einzelne mit einem Attest ihrer Arbeitspflicht entziehen, sie sollen also nichts anderes als die Tauglichkeit der Betroffenen zum Arbeitsdienst begutachten. Die Sachbearbeiter der Arbeitsagentur prüfen dann im Einzelfall, ob die durch Abschreckung beförderte Arbeitsmotivation ausreicht, um im »Wahlbereich«, der dann Teile jener Arbeit umfassen dürfte, die heute von noch von »Zivis« erledigt wird, zu arbeiten.

Die Chancen, dass ein dergestalt strukturiertes System funktioniert, sind nicht schlecht. Als weitere Stufe des Arrangements könnte man durchaus die »Freiwilligendienste« begreifen, in die jene ausweichen, deren Motivation nur einen geringen Schubs benötigt und die bereits die Aussicht auf die Prozedur bei der Arbeitsagentur schreckt.

6) W. Wolf: Neoliberale Sturzgeburt; www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/allg/sturzgeburt.html (Version vom 19.12.2003)

7) Hermann Scherl: Workfare statt Zivildienst: Eine beschäftigungspolitische Chance; www.sozialpolitik.wiso.uni-erlangen.de/down/workfare.pdf. Scherl arbeitet an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität.

Die Substitution des Zivildienstes durch Arbeitsgruppen nach Hartz IV hätte einen weiteren, die Kosten betreffenden Vorteil. Diese würden nicht vom Bund auf die Länder und Kommunen abgewälzt, sondern auf die Arbeitslosenversicherung, die gegebenenfalls mit Leistungskürzungen reagieren könnten. Dies entspräche der herrschenden neoliberalen Politik, die Staats- und Sozialleistungsquote zu drücken.

■ Fazit

Der Zivildienst wird in wenigen Jahren nicht mehr existieren. Er ist ein Zwangsdienst, und über sein Ende sollten wir uns freuen. An die Stelle der ZDL treten mit hoher Wahrscheinlichkeit nur wenige tariflich bezahlte Arbeitskräfte, denn der Übergang soll möglichst kostengünstig verlaufen. Dass allerdings der Zivildienst durch einen neuen Arbeitsdienst auf der Grundlage von Hartz IV ersetzt würde – diese These ist in ihrer Zuspitzung m.E. zu einfach. Vielmehr dürfte am Ende des Konversionsprozesses (der seit 1999 bereits weit fortgeschritten ist und der vielleicht 2008 oder 2010 endet) ein neuer »Mix« der sozialen Dienstleistungen stehen, dessen konkrete Struktur auch den Planern in der Ministerialbürokratie noch nicht völlig klar sein dürfte. Die herrschenden Sozial- und Arbeitsmarkt-

politik stellt jedoch zur Zeit einen Maßnahmenkatalog bereit, mit dem die Träger der »Zivi«-Arbeit, die Wohlfahrtsverbände, die Krankenhäuser und Kommunen, in die Lage versetzt werden sollen, auf das Auslaufen der Wehrpflicht zu reagieren. Einmal mehr darf man dem sozialpolitischen Agieren des Staates ein gewisses Maß an Chaotik nicht absprechen. Zumindest partiell geht es weniger um ein Umsetzen einer konkreten Planung, als um ein relativ ergebnisoffenes Experimentieren.

Was heute bereits an zukünftigem Strukturwandel deutlich sichtbar wird, dürfen wir als Zivildienstgegner nicht ignorieren. Das betrifft nicht nur den immer wieder gerne übersehenen Sozialabbau, der aus dem Wegfall des Zivildienstes resultiert, sondern auch die ganze Palette von prekären, erpressten und erzwungenen Beschäftigungsverhältnissen (»Mini« und »Midi-Jobs«, Mehraufwandsentschädigungsvarianten), die mit größter Wahrscheinlichkeit zukünftig nicht nur im Sozialsektor und als Zivildienst-Ersatz höchste Bedeutung erlangen werden. Proteste gegen eine ohnehin nicht zu verwirklichende Dienstpflicht können wir uns sparen, unsere Agitation muss sich gegen Sozialabbau und »Arbeitsmarktreformen« richten.

Rüdiger Bröhl ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Marburg.



Ullrich Hahn

»... gleichgültig, aus welchem Motiv«

Grundsätzliche Bemerkungen zu KD, Wehrpflicht und Militär

In der Satzung des Versöhnungsbundes heißt es u.a.: »Der Versöhnungsbund sammelt Menschen, die eine klare persönliche Stellung gegen den Krieg und dessen Vorbereitung einnehmen und jede Unterstützung des Krieges als Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen den Völkern ablehnen... Er verwirft Gewalt als Mittel, Konflikte auszutragen... Er tritt dafür ein, dass die Gewissensentscheidung jedes Menschen in allen Fragen des öffentlichen Lebens geschützt wird.« (Aus § 2 – Zweck des Vereins)

Von daher ergibt sich in Bezug auf Militär, Wehrpflicht und Pflichtdienste folgendes:

■ Kriegsdienstverweigerung

Der Versöhnungsbund lehnt seit seiner Gründung im Jahr 1914 Militär in jeder Form ab, unabhängig davon, ob es sich um eine Berufs- oder Wehrpflichtarmee handelt.

Ungeachtet der jeweiligen politischen Zielsetzung für den Einsatz des Militärs sind seine Waffen

geeignet, Menschen zu töten und zu verletzen und werden auch zu diesem Zweck eingesetzt.

Da wir dies als Unrecht ansehen, treten wir für die Verweigerung des Kriegsdienstes ein und zwar gleich, aus welchem Motiv dies geschieht:

- Unserer eigenen Grundhaltung am nächsten stehen uns zwar diejenigen Kriegsdienstverweigerer, die aus prinzipiellen Gründen jedes Töten im Krieg ablehnen, egal in welcher Situation und mit welchen Waffen.
- Respekt haben wir aber auch vor denjenigen, die ihre Ablehnung des Kriegsdienstes von bestimmten Bedingungen abhängig machen und dann entsprechend in die Tat umsetzen (z.B. diejenigen israelischen Soldaten, die derzeit einen Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern).
- Den gleichen Respekt verdienen darüber hinaus diejenigen, die sich dem Militärdienst verweigern, weil sie ihr eigenes Leben und die eigene persönliche Freiheit wertschätzen und sich um ihrer Menschenwürde willen nicht als

»Maschinen und Werkzeuge in der Hand des Staates gebrauchen« lassen wollen (*Kant, Zum ewigen Frieden, 3. Präliminarartikel*).

Wenn Art. 2 Grundgesetz formuliert »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit... jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit...«, dann ist auch diese Sorge um das eigene Leben und um die eigene Freiheit als ein konstitutiver Teil der Ordnung des Grundgesetzes zu achten.

Aus Sicht eines potenziellen Opfers dürfte es schließlich gleichgültig sein, aus welchem Motiv das Gegenüber die Waffe niederlegt.

Ebenso bin ich als Fußgänger auf dem Zebrastrifen jeweils dankbar, wenn ein herannahendes Auto anhält, auch wenn dessen Fahrer nicht aus grundsätzlicher Menschenliebe bremst, sondern nur, um seine Fahrerlaubnis zu behalten.

■ Wehrpflicht

Die allgemeine (oder je nach Geschlecht und Bedarf eingeschränkte) Wehrpflicht lehnen wir darüber hinaus wegen des ihr innewohnenden Zwanges ab.

Das uns leitende Menschenbild ist geprägt vom Gedanken der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung aller erwachsenen und psychisch gesunden Menschen.

Es stimmt auch nicht, dass die Wehrpflicht ein »legitimes Kind der Demokratie« sei (so Theodor Heuß). In Deutschland jedenfalls wurde sie im 19. Jahrhundert unter höchst undemokratischen Verhältnissen eingeführt und hat bis in die Zeit des Nationalsozialismus und darüber hinaus zur Militarisierung der Gesellschaft beigetragen.

Wenn Demokratie nicht als reine Mehrheits-herrschaft mit der Folge einer der Diktatur gleichen Fremdherrschaft für die Unterlegenen verstanden wird, sollte der Respekt vor der Autonomie der einzelnen Mitglieder dieser Gesellschaft und ihrem Wunsch nach Erhalt des eigenen Lebens und der eigenen Freiheit selbstverständlich sein. Im Sinne von Art. 19 Abs. 2 Grundgesetz gehört dieser Wunsch wohl auch zum nicht antastbaren Kernbereich der Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die nicht weniger als eine Gewissensentscheidung gegen das Töten anderer Menschen zu achten sind und aus menschenrechtlicher Sicht jeder erzwungenen Wehrpflicht entgegenstehen sollten.

Wir lehnen deshalb alle Gesetze als Unrecht ab, durch welche andere Menschen gegen ihren erklärten Willen in den eigenen Tod oder zum Töten Anderer geschickt werden sollen, und sei es auch um guter Ziele willen.

Für uns ist mit dem Töten Anderer oder mit dem unfreiwilligen Sterben die Grenze des menschlich Zumutbaren überschritten.

■ Pflichtjahr

Der Gesichtspunkt der Selbstbestimmung des Menschen spricht nicht nur gegen die Wehrpflicht, sondern auch gegen andere Pflichtdienste, wie schon jetzt dem Zivildienst als einem Ersatzdienst anstelle des primär zu leistenden Wehrdienstes (Art. 12 a Abs. 2 Grundgesetz) oder einem – derzeit noch von Art. 12 Abs. 2 und 3 Grundgesetz untersagten allgemeinen Pflichtdienst.

Die Selbstbestimmung des Menschen ist zwar notwendig begrenzt durch das Leben und die Freiheitsphäre anderer Menschen; insoweit hat jeder alles zu unterlassen, was in Rechte und Freiheit der Mitmenschen eingreift.

Ein über diese Pflicht zum Unterlassen hinausgehendes verpflichtendes Handeln für Andere ist menschenrechtlich noch begründbar für Fälle unmittelbarer Not und wird dann auch kaum in Frage gestellt werden (hierzu gehören auch die »herkömmlichen« Dienstplichten bei Feuer, Überschwemmung und ähnlichen Notlagen der örtlichen Gemeinschaft, wie sie in Art. 12 Absatz 2 Grundgesetz angesprochen sind). Ein allgemeiner, situationsunabhängiger Pflichtdienst, und sei er auch sozialpolitisch motiviert, ist Ausdruck eines Über- und Unterordnungsverhältnisses und spricht seine Adressaten nicht als eigenverantwortliche Mitbürger, sondern als Untertanen an. Hinter dieser Art von Pflicht steht die Androhung von Zwang in Form von Strafe und letztlich dem Gefängnis.

Einer freien Gesellschaft angemessen ist aus unserer Sicht allein sowohl die Förderung freiwilliger Dienste für die Gemeinschaft als auch darüber hinaus die Vermittlung eines gesellschaftlichen Ethos, das nicht nur für einen zeitlich begrenzten Lebensabschnitt, sondern für das ganze Leben und jeden Beruf Werte der Nächstenliebe und der Gesellschafts- und Weltverantwortung höher stellt als Geld und Karriere.

Solche eine freie Gesellschaft tragenden gemeinschaftsbildenden Werte können wohl auch kaum mit Zwang, sondern allein aufgrund eigener Einsicht und dem Mut machenden Beispiel des Vorbildes vermittelt werden.

■ Generelle Ablehnung von Militär

Die genannte Kritik an der Wehrpflicht und die Forderung nach ihrer Abschaffung bedeuten keine Legitimation für eine Berufs- oder Freiwilligenarmee.

Auch wenn einer solchen Armee der Zwangscharakter nach innen gegenüber den eigenen Soldaten fehlen mag, weil deren Dienst auf einer eigenen Entscheidung zur Unterwerfung unter die militärische Hierarchie beruht, bleibt doch der mit Tod und Verderben verbundene Zwang nach außen in Bezug auf den jeweiligen militärischen

oder zivilen Gegner erhalten, für den wir als Angehörige des Militär besitzenden Staates über unsere Steuer und unsere Stimme mitverantwortlich bleiben.

Wie bereits oben ausgeführt, lehnen wir das Militär, auch in Form einer Berufsarmee wegen der ihm innewohnenden und von ihm ausgeübten Gewalt ab. Auch für freiwillig dienende Soldaten bleibt deshalb die Verweigerung des Kriegsdienstes nicht nur die »bessere«, sondern darüber hinaus die »richtige« Entscheidung, für die wir,

auch unter geänderten gesellschaftlichen und weltpolitischen Bedingungen eintreten.

Ulrich Hahn ist Rechtsanwalt und Vorsitzender des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes.

Dieser Text wurde von Ulrich Hahn als Einstiegsimpuls für eine Diskussion über Bundeswehr, Wehrpflicht und soziales Pflichtjahr bei der Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV am 6. März in Berlin abgegeben.



Klaus Pfisterer

KDV-Statistik 2003

Jahr	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ungediente	146.150	146.467	162.462	164.267	163.277	170.734	178.354	163.548
Einb./Vorbenach.	7.000	5.616	6.090	6.512	6.395	8.210	8.128	4.627
Soldaten	2.173	1.856	2.016	2.175	2.494	2.452	2.322	1.859
Reservisten	1.440	1.033	1.089	1.393	699	1.024	840	711
Summe	156.763	154.972	171.657	174.347	172.865	182.420	189.644	170.745

KDV-Anträge 1996 – 2003; Quelle: Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung, Presse- und Informationsstab vom 16.02.2004

Die KDV-Zahlen sind 2003 mit 170.745 Anträgen gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Auffallend ist der Rückgang bei den Ungedienten sowie denjenigen, die eine schriftliche Benachrichtigung erhalten haben, dass sie als Ersatz für Ausfälle kurzfristig einberufen werden können (Vorbenachrichtigte) und den Einberufenen. Die Musterungszahlen sind mit 372.752 ebenfalls etwas niedriger als im Vorjahr (378.679).

Der Rückgang der KDV-Zahlen um 10 Prozent erklärt sich hauptsächlich durch zwei Dinge: im April letzten Jahres wurde eine Veränderung in der Einberufungspraxis vorgenommen: alle »tauglich 3«-Gemusterten wurden administrativ, also ohne gesetzliche Grundlage, von der Wehr- bzw. Zivildienstleistung ausgenommen. Viele der ab diesem Zeitpunkt als »tauglich 3«-Gemusterten wussten also, dass sie keinerlei Dienst leisten müssen, und von diesen dürfte ein erheblicher Teil dann darauf verzichtet haben, einen KDV-Antrag zu stellen.

Außerdem dürfte ein Rückgang ein Erfolg der Informationskampagnen der DFG-VK (»Mach´s wie Dieter« – www.machs-wie-Dieter.de) und der Zentralstelle KDV (»Wehrdienst. Zivildienst. Nulldienst.« – www.wehrpflicht-nein-danke.de) sein. In beiden werden Wehrpflichtige darüber informiert, dass sie mit der KDV-Antragstellung so lange warten sollten, bis sie tatsächlich einen Einberufungsbescheid zur Bundeswehr erhalten. Ein solches Verhalten ist vor allem deshalb sinnvoll, weil der Bedarf der Bundeswehr so weit gesunken ist, dass nicht einmal mehr die Hälfte der Tauglichen und Verfügbaren, also derjenigen, die an sich zur Militärdienstleistung anstehen, auch tatsächlich einberufen werden. Wer also mit der KDV-Antrag-

stellung abwartet, hat eine fünfzigprozentige Chance, von der Bundeswehr gar nicht gewollt zu werden; falls er doch einberufen wird, ist die KDV-Antragstellung spätestens seit der Gesetzesänderung vom 1. November 2003, mit der die KDV-Ausschüsse abgeschafft wurden und die alleinige Zuständigkeit für alle Anerkennungsverfahren zum Bundesamt für den Zivildienst verlagert wurde, im Prinzip unproblematisch. Derjenige, der dann Zivildienst leisten muss, kann sich zudem sicher sein, mit dem Zivildienst einen Ersatz für einen Dienst zu leisten, den er tatsächlich hätte ableisten müssen.

Allen jungen Männern bleibt auch weiterhin zu raten, sich so wie beschrieben zu verhalten. Die Einberufungspraxis des Jugendministeriums im Bereich des Zivildienstes stellt eine eklatante Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern dar: Während zum Grundwehrdienst in diesem Jahr knapp 83.000 Wehrpflichtige einberufen werden, sollen 100.000 Zivildienst leisten. Da nur gut 40 Prozent aller Wehrpflichtigen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, werden Kriegsdienstverweigerer in weit höherem Ausmaß zur Dienstleistung herangezogen. Die Regierungsparteien hatten dagegen in ihrem 2002 vereinbarten Koalitionsvertrag noch versprochen, »für die größtmögliche Gerechtigkeit und Gleichbehandlung zwischen Wehr- und Zivildienstleistenden« zu sorgen.

Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg.

Ausführlichere Statistiken sind abrufbar auf der Internet-Homepage www.forum-pazifismus.de



Truppendienstgericht Nord

Völkerrechtswidrigkeit des USA-Angriffs gegen den Irak ist unerheblich

Urteil gegen einen wegen des Irak-Kriegs »ungehorsamen« Offizier

Leitsatz (redaktionell): Wenn die konkrete Tätigkeit eines Bundeswehr-Soldaten weder eine unmittelbare noch eine mittelbare Unterstützung des Einsatzes der USA im Irak darstellt, ist es unerheblich, ob es sich bei diesem Einsatz um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt, weshalb dem Soldaten kein Verweigerungsrecht zusteht.

TDG Nord, Urteil vom 09.02.2004,
Aktenzeichen: – N 1 VL VL 24/03 –

I. Der Soldat erwarb 1976 die Allgemeine Hochschulreife.

Zum 1. Juli 1976 wurde er als Grundwehrdienstleistender zur Bundeswehr einberufen. Mit Wirkung vom 1. Januar 1977 wurde er in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit berufen. 1981 beendete er das Studium der Pädagogik mit der »gut« bestandenen Diplomhauptprüfung. Am 14. April 1983 wurde ihm die Eigenschaft eines Berufssoldaten verliehen. Mit Urkunde vom 17. Februar 2000 wurde er zum Major ernannt. Seit Oktober 2002 gehört er dem Streitkräfteamt an. Dort war er bis zum Sachverhalt, der Gegenstand des Verfahrens ist, in der G6-Abteilung – Gruppe »DV-Vorhaben Org-Grundlagen Bw« mit Aufgaben im Rahmen des Projekts SASPF (Standard-Anwendungs-Software-Produkt-Familien) beschäftigt. Seither ist er mit einer Sonderaufgabe auf dem IT-Sektor betraut.

Die beiden letzten Beurteilungen lauten; 1997 je zwei Mal »1« und »B«, ansonsten »2«, 2001 je ein Mal »7«, »E« und »B«, acht Mal »6«, vier Mal »5« und zwei Mal »D«. Er ist ohne Disziplinarmaßnahme und unbestraft. Er erhielt 1986 eine förmliche Anerkennung wegen vorbildlicher Pflichterfüllung. Er ist berechtigt, das Einzelkämpferabzeichen, das Abzeichen im Truppendienst in Gold und die Schützenschnur in Gold zu tragen.

Der ledige Soldat erhält Dienstbezüge nach der Besoldungsgruppe A 13, 10. Dienstaltersstufe, in Höhe von 3.743,17 Euro brutto, 2.767,63 Euro netto. Seine finanziellen Verhältnisse sind geordnet.

II. Der Amtschef Streitkräfteamt hat mit Verfügung vom 22. April 2003, dem Soldaten zugestellt am Tag danach, das gerichtliche Disziplinarverfahren eingeleitet. In der Anschuldigungsschrift vom 10. Dezember 2003, zugestellt am 2. Januar 2004, wird ihm folgender Sachverhalt als Dienstvergehen (§ 23 Abs. 1 i.V.m. den §§ 7, 10 Abs. 5 Satz 2, 11 Abs. 1, 17 Abs. 2 Satz 1, 2. Alternative SG) zur Last gelegt:

»1. Der Soldat teilte am Vormittag des 27. März 2003 im Besprechungsraum der Liegenschaft Rosenberg (Raum 243) den dort zusammengerufenen Angehörigen des vertretungsweise von ihm geführten Dezernats »Prozessmanagement HP Organisation« mit, dass er sich gezwungen sehe, den Dezernatsangehörigen die Teilnahme an Sportausbildungen sowie an Schul- und Gefechtschießen einschließlich der Tätigkeit als Funktionspersonal zu untersagen, da die Durchführung dieser Befehle geeignet sei, die seiner Ansicht nach rechtswidrige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem rechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zu unterstützen.

2. Der Soldat verweigerte am 7. April 2003 zwischen 15.00 und 16.00 Uhr im Dienstzimmer des Chefs des Stabes Streitkräfteamt in dessen Anwesenheit die durch seinen Vorgesetzten, Oberst i. G. M., Abteilungsleiter G 6, mündlich erteilten und ihm anschließend schriftlich überreichten Befehle, nämlich den mit seinem Dienstposten verbundenen Aufgaben im Projekt »SASPF« (...) nachzukommen sowie als Vorgesetzter seine Untergebenen zur Erfüllung des Auftrags anzuhalten und die Erfüllung dienstaufsichtlich zu überwachen, mit dem Bemerkten, er könne und dürfe diese Befehle nicht ausführen, da er nicht ausschließen könne, damit die rechtswidrige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einem rechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zu unterstützen.«

III. Nach den Aussagen der Zeugen O i. G. M., O i. G. P., OTL H., Hptm E., Hptm M. und Stufz B. sowie den Aussagen des Soldaten, soweit ihnen gefolgt werden konnte, steht folgender Sachverhalt fest:

Major P. war zur Tatzeit mit Aufgaben zur Verwirklichung des Projekts SASPF beschäftigt. Ziel des Projekts ist die Schaffung einer integrierten Datenverarbeitungslandschaft in der Bundeswehr. Als Voraussetzung für diese geplante Umsetzung müssen die logistischen und administrativen Betriebsabläufe der Bundeswehr im so genannten Hauptprozess (HP) umgesetzt werden. Der Soldat führte während einer längeren Abwesenheit des Dezernatsleiters stellvertretend das Dezernat und wirkte dabei auch an der Steuerung des HP »Organisation« mit.

Am 20. März 2003 suchte der Soldat einen Militärdekan und einen Truppenarzt des Sanitätszentrums Bonn auf und erläuterte ihnen seine Ansicht

ten zur Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am begonnenen Irak-Konflikt. Der Arzt stellte den Soldaten dem Neurologen vor, auf dessen Anraten Major P. in das Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz verbracht wurde. Bei den bis zum 26. März andauernden Untersuchungen ergab sich kein pathologischer Befund.

Am 27. März 2003 erschien der Soldat gegen 10.00 Uhr in Zivilkleidung mit angesteckter weißer Stoffblume im Dienstzimmer des Zeugen M. und bat diesen wie den anwesenden Zeugen H., ihn in den Besprechungsraum zu begleiten, um dort den Dezernatsangehörigen die Gründe für seinen Krankenhausaufenthalt zu erklären. Anschließend erläuterte er im Beisein auch der Zeugen E. und B., dass das Eingreifen der USA im Irak völkerrechtswidrig sei und seiner Ansicht nach die Bundesregierung diesen Angriffskrieg in rechtswidriger Weise unterstütze. Er sehe sich daher als Dezernatsleiter gezwungen, seinen Untergebenen alle Tätigkeiten zu untersagen, die im Zusammenhang mit Kriegshandlungen ständen, so Sportausbildung, Schul- und Gefechtsschießen sowie die Tätigkeit des Funktionspersonals, da sie dem Erhalt und der Steigerung der soldatischen Leistungsfähigkeit diene. Er habe aber nichts dagegen, dass der einzelne Soldat aus Freude am Sport oder zur Erlangung des Leistungsabzeichens Sport betriebe oder an einem Wertungsschießen teilnehme. Auch sei es unbedenklich, weiter im Dezernat Prozessmanagement HP Organisation zu arbeiten, da er das laufende IT-Vorhaben für falsch halte. *[sic!]*

Ihm ist nicht nachzuweisen, mit seiner »Mitteilung« zugleich dem ihm damals unterstellten OLT B. verboten zu haben, ein dienstliches Schießen vorzubereiten, wie die Zeugen E., M. und B. bekundet haben. Denn deren Aussagen konnten die Zeugen H. und M. insoweit nicht uneingeschränkt bestätigen.

Am selben Tage meldete der Soldat sich in Zivil bei seinem nächsten Disziplinarvorgesetzten, O i.G. P. Er bat, von der Verpflichtung zum Uniformtragen befreit zu werden, um nicht als Kombattant eines Angriffskrieges angesehen zu werden, andernfalls werde er ein weißes Ärmelband oder eine vergleichbare Kennzeichnung anlegen. Er sah die rechtswidrige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Irak-Konflikt durch die Stationierung von deutschen Soldaten in Kuwait, die Beteiligung deutscher Soldaten an AWACS-Flügen und die Bewachung von US-Liegenschaften in Deutschland durch Bundeswehrangehörige gegeben. Der Disziplinarvorgesetzte bat den Soldaten, seinen Antrag schriftlich möglichst bis zum nächsten Tag einzureichen. Als Major P. sich am 28. März bei dem Zeugen P. meldete, befahl dieser ihm, spätestens am 31. März in Uniform zum Dienst zu erscheinen und seinen Dienst korrekt wahrzunehmen. Zugleich riet er ihm, den Rechtsberater aufzusuchen und sich anwaltliche Hilfe einzuholen. Am selben Tag er-

hielt der Soldat auf seinen Antrag Freistellung vom Dienst und danach eine Woche Erholungsurlaub.

Am 29. März verfasste Major P. ein auf dem Dienstweg an den Bundeskanzler adressiertes Schreiben, in dem er seine Rechtsauffassung zum Irak-Konflikt darlegte. Zugleich vertrat er nunmehr die Auffassung, dass er auch seine Beteiligung an der Entwicklung von SASPF nicht mehr ausführen könne.

Nach Rückkehr aus dem Urlaub am 7. April 2003 trug der Soldat wieder Uniform, allerdings mit einer weißen Stoffrose in der Hand als Zeichen seiner Distanzierung. O i.G. M. erteilte dem Soldaten gegen 15.00 im Beisein des O i.G. P. im Streitkräfteamt in Bonn zwei Befehle zur Erfüllung seiner Dienstpflichten, die er in Schriftform aushändigte. Die Befehle lauten:

» 1. Befehl. Ich befehle Ihnen, auf Ihrem Dienstposten alle Arbeiten an Vorhaben der Bw einschließlich SASPF so umfassend, so gut und so schnell wie möglich zu leisten mit dem Ziel, die Arbeiten bzw. die Vorhaben zu einem möglichst schnellen positiven Abschluss zu bringen, damit die Leistungs- und Einsatzfähigkeit der Bw gesteigert wird. Ich befehle Ihnen, dies zuverlässig und unabhängig von Ihren persönlichen Überlegungen zum Irak-Krieg und dem, wie Sie die Haltung der Bw dazu einschätzen, zu tun.

2. Befehl. Ich befehle Ihnen, als Vorgesetzter (aufgrund des DGr) und als stv DezLtr alles zu tun, damit alle Untergebenen ihr Bestes tun können, um alle Arbeiten an allen Vorhaben, einschließlich SASPF, ohne Einschränkungen und möglichst schnell zu einem erfolgreichen Abschluss führen können, um damit die Leistungsfähigkeit der Bw zu stärken. Ich befehle, dass Sie nichts unternehmen, was Ihre Untergebenen daran hindern könnte, ihre militärische Leistungsfähigkeit zu steigern – auch durch Sport- und Schießausbildung und Leistungsmärsche. Ich befehle, dies zuverlässig und unabhängig von ihren persönlichen Überlegungen zum Irak-Krieg und dem, wie Sie die Haltung der Bw dazu einschätzen, zu tun.«

Der Soldat erklärte, dass er diese Befehle nicht befolgen werde, wenn er damit rechtswidrig am Irak-Krieg mitwirke. Er führte aus, die Befehle, zumindest bis zum Ende des Konflikts oder bis zur Klärung der Rechtslage, z.B. durch das Bundesverfassungsgericht, nicht ausführen zu können. Der Soldat bestreitet, den Gehorsam verweigert zu haben. Seine Einlassung ist widerlegt durch die übereinstimmenden Bekundungen der Zeugen P. und M., wonach der Soldat seine Bereitschaft zum Gehorsam davon abhängig gemacht hat, ob mit den Befehlen eine Mitwirkung am Irakkonflikt verbunden sei. Dies hat der Soldat übrigens auch in seiner anschließenden Vernehmung durch O i.G. M. vom selben Tag ausdrücklich erklärt.

Am 8. April 2003 wurde der Soldat aus seiner bisherigen Vorgesetztenstellung herausgelöst und da-

mit beauftragt, eine Software zur Unterstützung der Teileinheiten »Fuhrpark/Dienstreisen« zu entwickeln. Am 29. Juli 2003 meldete der Soldat dem Amtschef Streitkräfteamt schriftlich, dass er diese Arbeit bezüglich der Abwicklung von Dienstreisen (u.a. in die USA) nur fortsetzen könne, wenn ein entsprechender automatischer Hinweis eingeblendet werde, wonach das Programm nicht zur »Begehung oder Unterstützung von Verbrechen oder Vergehen, wie z.B. der rechtswidrigen Besetzung des Irak oder daran beteiligter Nationen« verwendet werden dürfe. O i.G. M. befahl ihm darauf am 1. August 2003 schriftlich, seine Arbeit zuverlässig und uneingeschränkt fortzusetzen. O i.G. P. erteilte ihm am 4. August 2003 den gleichen Befehl. Am 8. August 2003 wandte sich der Soldat an den Amtschef Streitkräfteamt und teilte ihm mit, dass er Befehlen des Chef des Stabes nur noch gehorchen werde, wenn er wisse, dass sie im Sinne des Amtschefs ergangen seien. Der Amtschef ließ Major P. wissen, dass die Befehle der Zwischenvorgesetzten von ihm uneingeschränkt geteilt würden und sie unabhängig von seiner Einstellung zum Chef des Stabes zu befolgen seien.

IV. Der Soldat hat ein Dienstvergehen begangen (§§ 23 Abs. 1 SG, 18 Abs. 2 WDO). Er verstieß vorsätzlich und schuldhaft gegen die Dienstpflichten zum treuen Dienen nach § 7 SG (Anschuldigungsgrund 1, 2), zur Dienstaufsicht nach § 10 Abs. 2 SG (Anschuldigungspunkt 1, 2), zum Gehorsam nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SG (Anschuldigungspunkt 2) sowie zur Achtungs- und Vertrauenswürdigkeit nach § 17 Abs. 2 Satz 1 SG (Anschuldigungspunkt 1, 2). An der Rechtmäßigkeit der in der G 6-Abteilung, speziell auch in der Gruppe »DV-Vorhaben Ord-Grundlagen Bw« zu leistenden Dienste, bestehen keine Zweifel. Dabei ist unerheblich, ob der Einsatz der USA im Irak als Angriffskrieg zu werten ist und ob die Bundesrepublik Deutschland dazu Beihilfe geleistet hat. Denn die vom Soldaten zur Tatzeit im Dezernat zu leistende Arbeit ebenso wie die von allen Dezernatsangehörigen stellte weder unmittelbar noch mittelbar eine Unterstützung des bewaffneten Eingreifens der USA im Irak dar. Demzufolge war auch der dem Soldaten am 7. April 2003 erteilte Befehl rechtmäßig.

Major P. befand sich auch nicht in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum. Dass zwischen den von ihm geforderten dienstlichen Verrichtungen und denen seiner damaligen Untergebenen im Dezernat keinerlei Kausalzusammenhang mit dem Irak-Konflikt bestand, liegt für jedermann auf der Hand. Dies hätte auch der Soldat als langjähriger Berufssoldat und als Stabsoffizier unschwer erkennen können und müssen; zumal ihm ab dem 27. März 2003 genügend Möglichkeiten von seinem Disziplinarvorgesetzten gegeben wurde, sich ein zutreffendes Bild über die objektive Rechtslage zu machen.

V. Der Soldat hat als Untergebener und Vorgesetzter schwerwiegend versagt. Vorsätzlicher Ungehorsam gegen Befehle stellt stets ein sehr ernst zu nehmendes Dienstvergehen dar, da eine Armee ohne das Prinzip von Befehl und Gehorsam nicht bestehen kann. Die Gehorsamspflicht gehört daher zu den zentralen Pflichten eines jeden Soldaten. Fehlt die Bereitschaft zum Gehorsam, kann die Funktionsfähigkeit einer Armee gelähmt oder zumindest in Frage gestellt werden. Das gilt erst recht, wenn ein Vorgesetzter, der zu beispielhaftem Verhalten verpflichtet ist (§ 10 Abs. 1 SG), vorsätzlich Befehlen nicht nachkommt. Er untergräbt auf diese Weise seine Autorität und schädigt sein dienstliches Ansehen erheblich. So wichtig es für Streitkräfte in einem Rechtsstaat ist, dass ihre Soldaten ihnen erteilte Befehle ggf. auf Verbindlichkeit prüfen, so schädlich ist es für Streitkräfte, wenn Soldaten rechtmäßige Befehle nicht befolgen.

Nicht minder schwer wie der eigene Ungehorsam wiegt die »Mitteilung« des Soldaten an seine damaligen Untergebenen. Denn auf diese Weise hat er ihnen nicht nur seine eigene mangelnde Bereitschaft zum Gehorsam aufgezeigt, sondern sie zugleich in ihren rechtmäßigen Tätigkeiten gravierend zu behindern versucht.

Nach der Tat war der Soldat in seiner bisherigen Verwendung nicht mehr tragbar und musste abgelöst werden. Sein Ausfall hat sich im Dezernat nach Aussage von O i.G. P. sehr nachteilig ausgewirkt. Besonders zu Lasten des Soldaten geht seine völlige Uneinsichtigkeit. Vor allem auch deshalb stellt der Soldat für den Dienstherrn einen großen Unsicherheitsfaktor dar.

Wenn das Truppendienstgericht den Soldaten dennoch nicht aus dem Dienstverhältnis entfernt, sondern ihn lediglich in den Dienstgrad eines Hauptmanns, Besoldungsgruppe A 11, herabgesetzt hat (§ 62 WDO), so waren für diese Entscheidung folgende Gründe maßgebend:

- Dem Soldaten ist zugute zu halten, dass er sich ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob er sich durch seine dienstliche Tätigkeit strafbar macht und Untergebene zu Straftaten verleitet,
- er hat sich ansonsten bisher nichts zu Schulden kommen lassen,
- er hat eine förmliche Anerkennung und mehrere Auszeichnungen erhalten,
- er ist ein leistungsfähiger und engagierter Soldat.

Das Gericht verbindet mit diesem Urteil die Erwartung, dass der Soldat sich künftig pflichtgemäß verhalten und zur Einsicht in sein Fehlverhalten kommen wird.

VI. Die Kostenentscheidung folgt aus § 138 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 WDO. *[Rechtsmittelbelehrung]*

Anmerkung der Redaktion: Beide Seiten haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Anmerkungen zum TDG-Urteil von Rechtsanwalt Günter Werner (Bremen):

Das TDG Nord unter Leitung seines Präsidenten Dr. Lings hat mit seinem Urteil vom 09.02.2004 in eindrucksvoller Weise demonstriert, welchem Zweck die Truppendienstgerichte dienen: Disziplinierung, Einschüchterung der Soldaten und rechtliche Absicherung der Entrechung von Soldaten. Dabei hätte der konkrete Fall allen Anlass geboten, sich ernsthaft und intensiv mit dem Verhalten und dem Vorbringen des Soldaten zu beschäftigen.

Der Soldat im Range eines Majors war bei der Bundeswehr als Computerspezialist mit dem Projekt SASPF beschäftigt, dessen Ziel die Schaffung einer integrierten Datenverarbeitungslandschaft innerhalb der Bundeswehr ist. Im März/April 2003 hatte er angesichts seiner Überzeugung nach völkerrechtswidrigen US-amerikanischen Angriffen auf den Irak die weitere Tätigkeit an diesem Projekt verweigert und zugleich den ihm untergebenen Soldaten die weitere Beschäftigung untersagt.

Die Reaktion der Bundeswehr kam prompt: Ende April 2003 wurde ein Disziplinarverfahren gegen den Soldaten eingeleitet. Er wurde wegen eines Dienstvergehens in den Rang eines Hauptmanns zurückgestuft. Das Truppendienstgericht bestätigte dies und führte aus, die an sich fällige Entfernung aus dem Dienst sei nur deswegen nicht ausgesprochen worden, weil der Soldat sich bisher nichts habe zu schulden kommen lassen und bereits mehrere Auszeichnungen erhalten habe.

Das Gericht macht kurzen Prozess mit den Motiven, die den Soldaten veranlasst haben, Befehle zu verweigern. Dass seine dienstliche Tätigkeit in keinerlei Kausalzusammenhang mit dem Irak-Konflikt stehe, »liege für jedermann auf der Hand«. Insofern sei es »unerheblich, ob der Einsatz der USA im Irak als Angriffskrieg zu werten sei und ob die BRD dazu Hilfe geleistet hat«.

Der Soldat konnte sich bei seinem Verhalten auf wichtige und für den Rechtsstaat unverzichtbare rechtliche Positionen stützen: gemäß § 80 StGB ist die Vorbereitung eines Angriffskrieges verboten und wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht. Diese Strafvorschrift basiert auf Art. 26 GG, der ebenfalls die Vorbereitung eines Angriffskrieges verbietet. Die weitere Schlussfolgerung ergibt sich aus § 11 Abs. 2 SG: ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.

Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass die BRD durch verschiedene Maßnahmen (z.B. die Nutzungsgestattung von US-Stützpunkten für Kriegszwecke) aktiv an der Vorbereitung des Krieges gegen den Irak beteiligt war. Angesichts der engen Verflechtung der Streitkräfte im Rahmen der NATO liegt es, um die Worte der Truppendienstgerichte zu benutzen, »für jedermann auf der Hand«, dass auch die Angehörigen der Bundeswehr jedenfalls mittelbar an der Vorbereitung und Durchführung des Krieges beteiligt waren.

Namhafte Verfassungsjuristen haben sich mit der Frage der Rechtmäßigkeit des Irak-Krieges und einer mittelbaren Unterstützung durch die BRD befasst und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Angriff der USA auf den Irak völkerrechtswidrig ist, und damit auch jede unmittelbare und mittelbare Unterstützung durch die BRD. Als ein Beispiel sei hier nur der Bundesverwaltungsrichter Dr. Dieter Deiseroth genannt, der sich im Herbst 2002 unter dem Titel »Am Abgrund des Verfassungsbruchs« mit dieser Frage beschäftigte (*veröffentlicht z.B. in 4/3 - 2003, 35 ff.*).

All diese schwer wiegenden Argumente sind für das Truppendienstgericht irrelevant. Einziger Maßstab ist das »Gehorchen« und das »treue Dienen«: »So wichtig es für die Streitkräfte in einem Rechtsstaat ist, dass ihre Soldaten ihnen erteilte Befehle ggf. auf Verbindlichkeit prüfen, so schädlich ist es für Streitkräfte, wenn Soldaten rechtmäßige Befehle nicht befolgen.« Mit anderen Worten: jeder Soldat mag »prüfen« aber bitte ohne Konsequenz. Was für den Rechtsstaat vielleicht wichtig ist, ist im Zweifel für die Streitkräfte schädlich. Es stellt sich die Frage: kann es überhaupt »rechtsstaatliche« Streitkräfte geben?

Dass der einzelne Soldat die Rechtmäßigkeit der ihm erteilten Befehle »prüfen« darf, ohne jedoch daraus Konsequenzen für sich und sein Verhalten ziehen zu dürfen, erinnert an Strafprozesse gegen totale Kriegsdienstverweigerer: auch diesen wird regelmäßig zugute gehalten, ein Gewissen haben zu dürfen. Das Verhalten an dem Gebot des Gewissens jedoch auszurichten, ist strafbar, jedenfalls wenn es um die Wehrpflicht geht.

Am Ende des Urteils findet sich der Satz »Dem Soldaten ist zugute zu halten, dass er sich ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob er sich durch seine dienstliche Tätigkeit strafbar macht und Untergebene zu Straftaten verleitet.«

Dieser Satz bleibt ohne Konsequenz und hindert das Gericht nicht daran, dem Soldaten »schwerwiegendes Versagen« zu bescheinigen. Schwerwiegend versagt hat danach ein Soldat, der sich ernsthaft mit den Konsequenzen seines Tuns befasst und daraus auch praktische Schlussfolgerungen zieht. Nach dieser Auffassung ist ein vorbildlicher und korrekter Soldat, wer unabhängig von der Frage »richtig« oder »falsch« immer gehorcht und treu dient, wobei und wozu auch immer.

Die Existenz der Truppendienstgerichte erweckt den Eindruck, als seien dies neutrale und unabhängige Instanzen, die dem einzelnen Soldaten im Zweifel zu seinen Rechten auch gegen die Bundeswehr verhelfen. Die vorliegende Entscheidung des Truppendienstgerichts Nord beseitigt diesen Eindruck nachhaltig. Aufgabe der Truppendienstgerichte ist es offensichtlich, unter Wahrung eines Anscheins von Rechtsstaatlichkeit das Interesse der Bundeswehr am widerspruchsfreien Dienen und Gehorchen sicherzustellen.

Jürgen Grässlin

Den Opfern Stimme und Gesicht geben

Der DAKS-Fonds für Kleinwaffenopfer

Das »Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen« (DAKS) ist ein Zusammenschluss verschiedener Friedens-, Menschenrechts- und entwicklungspolitischer Organisationen. Sein Ziel ist es, auf die weltweite Problematik der Kleinwaffen aufmerksam zu machen und die politisch Verantwortlichen aufzufordern, effektive gesetzliche Grundlagen und Kontrollverfahren durchzusetzen, um deutsche Rüstungsexporte zu verhindern.

Zu den so genannten »Kleinwaffen« zählen Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre, Maschinengewehre, tragbare Raketenwerfer oder Mörser bis zum einem Kaliber von 100 Millimetern. In der Verbreitung von Gewehren steht Deutschland weltweit auf dem unrühmlichen dritten Platz. Schlimmer noch: In Zusammenarbeit mit den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte stieg die deutsche Firma Heckler & Koch zum Weltmeister bei Lizenzvergaben (Vergabe von Nachbaurechten) für das G3-Gewehr auf. Das Ergebnis dieser Politik ist kaum zu überbieten: Rund 10 Millionen G3-Gewehre befinden sich derzeit im Einsatz in Kriegen und Bürgerkriegen. Dabei sind unzählige Opfer zu beklagen. Vierzig Jahre nach Einführung des G3 bei der Bundeswehr mit vielzähligen Direktexporten und Lizenzvergaben droht eine Wiederholung dieser schrecklichen »Erfolgsgeschichte« mit neu entwickelten H&K- Waffen.

Die Opfer »unserer« Rüstungsexporte leben meist in fernen Ländern. Ihre Gesichter bleiben uns unbekannt, ihre Schreie verhallen ungehört. Gelingt es ihnen ausnahmsweise, nach Europa zu kommen, so will man hier nichts von ihnen wissen und hören.

Wollen wir Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Regime stoppen, so müssen wir ihnen Gesicht und Stimme geben. Lizenzvergaben und Rüstungsexporte dürfen nicht länger als wirtschaftlich notwendige oder Arbeitsplatz schaffende Lieferung akzeptiert werden. Wer Rüstungsexporte mit den Augen der Opfer sieht, wird sich für eine andere Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik einsetzen. Gemeinsam mit Friedens-, Frauen-, Flüchtlings-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsorganisationen, mit Kirchen und Gewerkschaften will das DAKS auf die politischen Entscheidungsträger Einfluss nehmen.

■ Den Opfern »Stimme und Gesicht« geben

Damit möglichst viele Menschen nachvollziehen können, welches Leid mit »unseren« Waffen in aller Welt angerichtet wird, will das DAKS

■ mit den Opfern Kontakt aufnehmen

Einer der erfolgversprechendsten Schritte ist zugleich einer der unangenehmsten: Wir wollen in die Empfängerländer deutscher Waffen reisen und mit Betroffenen sprechen, die die damit verübten Massaker überlebt haben. Wir wollen diejenigen finden, die physisch und psychisch in der Lage sind, über das Erlebte zu berichten, um die Auswirkungen deutscher Kleinwaffenexporte auf menschliches Leben zu dokumentieren.

■ die Opfer zu uns einladen

Wir wollen diejenigen zu uns einladen, die Opfer unseres Handelns geworden sind: Frauen und Männer aus dem Südosten des NATO-Partners Türkei, aus den Kalten-Kriegs-Gebieten wie Somalia und Somaliland, aus Chiapas im Süden Mexikos und anderen Regionen der Welt. Und wir wollten ihren Erzählungen zuhören, ihre Trauer und Wut ertragen, um auf diesem Weg das Anliegen der Kleinwaffenopfer stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

■ ihre Klageverfahren unterstützen

Wir wollen den Angehörigen all derer Trost spenden, die mit »unseren« Waffen getötet worden sind, sie um Vergebung zu bitten und den Verstümmelten und Verkrüppelten helfen. Manche von ihnen wollen auf rechtlchem Weg gegen die Waffenfirmen und die politischen Entscheidungsträger vorgehen und Strafanzeige stellen, um den Kampf gegen Kleinwaffen auch mit rechtlichen Mitteln erfolgreich führen zu können.

Durch solche Prozesse kann die öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen werden, die unbedingt notwendig ist, wenn wir die rechtlichen Rahmenbedingungen von Rüstungsexporten verschärfen wollen. In den USA könnten Entschädigungsklagen nicht nur die finanzielle Not der Betroffenen lindern, sondern auch die Waffenschmieden empfindlich treffen.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundessprecher und Mitinitiator von DAKS.



Mitglied im DAKS sind: BUKO-Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport!«, DFG-VK, Internationale Initiative, medico international, Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben, RüstungsInformationsBüro, World Vision, Yekkom, Netzwerk Afrika Deutschland, Pax Christi, AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Friedensinitiative Nottuln sowie weitere Gruppen aus dem Friedens-, Menschenrechts- und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Damit den Opfern von Kleinwaffen »Gesicht und Stimme« gegeben werden kann, bittet das DAKS um Spenden: RIB e.V.; GLS-Bank Freiburg, Konto 8041073800, BLZ 43060967, Stichwort: »DAKS-FONDS« (Spenden sind steuerlich absetzbar).

DAKS-Kontaktadresse: RüstungsInformationsBüro, Stühlinger Straße 7, 79106 Freiburg, Telefon 0761/7678088, eMail ribfr@breisnet-online.de, Internet www.rib-ev.de